DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

262/263 23. JAHRGANG Juli/August 2006 4,50

AUS DEM INHALT:

SOZIOKULTUR

»Kultur von allen, für alle«, das war das Motto des deutschen Städtetages 1973 in Göttingen. Auf Basis dieses Mottos wurde das Göttinger »Kultur- und Aktionszentrum« gegründet, das 1976 auch die Räume bezog, in denen heute noch gearbeitet wird. Das zweite Göttinger Zentrum »musa« bietet auf einer Fläche von 5.000 Quadratmetern Künstlern Atelierräume und stellt verschiedenen Bands, Tanz- und Theatergruppen Proberäume zur Verfügung. Die »musa« wird im nächsten Jahre 30 Jahre jung. Seite 3

MEDIEN

Ergänzend zu unserem Schwerpunkt-Beitrag in der letzten Ausgabe zur Tageszeitung »junge Welt«, stellen wir in dieser Ausgabe einen wichtigen Aspekt aus der Geschichte der Verlagsgenossenschaft dar: Im Mai 1977 entließ der Geschäftsführer der »linken Tageszeitung junge Welt« den Chefredakteur Klaus Behnken. Nahezu die gesamte Redaktion besetzte damals die »junge Welt« und wurde deswegen gefeuert. In den ersten von ihnen als Streikzeitung produzierten Ausgaben der »Jungle World« protestierte die ehemalige Redaktion gegen ihren Rausschmiss und gegen die folgende Ausrichtung der »jungen Welt« auf einen linksnationalen, staatsfixierten Kurs. Seite 4

VENEZUELA

Das Interesse unseres Autors Peter Bach an der Cooperative Cecosesola wurde vor und zehn Jahren bei einem Besuch zweier »Cooperativistas« geweckt. »Wir entscheiden alle unsere Angelegenheiten im Konsens.« »Wir arbeiten seit Anfang der achtziger Jahre ohne Hierarchie.« Das war bei uns bestenfalls in kleinen Gruppen vorstellbar, aber nicht für eine komplexe Organisation mit Tausenden von Mitgliedern. In diesem Jahr besuchte Peter Bach das Kooperativennetzwerk Cecosesola. Seite 6

DEBATTE

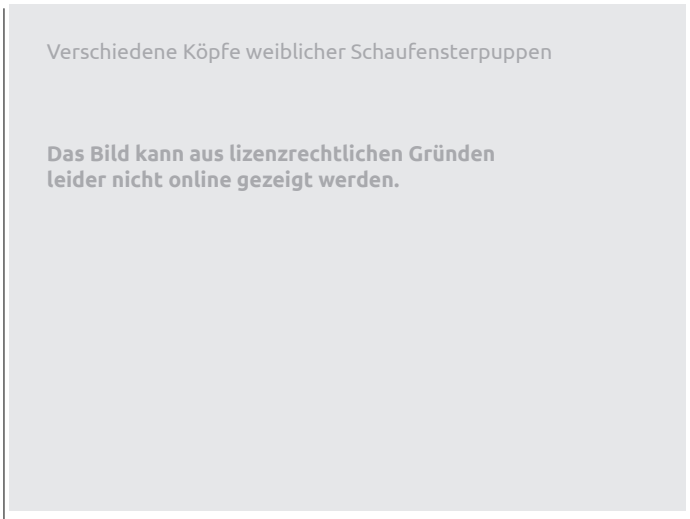
Unser Debattenbeitrag setzt sich mit einer weit verbreiteten Überzeugung auseinander: Dass nämlich »genug Geld da« sei und dass »eine andere Politik« die aktuellen gesellschaftlichen Probleme lösen könne, indem sie dieses Geld »gerechter verteilt«. Der Text erläutert, ohne in billige Polemik gegen solche verständlichen Forderungen zu verfallen und ohne sich anzumaßen, den Stein der Weisen gefunden zu haben, doch deren letztendliche Perspektivlosigkeit. Gleichzeitig belegt er, dass ein Ausweg aus der Krise und die Verwirklichung eines guten Lebens für alle Menschen erfordern, sich bereits hier und heute der Fesseln einer »Wirtschaft« zu entledigen, die danach strebt, alles und jedeN zur Ware zu machen und in deren »Bauplan« deswegen bereits die Krisen und Verwerfungen angelegt sind, die uns heute so zu schaffen machen. Seite 11

www.contraste.org

OFFENE SYSTEME ALS KULTURBRUCH IN EINER VERREGELTEN GESELLSCHAFT

Konservativ oder innovativ?

Alles gehört irgendjemandem. Wenn ich ohne zu fragen handele, ist es meist schon deshalb falsch, weil ich die Definitionsmacht anderer über das Erlaubte und Nichterlaubte missachtet habe. Die Grenzen dieser Welt werden durch die jeweils Mächtigeren oder scheinbar unangreifbare Regeln definiert. Horizontale Begegnung und Aushandlung als selbstorganisierter und ständig offener Prozess findet nicht statt.



Redaktion Umweltschutz von Unten ● Jedes Infragestellen der bestehenden Ordnung ruft Ängste und Abwehrkämpfe hervor – bei denen mit Definitionsmacht über das Geschehen und bei denen, die sich eingenischt haben in ihren Rollen. Unter solchen und ähnlichen Rahmenbedingungen wächst jeder Mensch auf – und lernt: Leben ist am einfachsten, wenn ich einerseits stromlinienförmig die mächtigeren Regeln und Ansagen beachte oder zumindest nur so umgehe, dass es unbemerkt bleibt. Gleichzeitig nützt es mir, wenn ich mich im hochkonkurrenten Kampf um Privilegien und Zugriffe auf Ressourcen (Essen, Wissen, Wohnung, Durchsetzungsmittel, Beschlüsse, Posten, Arbeitsplätze, SexualpartnerInnen ...) durchsetze, wobei ich wegen der Konkurrenzlogik automatisch andere verdränge. Chancen, sich durchzusetzen, vor allem aber, verbesserte Durchsetzungsmittel anzueignen, sollten nie ausgelassen werden ...

Der Rechtsstaat als übergeordnetes Regelungsinstrument verhindert diesen Konkurrenzkampf des Alltags nicht, sondern gibt ihm bestimmte, aus übergeordneten Interessen (Profit, Standortkampf der Nationen, Sicherung von Privilegien elitärer Schichten usw.) abgeleitete Formen. Er verändert also nur, welche Kampfmaßnahmen und -mittel im Konkurrenzkampf Vorteile verschaffen und welche nicht, aber er stellt ihn nicht als solches in Frage. Die in Rahmenbedingungen und Regeln gegossenen, übergeordneten Ziele bedeuten in vielen Punkten sogar eine Verschärfung des Konkurrenzkampfes, z.B. beim Gerangel um Arbeitsplätze und Waren, die künstlich verknappt werden, oder auf den allgegenwärtigen Karriereleitern, im Wahlkampfgetümmel, bei der Benotung von Klassenarbeiten oder bei »Deutschland sucht den Superstar«.

In den auf diese Art kulturell geprägten gesellschaftlichen Raum tritt nun die Idee offener Systeme. Sie können in verschiedener Form organisiert werden, z.B. als offenes Wissensnetz, in dem alle auf das gesamte Wissen aller zugreifen können oder in Form offener gemeinsamer Produktion, die keine Lenkung und keinen vorgegebenen Zweck verfolgt, sondern von den AkteurInnen jeweils in die Richtungen weiter getrieben wird, die ihren Interessen entsprechen. Die bislang erfolgreichsten Beispiele bekannter offener Systeme stammen aus der Open-Source-Software, d.h. solche Computerprogramme und -betriebssysteme, deren Quellcode offen liegt und wo jede Person (das Wissen um Programmierung und die technische Grundausstattung vorausgesetzt – durchaus ein Knackpunkt!) nach eigenen Interessen neue Entwicklungen starten und voranbringen kann. Ein genauerer Blick auf den Alltag der Menschen würde wahrscheinlich weit ältere, komplexere offene Systeme spontaner oder strategischer Kooperation offenbaren, die aber hinter den Fassaden der Privatsphäre bislang verborgen blieben, z.B. Netzwerke gegenseitiger Hilfe, Aneignung von Wissen usw.

Der Logik offener Systeme entspricht auch die Idee des »Offenen Raumes« im Sinne eines tatsächlich gebauten Raumes, Hauses oder eines Platzes. Die Entscheidung, auf jegliche kollektive Kontrolle und Bedingung im Raum zu verzichten, gleichzeitig aber offensiv Formen horizontaler Kommunikation, Streitkultur, direkter Intervention und Klärung von Interessensgegensätzen, Anbahnung von Kooperation und Ressourcenzugriff aufzubauen, bedeutet, innerhalb des Falschen (aus emanzipatorischer Sicht) das Richtige zu versuchen. Das ist gewagt und auch unmöglich – folgt mensch dem Denkmodell des »Es gibt nichts Richtiges im Falschen« bei seinem Schöpfer Adorno. Vier wichtige Punkte würden dabei aber übersehen:

1. Nur der Versuch des »Richtigen im Falschen« schafft die aus dem praktischen Versuch zu gewinnenden Erkenntnisse einerseits über vorhandene, verschiebbare und (zur Zeit) nicht überwindbare Grenzen und andererseits über bestehende und neue Handlungsmöglichkeiten. Der Verzicht auf Praxis wäre daher auch für die Entwicklung von Ideen und Theorien ein schwerer Mangel, weil ein wichtiger Input schlicht ausfällt (das gilt immer!).
2. Das Scheitern ist Ausgangspunkt des Ringens um die Verbesserung der Rahmenbedingungen, d.h. der Versuch des Neuen verbindet sich im Experiment dann mit dem Widerständigen, wenn das Anecken bewusst als Teil des Prozesses begriffen und zu widerständigen Handlungen transformiert wird.
3. Selbst dann, wenn das »Richtige« nicht erreicht werden kann, können auch teilweise Veränderungen sinnvoll sein. Die eigene Lebensrealität formen, sich stückweise befreien und mehr Handlungsspielraum erobern sind wichtige Schritte des immerwährenden Prozesses von Emanzipation.
4. Die Kategorien »richtig« und »falsch« sind selbst eine völlig unbegründete Reduzierung sozialer Komplexität auf binäre Einteilungen. Aus emanzipatorischer Sicht sind diese beiden Begriffe eher störend, weil sie notwendigerweise mit einem vereinheitlichenden Maßstab verbunden sind, der dann das Prozesshafte zugunsten eines starren Systems der Bewertung abwürgt.

Fortsetzung auf Seite 7

D 8008

BRANDENBURG: BARNIMER AKTIONSBÜNDNIS GEGEN GENTECHNIK

Anti-Genmais-Bustour

Am Sonntag dem 18. Juni 2006 beteiligten sich etwa 35 GentechnikgegnerInnen an einer mehrstündigen Busfahrt durch den brandenburgischen Landkreis Märkisch-Oderland. Märkisch-Oderland ist das Hauptanbaugebiet für den Monsanto-Genmais. Anlass für die Tour waren die Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag des »Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik«.

indymedia, 25.6.2006 ● Bereits am Startpunkt der Tour am Berliner Busbahnhof begann die Polizei die Begleitung des Busses, hielt sich aber während der Tour auffallend zurück und störte nicht weiter. In Strausberg stiegen dann die feiernden Leute vom Barnimer Aktionsbündnis und ihre Gäste hinzu, denn im dortigen Jugendtreff gab es am Samstag eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zum G8-Gipfel in Heiligendamm und eine Party mit Liveband.

Erster Höhepunkt der Tour waren die Genmaisfelder der Landfarm Hohenstein. Hier konnten wir vom Bus aus einen »Wildschaden« begutachten. Hohenstein war im letzten Jahr Schauplatz der Ernteaktion von »Gendreck-Weg« (www.gendreck-weg.de). Im Nachbardorf Prädikow machten wir dann unsere erste Station am dortigen Genmaisfeld. Mit Flyern und Transparenten machten wir unseren Protest deutlich. Schon nach kurzer Zeit brauste dann der örtliche Genbauer Andreas Behnen an. Deutlich spürbar war an dieser Stelle das Unbehagen über die Veröffentlichung seiner Aktivitäten. Die Landwirte würden ihren Genmais lieber ganz im Stillen anbauen, um so eventuellen Diskussionen und Protesten in ihren Dörfern zu umgehen.

Anschließend ging es dann ins Oderbruch nach Neureetz. Hier betreibt die »Agrarprodukte Altreetz eG« schon seit mindestens zwei Jahren Genmaisfelder. Auch hier wurden Flyer über die Machenschaften der Firma verteilt. Anschließend trafen wir uns mit der einzigen aktiven Gentechnikgegnerin im Ort, um ihr unsere Solidarität auszudrücken. Sie berichtete z.B., dass Unbekannte ein Protestschild gegen den Genmaisanbau von ihrem Grundstück entfernten. Glücklicherweise sind die GentechnikgegnerInnen im Landkreis zahlreich, so dass es in Neureetz und Umgebung bereits mehrere Informations- und Protestveranstaltungen gab. Unsere nächste Station war die kleine Stadt Bad Freienwalde. Hier versammelten wir uns für eine kurze Kundgebung vor dem Haus in der Eberswalder Str.3. Hier wohnt der Geschäftsführer der Hohensteiner Landfarm Jörg Piprek. Die Nachbarschaft wurde über seine Aktivitäten informiert, so betreibt er z.B. in seinem Garten ein 1qm kleines Genmaisbeet, nach eigenen Angaben um so zu testen, ob es zu Auskreuzungen auf andere Maissorten kommt. Der sichtlich überraschte Piprek stellte sich nach einiger Zeit dann der Diskussion mit den GentechnikgegnerInnen, ganz zur Freude der mitreisenden JournalistInnen.

Abschluss unserer Bustour war des Dorf Wölsickendorf. Hier trafen wir uns nach kurzer Besichtigung des Genfeldes mit Aktiven der örtlichen BürgerInneninitiative »Gentechnikfreie Höhe« bei Kaffee und Kuchen. Die BürgerInneninitiative hat sich erst im diesen Jahr gegründet um gegen den Genmaisanbau in der Region vorzugehen. Erfolgreich waren sie dabei in Dannenberg, nach einigen Diskussionen zog das dortige Landwirtschaftsunternehmen die Anbaupläne wieder zurück. Nicht so einsichtig zeigt sich dagegen bisher die »Agrargenossenschaft Höhe eG«. Mit unserem Besuch haben wir aber vielleicht einen kleinen Beitrag zum Erfolg der BürgerInneninitiative geleistet, in der sich auch LandwirtInnen und ImkerInnen der Region engagieren.

Die Zeit im Bus wurde natürlich ausgiebig genutzt, um über die Machenschaften der Gentechnikkonzerne und den Widerstand dagegen zu informieren. Die Stimmung im Bus war ausgezeichnet und wir haben sicher einiges an Staub aufgewirbelt. Machen wir es den Konzernen weiterhin schwer! ●

Freiwillige Feldbefreiung und Aktionscamp vom 28.-30.7.2006. Näheres: www.gendreck-weg.de

HINWEIS

Durch einen bedauerlichen Fehler wurden die in der letzten Ausgabe für den Schwerpunkt »Alternativmedien« verwendeten Grafiken nur mit dem Quellenhinweis »junge Welt« gekennzeichnet. Gefehlt hatte der Hinweis auf den Grafiker: Thomas J. Richter.

DEMO-SANITÄTERiNNEN – FAUST-SYMBOL IST VERBOTEN

»Ruhig Blut!« auch...

Stellvertretend für alle linken Organisationen wurde der Roten Hilfe e.V. (RH) am 27. April 2006 vom Landgericht Hamburg die weitere Verwendung des »Faust-Symbols« als Kennzeichen für Demo-SanitäterInnen unter Androhung eines bis zu sechsstelligen Ordnungsgeldes bzw. einer Ordnungshaft untersagt. Davon ist insbesondere die Broschüre »Ruhig Blut!« betroffen, deren Vertrieb und Weiterverbreitung damit verboten sind. In dem inkriminierten Heft werden konkrete Tipps zum Verhalten bei eigenen Verletzungen sowie zur Erstversorgung von Opfern polizeilicher Gewalt auf Demonstrationen gegeben.

Dieses Urteil beendete das juristische Vorgehen der linken Selbsthilfeorganisation gegen die schikanöse Politik des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), das im November 2004 die Unterzeichnung einer Unterlassungsverpflichtung gefordert hatte. Streitpunkt war die angebliche unbefugte Verwendung des »Roten Kreuzes«. So behauptet das DRK unter Zustimmung des Gerichts, das Symbol der autonomen DemonstrationssanitäterInnen sei dem »Roten Kreuz« zum Verwechseln ähnlich. Zu diesem merkwürdigen Beschluss kam das Gericht, weil es die offensichtlichen Unterschiede zwischen dem Zeichen der Demo-SanitäterInnen und dem des DRK nicht würdigte (geballte Faust, Farbe und Länge der Kreuzbalken). Stattdessen betrachtete der Richter nur die vermeintlichen Ähnlichkeiten, ohne bei der Einschätzung GutachterInnen hinzuzuziehen.

Die Bewegung der Demo-SanitäterInnen entstand schon in den 1920er Jahren des letzten Jahrhunderts in der Auseinandersetzung der ArbeiterInnenbewegung mit Polizei und Justiz. Im Gegensatz zum DRK waren sie parteiisch auf Seiten der DemonstrantInnen. Als Zeichen ihrer politischen Haltung diente die geballte Faust. Gruppen autonomer Demo-SanitäterInnen bildeten sich in dieser Tradition vor gut 25-30 Jahren im Umfeld der Friedens- und Anti-AKW-Bewegung in bewusster Abgrenzung zu offiziellen Rettungsorganisationen, die trotz zahlreicher Verletzter bei brutalen Polizeieinsätzen meistens nicht präsent waren. Darüber hinaus wurden Fälle bekannt, in denen diese Organisationen Personalien der von ihnen Behandelten an die Polizei weitergab. Außerdem waren ihre MitarbeiterInnen nicht auf Verletzungen, wie man sie auf Demonstrationen erleiden kann (etwa durch Tränengas, Schlagstöcke, Fesseln und Hundebisse), vorbereitet. Das Erkennungszeichen der Demo-SanitäterInnen besteht aus einem stilisierten, senkrecht erhobenen Arm mit geballter Faust, der von einem Querbalken gekreuzt wird. Damit grenzen sie sich bewusst von offiziellen SanitäterInnen ab und sind für verletzte DemonstrationsteilnehmerInnen selbst in stressigen Situationen deutlich als »parteiliche« und damit vertrauenswürdige HelferInnen zu erkennen.

Bereits in den 1980er Jahren hatte es Versuche gegeben, DemonstrationssanitäterInnen wegen der Verwendung des »Faust-Symbols« zu kriminalisieren. Nachdem das DRK öffentlichkeitswirksam ankündigte, gegen diesen angeblichen Missbrauch des Rotkreuzzeichens vorzugehen, nahm beispielsweise die Berliner Polizei in den Jahren 1982/83 zehn Personen fest, die das »Faust-Symbol« als Kennzeichen benutzt hatten. Die anschließenden Bußgeldverfahren endeten jedoch alle mit Einstellung oder Freispruch, weil die Gerichte durchweg eine Verwechslungsgefahr verneinten. Die gegen einen der Freisprüche erhobene Rechtsbeschwerde wurde wegen Aussichtslosigkeit im Dezember 1983 zurückgenommen.

Somit war dem DRK, auch wenn es das anders darstellt, das beanstandete Demo-SanitäterInnen-Symbol nicht erst seit kurzem, sondern bereits seit den 1980er Jahren bekannt. Trotzdem entschied das Gericht, dass das DRK das Recht, mit Anträgen juristisch gegen die Verwendung des ihm seit langem bekannten Zeichens vorzugehen, nicht verwirkt hat. Hierzu hat das Gericht einen nicht nachvollziehbaren Bundesverwaltungsgerichts-Beschluss herangezogen, der dem DRK als einziger Rechtspersönlichkeit außer dem Staat das »Nicht-Verwirken« seines Rechtes verliehen hat.

Bemerkenswert ist außerdem, dass das DRK für seine Klage Gerichtskostenfreiheit unter Berufung auf ein Gesetz aus der NS-Zeit beansprucht. Das ermöglicht dem DRK, einen völlig überhöhten Streitwert von 50.000 Euro anzusetzen, weil es im Falle des Unterliegens die danach berechneten Gerichtskosten nicht zu fürchten braucht. Dagegen stellt dies für dessen KlagegegnerInnen ein immenses finanzielles Risiko dar. Sie sehen sich unter Umständen gezwungen, zur Vermeidung eines Prozesses den Forderungen nachzugeben, auch wenn die Berechtigung des vom DRK geltend gemachten Unterlassungsanspruchs mehr als zweifelhaft ist. Das DRK behauptet zwar, die Gebührenbefreiung beruhe auf der gemeinnützigen Tätigkeit des DRK beziehungsweise auf seiner Eigenschaft als »anerkannte nationale Rotkreuzgesellschaft« im Sinne der Genfer Abkommen, weshalb es auch noch nach 1945 anwendbar sei.

Vielmehr dürfte es aber der Wahrheit entsprechen, dass dem DRK die Gebührenfreiheit wegen seiner Einbindung in die Kriegsmaschinerie des NS-Regimes gewährt wurde. Denn neben der Zentralisierung der Organisationsstruktur sah das Gesetz zahlreiche arbeitsrechtliche und finanzielle Vergünstigungen für das DRK und dessen Sanitätshelfer vor, um es im Hinblick auf deren Aufgabe, am so genannten Wehrmachts- bzw. Luftschutz-Sanitätsdienst mitzuwirken, zu entlasten. Das DRK wurde außerdem durch das Gesetz von 1937 »gleichgeschaltet«, d. h. als Verein im Sinne des BGB aufgelöst und quasi in eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts umgewandelt. Schon 1933 war das »Führerprinzip« eingeführt und das DRK unter Rechtsaufsicht des Reichsinnenministeriums gestellt worden. Das DRK nahm dabei die Gleichschaltung in vorauseilendem Gehorsam vorweg, indem der damalige DRK-Präsident Winterfeldt-Menkin die Eingliederung des DRK in das nationalsozialistische Staatskonzept befürwortete und die Mitglieder zur Unterwerfung unter Hitlers Führung aufforderte.

Von dieser (kaum aufgearbeiteten) Vergangenheit will das Deutsche Rote Kreuz heute selbstverständlich nichts mehr wissen. Dennoch macht es gerne von den ihm von den Nationalsozialisten verliehenen Privilegien Gebrauch, wenn es darum geht, das Engagement von linken, antiinstitutionalisierten Demo-SanitäterInnen zu kriminalisieren.

Die Rote Hilfe wird gegen das Fehlurteil des Hamburger Landgerichts in dieser Sache nicht in die Berufung ziehen können, da die Kostenbelastung dafür bei weitem ihre finanziellen Möglichkeiten übersteigt. Damit hat das DRK wohl gerechnet, als es sich anschickte, ihm politisch nicht genehme Gruppen auszuschalten.●

M. Krause für den Bundesvorstand der Roten Hilfe e. V.
Pressemitteilung vom 23. Mai 2006

AKTION 2006 IM JUNI

Nun fehlen noch 2.346,60 EUR für die in diesem Jahr zu erwartende Deckungslücke unseres Zeitungsprojekts. Zu verdanken ist dies Anzeigenschaltungen in diesem Jahr in Höhe von 620 EUR und zwei weiteren Spenden:

- Herbert Hauck, Neckarbischofsheim (25 EUR)
- N.N., Heidelberg (300 EUR)

Herzlichen Dank!

Uns fehlen unter Berücksichtigung des geplanten Altschuldenabbaus insgesamt 4.346,60 EUR.

Die Abostatistik sieht leider wieder nicht gut aus. Drei neue Abos sind hinzu gekommen, vier Abos mussten leider nach diversen Mahnungen und Briefen eingestellt werden. Dazu kommt die Kündigung einer Fördermitgliedschaft (75 EUR) und die von zwei Abos. Das Ziel der Abokampagne liegt nun bei 160+.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

PORTOKOSTEN EINSPAREN

AbonnentInnen, die über eine E-Mail-Anschrift verfügen und regelmäßig in ihr Postfach schauen, können wir ab sofort ihre Rechnungen auf diesem Wege zukommen lassen. Einfach eine Mail an contraste@t-online.de mit dem Betreff: »E-Mail Rechnung, Name und Ort« senden. Dies gilt nicht für TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren, es sei denn, es wird zusätzlich eine Rechnung benötigt.

Kosten werden auch über eine Einzugsermächtigung für die Aboverlängerung eingespart. Wichtig ist, dass uns eine Änderung der Bankverbindung immer rechtzeitig mitgeteilt wird, da sonst unnötige Gebühren der Banken entstehen. Die Banken berechnen jeweils eine Gebühr für geplatzte Lastschriften, die zusammen 5,50 EUR beträgt. Eine Einzugsermächtigung könnt Ihr formlos an unsere Postanschrift schicken.

Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften tragen auch dazu bei, unser Projekt zu stabilisieren. Bei Eintritt in den Contraste e.V. (Coupon auf dieser Seite) erhalten wir den vollen Beitrag und die im Abopreis enthaltene Umsatzsteuer fällt weg, da Mitglieder die Zeitung umsonst bekommen. Zusätzlich lässt sich der Förderbeitrag natürlich von der Steuer absetzen!

Bitte schickt uns bei einem Umzug Eure neue Anschrift! Zeitungen im Postvertrieb werden trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt, sondern kommen meist mit dem Vermerk »Empfänger unbekannt« zurück. Auf diese Weise haben wir schon manches Abo verloren. Wenn der Postbote guter Laune ist, vermerkt er auch schon mal die neue Anschrift, aber eben nur dann. Die TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei einer Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht.

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@t-online.de●

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

BERUFUNG GEGEN BERUFSVERBOT

Redaktion Heidelberg ● Michael Csaszkóczy kämpft weiter gegen das gegen ihn ausgesprochene Berufsverbot. Er will gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe in Berufung gehen, teilte der Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg Ende April in Mannheim mit. Wenn der Antrag Erfolg hat, muss sich der VGH mit dem Fall befassen. Das Karlsruher Gericht hatte Mitte März eine Klage des Mannes gegen das Berufsverbot abgewiesen (siehe CONTRASTE Nr. 259, Seite 1).

Die Bewerbung des Lehramtsanwärters war im August 2004 von der Schulbehörde und dem baden-württembergischen Kultusministerium abgelehnt worden, weil der Realschulpädagoge laut Verfassungsschutz seit Jahren einer antifaschistischen Gruppe in Heidelberg angehört. Begründung: Die Initiative sei gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung eingestellt. Auch Hessen hatte dem Mann im vergangenen Jahr trotz seiner fachlichen Eignung den Eintritt in den Schuldienst verwehrt.

Gegen das Berufsverbot hatte unter anderem die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft protestiert. Es dürfe nicht sein, dass Lehrer bei politischem Engagement mit Sanktionen rechnen müsste.●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

Share your dreams, create ideas, reclaim the streets...and set their minds in fear
Ahead to the Sea: Urban Pirate Soundsystem (Wolverine Records)

Die Erkenntnis, dass Punkrock sich sehr gut dazu eignet, mit anderen Musikstilen zu vermischt werden, bewiesen bereits THE CLASH in den 70er Jahren, indem sie den klassischen rohen Punkrocksound mit Reggae-Elementen anreicherten. Auch für AHEAD TO THE SEA, eine der wenigen Folkpunkbands im deutschsprachigen Raum, ist der reine Punkrock als musikalische Kategorie zu eng. Sie ergänzen die aggressive Haltung und die Wut des Punks mit folkigen Elementen. Zum Einsatz kommen dabei ein Akkordeon, eine Geige und eine Flöte, die sich gekonnt in das etablierte Punkrockinstrumentarium von Bass, Gitarre und Schlagzeug einfügen. Auch wenn »Urban Pirate Soundsystem« ihr Debütalbum ist und die Band noch nicht sehr lange existiert, darf mensch sich nicht täuschen lassen. AHEAD TO THE SEA sind weitgehend alte Hasen und Häsinnen in der Punkszene.

Sänger Jochen und einige andere Bandmitglieder stammen aus der Vorgängerband ACROSS THE BORDER, die jahrelang zu den Linern des Rügener »Force Attack«-Festivals, einem szeneinternen sehr wichtigen Open Air-Festival, gehörten und sich eine sehr guten Rufes in der politisch orientierten Punkszene erfreuten. Jochen hat mittlerweile gesangliche Unterstützung von Steffie S. erhalten, so dass ein kontrastreicher, sich gegenseitige ergänzender Gesang aus den Boxen erschallt. Zu einem sehr fröhlichen und zum Tanzen anregenden Sound, der im Falle des Songs »Ahead to the Sea« auch mit einem Traditional angereichert ist, bezieht die Band politisch Stellung zu den klassischen linken Themen. So formulieren sie im Refrain des Songs »Consuming«: *»I am consuming and so I am / no more depression no quest for sense / thanks to to commercials to economy / high gloss solutions rescue me!«* Andere Themen, die von der Band in eingängigen Texten verpackt werden, sind z.B. die deutsche Waffenindustrie (»Made in Germany«), die Frage nach der Aktionsform (»An eye for an eye«) und eine klare Absage gegen die Verharmlosung von rechtem WählerInnenpotential als »ProtestwählerInnen« (»Shout«). Daneben finden sich aber auch eine Reihe von fröhlichen und emotionalen Texten (»Drifting away«, »Like lot«). Ein besonders drastischer Kontrast zu den Polittexten stellt der Track »Life« dar, der in seiner Ausrichtung eher in Richtung »Flower Power« tendiert. *»I send you dreams, I send a smile, I dend a happy song to sing / I send you flowers for your hair and red ribbons to tie in / I send you tales almost forgotten of old times long ago / I send a little cat to hug and a white horse to ride on / I send you life – I will send you life.«* Insgesamt ist ein sehr vielseitiges, kämpferisches und nachdenkliches Debütalbum entstanden, das vom ersten bis zum letzten Song zum Tanzen einlädt. Besonders die Vermischung von männlichem und weiblichen Gesang verpasst dieser Band eine eigene Note – zusätzlich zu ihrem bereits sehr eigenständigen Sound.●

DJ Chaoz

Weitere Infos zur Band & Tourtermine:
www.ahead-to.the-sea.com

DAS GRÖSSTE GÖTTINGER KULTUR- UND VERANSTALTUNGSZENTRUM »MUSA« IST FAST 30 JAHRE ALT

Kultur nicht nur konsumieren, sondern selbst aktiv werden!

Trommelschläge ertönen aus einem von 18 Übungsräumen im Keller der musa (Musik-Arbeitsgemeinschaft), dem nach Eigenangaben größten Kultur- und Veranstaltungszentrum der Universitätsstadt Göttingen. Auf seiner heutigen Fläche von 5.000 Quadratmetern stellt der 1977 ins Vereinsregister eingetragene musa e.V. verschiedenen Bands, Tanz- und Theatergruppen Proberäume zur Verfügung und bietet Künstlern Atelierräume.

Sandra Peters, Redaktion Göttingen ● Zu diesem Zweck mietete die Stadt Göttingen 1990 das Gelände einer alten Brotfabrik in der Weststadt an und stellte es der musa zu Verfügung. Mit finanzieller Hilfe des Landes Niedersachsen wurde das Gebäude anschließend ausgebaut. Insgesamt 50 Bands proben derzeit in der musa, auch professionelle Bands wie *Soulcake & the Horns Deelite* hatten hier ihre ersten Konzerte. »Unsere Idee ist, kulturell Interessierten Räumlichkeiten zu bieten, um sich weiter entwickeln zu können, deshalb stellen wir ihnen Übungsräume und Auftrittsmöglichkeiten zur Verfügung«, erklärt die 43-jährige Verwaltungsangestellte der musa, Christiane Mielke.

Christiane Mielke mit ihren Kollegen Mark Bührmann und Stefan Rieder im Salon der musa Foto: Sandra Peters

Seit ihrer Gründung vor knapp 30 Jahren, durch eine Gruppe Folkmusiker, die Proberäume benötigte, hat sich die musa stetig vergrößert. Dies führte schnell zu finanziellen und personellen Problemen, die man jedoch mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) in den Griff bekam. Heute hat die musa sieben fest angestellte Teilzeit-Mitarbeiter. Der Anteil freier Mitarbeiter beträgt nur fünf Prozent. »Der Verdienst ist nicht sehr hoch, es gehört schon Idealismus dazu, in der musa zu arbeiten«, meint Mielke. Es sei wichtig, dass die Ausgaben gedeckt sind. Vor allem seit der Veränderung der Politik des Landes Niedersachsen, vor einem Jahr, gestaltet sich die Finanzierung schwieriger als bisher. Seitdem gehört es nicht mehr zu den Aufgaben der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur, die Gelder zu verwalten, sondern zum Aufgabenbereich des Landschaftsverbandes Südniedersachsen. Problematisch ist, dass die Anträge jetzt direkt an das Land gestellt werden müssen. »Da die Zuständigkeiten noch nicht eindeutig geregelt sind, erfordert die Bearbeitung der Anträge mehr Zeit als bisher«, bemerkt die Verwaltungsangestellte. Für das Jahr 2006 leistet die Stadt Göttingen insgesamt einen Zuschuss von 220.500 Euro. Das entspricht etwa 40 Prozent des musa-Etats, weitere 50 Prozent werden durch Konzerte, Partys und Gastronomieveranstaltungen erwirtschaftet. Die restlichen zehn Prozent werden durch Drittmittel, die vor allem die Sparkasse Göttingen gewährt, aufgebracht. Doch das Sponsorenaufkommen geht zurück.

Es gibt ein weiteres Problem. Möglicherweise kann das Atelierhaus für 50 bis 60 bildende Künstler im alten Mehlspeicher nicht gehalten werden. Dieses Gebäude, das seit 1996 von der musa angemietet wird, ist renovierungsbedürftig. Die erforderlichen Mittel können aus eigener Kraft nicht aufgebracht werden. Zurzeit werden diesbezüglich Gespräche mit der Stadt geführt. Grundsätzlich sei die Zusammenarbeit mit der Stadt Göttingen recht gut, erklärt Mielke.

Seit fünf Jahren ist die musa Ausbildungsbetrieb im soziokulturellen Bereich, sie bietet eine zweijährige Ausbildung zum Veranstaltungskaufmann und Veranstaltungstechniker an. Das Ausbildungsangebot wird aus eigener Kraft finanziert. Für die Teilzeit-Mitarbeiter erfordert die Ausbildung der Azubis viel Zeit und Energie.

Das Göttinger Kulturzentrum musa befindet sich in einer ehemaligen Brotfabrik Foto: Sandra Peters

»Wir wollen Künstlern, Musikern und Interessierten jeden Tag ein kulturelles Angebot machen,« erklärt Mielke. Tatsächlich kann die musa wöchentlich auf drei bis vier öffentliche Veranstaltungen verweisen. Daneben gibt es diverse Angebote und Workshops, diese reichen von Blockflöten-, Saxophon- oder Klarinettenunterricht über Flamenco-, Salsa-, Tango- und Steptanzkurse bis zu Aktmalerei und Steinbildhauerei. Der inhaltliche Schwerpunkt des Angebots liegt auf Musik und Bildender Kunst. Im vergangenen Jahr ermöglichte die musa 175 Veranstaltungen mit insgesamt über 100.000 Besuchern.

Neben verschiedenen anderen Projekten ist dieses Jahr wieder die Weststadtrevue geplant. Eine Theaterrevue in der es darum gehen soll, was alles passieren kann, wenn Breakdancer und Naturfreunde zusammentreffen. Es handelt sich dabei um ein Projekt der Stadtteilarbeit, welches das Miteinander in dem sozial schwachen Stadtteil fördern soll. »Kultur soll nicht nur konsumiert werden, sondern die Menschen sollen selbst aktiv werden. Bisher war unsere Stadtteilarbeit ein voller Erfolg«, erklärt die Angestellte.

Nächstes Jahr feiert die musa ihr 30-jähriges Jubiläum. Es sei wichtig, die Vielseitigkeit des Vereins zu erhalten, dann sei der Fortbestand der musa auch für die nächsten zehn Jahre gesichert, glaubt Christiane Mielke. Die Besucherzahlen stimmen zuversichtlich und scheinen ihr Recht zu geben. »Unsere Leistungen werden anerkannt und wir besitzen das Wohlwollen von Politik und Verwaltung,« gibt sich Mielke zuversichtlich. »Ich würde auch noch gerne das 40-Jährige feiern. Nett wären auch Vollzeitstellen, um unseren Ausbildungsbetrieb auf sichere Füße zu stellen.«●

musa e.V., Hagenweg 2a, D-37081 Göttingen
Tel.: (05 51) 6 43 53, Fax: 63 24 73
E-Mail : info@musa.de, Homepage: www.musa.de

ÜBER 40 GRUPPEN NUTZEN DAS KAZ

Hoher Anteil ehrenamtlicher Arbeit

Rückblende: Deutscher Städtetag 1973 in Göttingen. Das Thema lautet: Kultur von allen, für alle. Auf Basis dieses Mottos wurde das Göttinger Kommunikations- und Aktionszentrum (KAZ) gegründet. Drei Jahre später bezog das KAZ dann offiziell das Otfried-Müller-Haus in der Hospitalstraße, in dem es noch heute sitzt. 1976 stand das KAZ zunächst unter der Leitung des Jungen Theaters, da die Stadt der neuen Institution noch nicht zutraute, auf eigenen Beinen zu stehen. Die juristische Trennung der beiden Kultureinrichtungen – die sich bis heute das Gebäude teilen – erfolgte dann 1984, mit eigenen Miet- und Zuschussverträgen.

Ronja Grimm, Redaktion Göttingen ● Mittlerweile kann das Kulturzentrum über 40 Gruppen und Initiativen und rund 400 Mitglieder vorweisen. Neben zwei multifunktionalen Räumen verfügt das KAZ über speziell ausgestattete Werkstätten in den Bereichen Keramik, Musik und Theater. Den größten Zuwachs verzeichnet der Kinder- und Jugendbereich, mit der Jugendbuch-Crew und Akrobatikkursen. Auch die Ferienkurse werden stark nachgefragt. Die Gruppen sind sehr gemischt, Kinder und Jugendliche aus allen Schichten beteiligen sich. Eltern, denen es aus finanziellen Mitteln nicht möglich ist, ihr Kind bei einem der Ferienkurse anzumelden, können einen Sozialplatz beantragen, so dass für kein Kind Nachteile entstehen.

Fotos: KAZ

Ein großer Teil der Arbeit im KAZ geschieht auf ehrenamtlicher Basis, anders wäre es wohl auch kaum möglich, mit den geringen bereitstehenden finanziellen Mitteln all die Aktionen und Veranstaltungen zu organisieren. Dabei klappt das Förderungssystem mit der Stadtverwaltung reibungslos, das KAZ gehört zu den sogenannten »privilegierten Einrichtungen«. Das bedeutet, wenn eine Auswahl zwischen bestimmten Einrichtungen getroffen werden muss, wird der Zuschuss in den meisten Fällen den bevorrechtigten Einrichtungen zugesprochen.

Neben den kommunalen Zuschüssen wird das Kulturzentrum vom Landschaftsverband Südniedersachsen jährlich mit 3.000 Euro gefördert. Doch die Fördersituation hat sich in den letzten Jahren drastisch verschlechtert. Stehen besondere Ausgaben außerhalb des Pauschalbetrags an, wie aktuell die dringend notwendige Renovierung des Hauses, wird zunächst die Frage geprüft, ob die geplanten Arbeiten auf Landesebene auf Interesse stoßen werden. Doch lokale soziokulturelle Betriebe haben es schwer, auf Landesebene Gehör zu finden.

Eine Renovierung, so Anne Moldenhauer, sei auch für das äußere Erscheinungsbild des Zentrums notwendig. Es stehe in völligem Gegensatz zu der durchaus professionellen Arbeit der Mitarbeiter, betont Moldenhauer, die sich die Geschäftsführung mit einer Kollegin teilt. Einige Leiter der Kurse sind ausgebildete Lehrkräfte in ihrem Bereich, und alle verfügen über Fachwissen, Kompetenz und Erfahrung. »Aber dies den Eltern klarzumachen, die ihre Kinder bei uns anmelden möchten und eventuell davon ablassen, wenn Sie den heruntergekommenen Hausflur sehen, ist schwierig«, erklärt Moldenhauer weiter. »Man muss konsequent gegen den ersten optischen Eindruck ankämpfen.« Dringende Wartungsarbeiten erledigen die Mitarbeiter und Mitglieder des KAZ in ehrenamtlicher Eigenarbeit, soweit das möglich ist. 2005 wurde die gesamte Elektrotechnik von einem Vorstandsmitglied erneuert; Arbeiten, die das KAZ viel Geld gekostet hätten, wären sie in Auftrag gegeben worden. »Der chronische Geldmangel ist nicht nur eines unserer größten Probleme,« stellt Moldenhauer fest, »auch vergleichbare kulturelle Einrichtungen leiden darunter.« Eine Folge davon ist die damit zusammenhängende Unsicherheit ihres Arbeitsplatzes, da soziokulturelle Einrichtungen von öffentlichen Zuschüssen abhängig sind, und diese gehen bekanntlich kontinuierlich zurück.

Im soziokulturellen Bereich zu arbeiten ist also nicht einfach, aber natürlich gibt es auch eine Menge Vorzüge: Die Kreativität spielt eine größere Rolle als in Standardbetrieben, man hat mehr Möglichkeiten, zu Gestalten, auf aktuelle Situationen zu reagieren und das eigene Programm daran auszurichten. Durch die Arbeit, die man in ein selbstbestimmtes Projekt steckt, bekommt man einen großen persönlichen Bezug zur eigenen Einrichtung und ist viel empfänglicher für die positiven Rückmeldungen, die nicht selten nach harter Arbeit erfolgen. Zu diesen Erfahrungen gehört die große Eigeninitiative, die viele der KAZ-Mitglieder zeigen: Manche Gruppen sind schon viele Jahre dabei und organisieren sich völlig eigenständig, aus Interesse und Spaß an der Sache. »Solche Erlebnisse zeigen einem, dass man auf dem richtigen Weg ist«, erklärt Moldenhauer, »sie motivieren zum Weitermachen.«

Auch nach über 30 Jahren orientiert sich das Göttinger Kommunikations- und Aktionszentrum an seiner Gründungsmaxime: »Kultur von allen, für alle.«●

Kommunikations- und Aktionszentrum (KAZ), Hospitalstraße 6, D-37073 Göttingen
Tel.: (05 51) 5 3062, Fax 54 14 81
E-Mail: mail@kaz-goettingen.de, Homepage: www.kaz-goettingen.de

Anzeige

Für Gewerbefreiheit - gegen den Meisterzwang im Handwerk!

Der Berufsverband unabhängiger Handwerkerinnen und Handwerker setzt sich für Gewerbefreiheit im Handwerk ein. Wir beraten selbständige Handwerker/-innen ohne Meisterbrief und streiten für die Abschaffung des Meisterzwangs.
Unterstützen Sie mit Ihrer Mitgliedschaft die Arbeit des BUH e.V.. Mitglieder profitieren von der wöchentlichen telefonischen Anwaltssprechstunde, unserem Rundbrief mit Neuigkeiten rund ums Handwerk ohne Meister und einer günstigen Betriebshaftpflichtversicherung.

BUH-Seminar: Reisegewerbe von A bis Z
15. - 16.9.2006 in Verden / Aller

BUH e.V.
Berufsverband unabhängiger Handwerkerinnen und Handwerker

04231 / 95 666 79 * buero@buhev.de
www.buhev.de

STARTKAPITAL: WUT UND EIN PAAR SPARBÜCHER

Im Dschungel der Jungle World

Die Wochenzeitung »Jungle World« ist formell eine GmbH, real aber ein selbstorganisiertes Kollektiv. Entscheidender Garant dafür ist, dass die HerausgeberInnen gleichzeitig die MitarbeiterInnen der »Jungle World« sind, oder frühere MitarbeiterInnen. Neben den klassischen Überlebensfragen linker Medien gibt es nächstes Jahr etwas zu feiern: Dann wird es die »Jungle World« zehn Jahre geben.

Von Gaston Kirsche ● Anders als Zeitungsverlage, die ohne Marktanalyse und hochbezahlte Exposés, vollfinanzierten Nullnummern und großem Werbeetat niemals einen neuen Titel produzieren lassen würden, war das Startkapital bei der *Jungle World* Wut und ein paar Sparbücher. Im Mai 1997 entließ Dietmar Koschmieder, Geschäftsführer der »linken Tageszeitung *junge Welt*«, den Chefredakteur Klaus Behnken. Er wollte damit erreichen, das es in der *jungen Welt* weniger um seiner Meinung nach abseitige linksradikale Minderheitenthemen ginge, sondern in biederer Form um die »soziale Frage« und um ein besseres Deutschland. Gegenüber der Nachrichtenagentur AFP wurde er deutlich: »Koschmieder sagte, in der Redaktion hätten eine antifaschistische und eine antinationale Fraktion ein Übergewicht bekommen.«

Die Sorge war er bald los: Nahezu die gesamte Redaktion besetzte damals die *junge Welt* und wurde deswegen gefeuert. In den ersten von ihnen als Streikzeitung produzierten Ausgaben der *Jungle World* protestierte die – ehemalige – Redaktion gegen ihren Rausschmiss und gegen die folgende Ausrichtung der *jungen Welt* auf einen linksnationalen, staatsfixierten Kurs. Koschmieder wiederum wurde ermutigt von altväterlichen Leserbriefen wie diesem: »Lieber Dietmar Koschmieder, liebe jW-Kämpfer, laßt Euch nicht irritieren ... Allein der eingeenglischte Titel der Gegenzeitung belegt doch, wo diese Leute hinwollen. Mittelwege, die das Stillhalten dieser NATION, das Stillhalten konsequent linker Kräfte überhaupt, zur Folge haben, gibt es zu Genüge, wir wollen mehr Dampf.« Solche Deutschtümelei findet sich bis heute in Leserbriefen, Artikeln und Kommentaren der *jungen Welt*.

Der Rausschmiss fast der gesamten Redaktion fand 1997 eine großes Medienecho. Benutzt wurde der damalige Konflikt vor allem, um sich über undemokratisches Verhalten von Kommunisten auszulassen. Dabei gab es in dem Konflikt auf beiden Seiten AkteurInnen, die sich auf – recht unterschiedliche – Vorstellungen von Kommunismus bezogen. Die gemeinsame Ausgangsposition der *Jungle World* war neben der Empörung über den Rausschmiss die Kritik an einem traditionalistischen linken Weltbild, das ungerührt wie einfältig an DDR-Folklore anknüpft.

So wird bis heute bedenkenlos Israel in der *jungen Welt* in einer Form kritisiert, die linkem Antisemitismus nahekommt. Ihre Hamburger Autorin Birgit Gärtner etwa konnte dort über den israelischen Geheimdienst Mossad behaupten, dieser könne sich auf das weltweite Netz jüdischer Gemeinden stützen. Und wer in der Lage gewesen sei, den Nazi Eichmann zu entführen, sei doch

Ausgabe vom 14.6.2006

wahrscheinlich auch an der Entführung von Apo Öcalan in die Türkei beteiligt gewesen. Gegen diese krude antisemitische Verschwörungstheorie konnte ein Gegenartikel nur gekürzt als Leserbrief erscheinen.

Als in Essen am 7. Oktober 2000 aus einer Demonstration gegen das Vorgehen Israels in den besetzten Gebieten heraus Steine auf die Alte Synagoge geschmissen wurden, war das der *jungen Welt* eine Kurzmeldung wert, die nur das Eingreifen der Polizei kritisierte. Die Gleichsetzung von Israel mit allen jüdische Gemeinden wird dagegen in der *jungen Welt* selbst betrieben.

Die *Jungle World* dagegen machte die Angriffe gegen Synagogen und andere jüdische Einrichtungen in der BRD in ihrer nächsten Ausgabe zum Titelthema und kritisierte den alltäglichen Antisemitismus hierzulande. Die *Jungle World* agierte so im besten Sinne antideutsch. Dieses Aufgreifen wichtiger, gerade auch unter Linken strittiger Themen ist keine Ausnahme, wenngleich die Zeitung sich nicht auf eine bestimmte linksradikale Analyse festlegen lässt. Oft widersprechen sich Artikel, im besseren Fall als kontroverse Debatte, manchmal stehen sehr verschiedene Sichtweisen unvermittelt nebeneinander. So kann in einer Ausgabe ein zwei Zeitungsseiten langes Gespräch mit Emir Kusturica, dem Regisseur des ebenso herzzerreißenden wie projugoslawischen Films »Underground« abgedruckt sein, während ein andermal projugoslawische Positionen flapsig und unernsthaft kritisiert werden.

Bei der *Jungle World* gibt es unterschiedliche Positionen. Redakteur Klaus Behnken erklärte im Juli 1998 nach einem Jahr *Jungle World*: »Viele Leute nehmen nicht mehr alles so ernst. Wir wollen kein Politblättchen machen, das hier keiner lesen mag. Keine Programmatik. Manche wollen eine radikal linke, aber andere eben einfach eine schöne Zeitung machen.«

Die Auflage von 15.000 Stück erlaubt aber keine großen Sprünge: Die Honorare sind niedrig, die Arbeitsbedingungen prekär, und für den jährlichen Ausflug – diesmal nach Holland –, um in sonniger Gegend eine Auswärtsausgabe zu produzieren, musste die Belegschaft auch schon mal eine Anzeige in eigener Sache in die *Jungle World* setzen: »Auto gesucht«. Leider ist die BRD nicht das Land, wo linksradikale Medien viel gekauft werden. Schön wäre eine höhere Auflage der *Jungle World*, aber ohne Anpassung an die Gesetze der bürgerlichen Meinungsproduktion. Wenn mehr Leute in diesem Land die Schnauze voll haben vom hässlichen rassistischen deutschen Alltag, Kapital, Patriarchat, Staat, ZDF-Vorabend-Serien, Nation und Standortsicherung – dann könnte die *Jungle World* sogar mal mainstream werden – ganz antideutsch und radikal, versteht sich. Wär nett, aber: »Bisher leben wir von der Hand in den Mund und sind zur Expansion verdammt«, wie der ehemalige Chef vom Dienst, Anton Landgraf, im Jahr 2000 aus Anlass einer Feier zum dritten Geburtstag der *Jungle World* erklärte.

Trotzdem gibt es in der *Jungle World* immer wieder Perlen wie die Comicserie Bigbeatland – eine gelungene gezeichnete kritische Beobachtung linksradikaler Subkulturen. Für Bezahlung weit unter Tarif arbeiten 15 RedakteurInnen jedes Wochenende durch. Wenn dann Mon-

Ausgabe vom 21.6.2006

tag Abend die letzten Seiten in die Druckerei geschickt wurden, ist frei bis zur Redaktionskonferenz am Mittwochmittag. Dann kommen die ersten Anrufe von AutorInnen, die mit der Bearbeitung ihrer Texte unzufrieden sind. Es ist immer zuwenig Zeit. Aber nächsten Mittwoch erscheint wieder eine *Jungle World*.●

www.jungle-world.com

HAMBURGER INITIATIVENZEITUNG

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Startausgabe 100.000 Exemplare, vierfarbig, 32 Seiten. Bescheiden sind sie nicht, die BlattmacherInnen der Zweimonatszeitung HIZ.

Herausgeber Ralf Flechner erstellt die neue Zeitung zusammen mit einem guten halben Dutzend MitarbeiterInnen im Dachgeschoss seines Einfamilienhauses. Das Spektrum der LeserInnenschaft reicht von Gewerkschaften über Vereine bis hin zu politischen Initiativen.

Der 57jährige Ex-Sozialpädagoge und gelernte Journalist gibt bereits seit fünfzehn Jahren die »Walddörfer Umweltzeitung« heraus. Der Erfolg im Kleinen in Hamburgs Walddörfern, könne auch in der gesamten Stadt funktionieren, meint Ralf Flechner. Hamburg benötige ein Sprachrohr für die Aktiven der Stadt, die in der Springer-Presse, die Hamburgs Presselandschaft dominiert, kaum zu Wort kommen.

Innerhalb von zwei Jahren wollen Flechner und seine MitarbeiterInnen ihr Projekt soweit abgesichert haben, dass neben den anfallenden Herstellungskosten auch angemessene Honorare bezahlt werden können. Die mit 55.000 Euro gegründete GmbH ist in Mitarbeiterhand. Über Leser-Bürgschaften für einen Fonds bei der GLS-Bank sollen Investitionen wie beispielsweise eine häufigere Erscheinungsweise finanziert werden.

Die kostenlos verteilte HIZ versteht sich als Zeitung von unten, die über all das berichtet, was nach Meinung der führenden Medien nicht oder anders stattgefunden hat.●

Ausgabe Nr. 2
Mehr unter: www.initiativenzeitung.org

Anzeige

FREISPRUCH IN SACHEN ONLINE-DEMO GEGEN LUFTHANSA AG

Also doch: online protest is not a crime

Am 1. Juli 2005 wurde ein Aktivist der bundesweiten Initiative Libertad! wegen Nötigung vom Amtsgericht Frankfurt unter Vorsitz der Richterin Bettina Wild verurteilt. Hintergrund war der erste Prozess überhaupt in Deutschland wegen einer Online-Demo, die am 20. Juni 2001 gegen die Deutsche Lufthansa AG stattfand. Rund 13.000 Menschen demonstrierten damals zu einem öffentlich angekündigten Zeitpunkt auf dem Internetportal der Lufthansa, um gegen das Deportation Business und die menschenverachtende Abschiebepraxis zu protestieren.

Hans-Peter Kartenberg ● Dieses Urteil wurde jetzt mit Beschluss (1 Ss 319/05) vom 22. Mai 2006 durch den 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt wegen Verletzung bestehender Gesetze kassiert und der Angeklagte freigesprochen. Das Fazit ist deutlich: Online-Demos sind keine Gewalt, keine Nötigung, keine »Drohung mit einem empfindlichen Übel«, keine »Datenveränderung«; auch eine Verurteilung als Ordnungswidrigkeit käme nicht in Betracht. Eine Ohrfeige für das Amtsgericht. Ausführlich geht das OLG auf den ausufernden Gewaltbegriff im Urteil der Amtsrichterin ein und nimmt es regelrecht auseinander. Das OLG stellt fest, dass die Online-Demo auf die Meinungsbeeinflussung zielte.

Damit wird nach fünf Jahren die Position von Libertad! bestätigt: Auch das Internet ist ein Ort für Proteste und Demonstrationen. Das hätten Polizei und Justiz tatsächlich einfacher haben können. Stattdessen erklärten schon vor der Online-Demo Bundesjustizministerium und Verfassungsschutz die Aktion für rechtswidrig, sprachen sogar von Computersabotage. Danach ermittelte vier Jahre lang der Staatsschutz, es gab unangenehme Hausdurchsuchungen inklusive der Beschlagnahmung unserer Rechner und der damit einhergehenden Behinderung unserer Arbeit. Zu guter Letzt wurde einer unserer Aktivisten mit einer haarsträubenden Urteilsbegründung verurteilt. Verkürzt gesagt: Der Mausklick war Gewalt.

Angesichts dieser juristischen Gewaltspirale wird der Vergleich mit »dem Auslösen des Abzugs an einer Waffe« zurückgewiesen und festgestellt, dass »die bloße Muskelinervation« des Mausklicks und der »auf die Taste gesenkte Finger« keine Gewalt und keine Drohung ist.

Libertad! hatte zum Prozess die Kampagne »free online protest« gestartet, um die Meinungs- und Versammlungsfreiheit im Internet zu verteidigen. Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen hatte auch der Angeklagte die Sprungrevision eingelegt. Das Internet ist trotz seiner Virtualität ein realer öffentlicher Raum. Wo schmutzige Geschäfte gemacht werden, dort kann und muss man auch dagegen protestieren. Seit den Hausdurchsuchungen im Oktober 2001 nutzte Libertad! das Strafverfahren, um in der Öffentlichkeit, aber auch vor Gericht das Internet als Raum für politischen Protest zu verteidigen, was uns auch Dank des Interesses und der Unterstützung vieler gelungen ist.

Doch so wichtig die Verteidigung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit im Internet ist, sollten wir darüber nicht vergessen, dass die Online-Demo gegen die Lufthansa ein konkretes Ziel verfolgte. Und da ist die Bilanz trotz ständiger Proteste und Widerstände immer noch sehr ernüchternd. Mehr als 20.000 Menschen werden jährlich gewaltsam aus Deutschland abgeschoben, während gleichzeitig die Festung Europa mit Lagern, Stacheldraht, Polizei- und Militäreinsätzen ausgebaut wird. Eine Politik, die Jahr für Jahr Hunderte von Toten fordert. Eine menschenverachtende Politik, die nur durch die Anstrengung vieler Gruppen, Initiativen und Organisationen europaweit zurückgedrängt und gestoppt werden kann.

Libertad! ist eine bundesweite Initiative, die es ernst meint mit Solidarität und Menschenrechte und sich im Zusammenhang der weltweiten Kämpfe um Lebensbedingungen und Emanzipation begreift. Aktuell beteiligen wir uns an der Mobilisierung gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm. Ende Mai haben wir ein Diskussionspapier veröffentlicht, das den »Krieg gegen Terror« und die damit zusammenhängende neue Qualität von Folter, Lager und Rechtlosigkeit thematisiert; auf der Suche nach einer Praxis, die eingreift und mobilisiert. Dafür war für uns die Online-Demo immer ein Beispiel.●

Libertad!-Presseerklärung, 01.06.2006

LEBENSSTANDARD

Die reichen Länder sind die Schuldner der Welt

Mehrere Erden wären notwendig, wenn alle Menschen den Lebensstil der USA, Großbritanniens oder Deutschlands führen könnten.

Florian Rötzer, telepolis ● Es mag als seltsame Frage in einer globalisierten Welt erscheinen, in der die wechselseitige Abhängigkeit der Gesellschaften enorm zunimmt, inwieweit Länder unabhängig vom Rest der Welt mit ihren eigenen natürlichen Ressourcen zur Aufrechterhaltung des Lebensstandards ihrer Bewohner auskommen. Dahinter steckt die Frage, ob die Menschheit, so wie sie derzeit lebt, einen Raubbau an der Erde betreibt oder so haushaltet, dass die natürlichen Ressourcen sich erholen und auch künftige Generationen von diesen leben können. Die Berechnung solcher Verbräuche und Ressourcen mag hochspekulativ sein, gleichwohl sind die Ergebnisse, die die New Economics Foundation (1) (NEF) in ihrem Bericht The UK Interdependence Report (2) vorgelegt hat, in ihrer Anschaulichkeit frappierend.

THE UK INTERDEPENDENCE REPORT

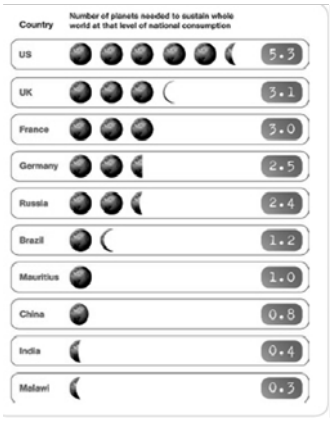
So schafft es Großbritannien jetzt gerade einmal bis zum 16. April, von den eigenen Ressourcen zu leben und benötigt den Rest des Jahres die Ressourcen der Welt. Die Abhängigkeit habe in den letzten Jahren stark zugenommen, so dass das Land immer kürzere Zeit, gemessen an einem Jahr, autonom ist und nicht auf die Ressourcen aus anderen Ländern angewiesen ist. 1961 war Großbritannien noch ein halbes Jahr unabhängig, 1981 nur noch bis zum 14. Mai.

Die Autoren des Berichts predigen nicht den fragwürdigen Wert der ökologischen Autarkie eines Landes, aber sie meinen, dass die wachsende Abhängigkeit besonders der reichen Länder vom Rest der Welt zu wenig bedacht werde, was zu falschen Ansichten und politischen Handlungsgrundlagen führen könne. Eine ökologische Überstrapazierung untergräbt so nach Ansicht der Autoren für Menschen in anderen Ländern die Möglichkeit, ebenfalls ein besseres Leben erreichen zu können, und es gefährdet das Überleben der Menschen, solange es nur diese eine Erde gibt. Zudem wird auf Untersuchungen verwiesen, die zeigen, dass dann, wenn der Konsum über eine gewisse Grenze hinaus anwächst, die Großbritannien schon lange überschritten habe, dies keine Auswirkungen mehr hat auf die empfundene Lebensqualität oder die persönliche Zufriedenheit (H. Shah und N. Marks: A well-being manifesto for a flourishing society (3), 2004). Zudem hätten die reichen Länder auf Kosten der armen mitunter die Ausbeutung der Ressourcen auf ihren Territorien reduziert und einen stärkeren Umweltschutz eingeführt. Diese Verschiebung der Umweltbelastung könne aber dazu führen, dass die Bewohner der reichen Länder die Verwüstung nicht mehr bemerken, die ihr scheinbar im eigenen Land ressourcenschonender Lebensstil in anderen Ländern ausübt:

»The existence of international trade in ecological goods and services means that nations, unlike the planet as a whole, need not be ecologically autonomous to be sustainable. Nations can import and export goods, but the planet cannot.

Rich countries have seen remarkable local environmental improvements in recent decades. In places like London, which was famous for its toxic fogs, air and water quality have improved beyond recognition. In many ways, though, this has only been possible because the mining and manufacturing that feed rich-country lifestyles increasingly takes place elsewhere. By and large, pollution and resourced epletion no longer occur within eyesight or earshot of the final consumers. The ecological burdens created by the way we live have become hidden.«

Der Bericht bezeichnet den Tag, an dem ein Land nicht mehr mit seinen natürlichen Ressourcen auskommt, den »ökologischen Schuldentag«. Großbritannien ist die viertgrößte Wirtschaftsmacht und lebt damit auf großem (ökologischen) Fuß. Aber auch die ganze Welt beutet derzeit die natürlichen Ressourcen schneller aus, als sie sich wiederherstellen können. Nach den Berechnungen der NEF geht sie derzeit am 23. Oktober in den Schuldenzustand über – und auch hier haben sich die Verhältnisse dramatisch zugespitzt. Hätten die Menschen auf der ganzen Welt 1961 den Lebensstandard der Briten übernehmen können, so wären sie angeblich noch mit dieser einen Erde ausgekommen, auf die wir noch immer angewiesen sind. Heute bräuchte man dafür 3,1 Erden.



Den Berechnungen des Berichts liegt die von Mathis Wackernagel und William E. Rees entwickelte Methode des ökologischen Fußabdrucks (4) zugrunde. Dabei werden die in einer Gesellschaft verbrauchten Ressourcen in die Naturfläche umgerechnet, die zur Produktion etwa von Lebensmitteln, Kleidung, Maschinen und Energie oder zum Abbau der freigesetzten Treibhausgase oder des Mülls notwendig wären. Die Autoren machen dies in einer allgemeinen Schätzung deutlich. Danach beträgt die gesamte Naturfläche der Erde mit durchschnittlicher Produktivität etwa 11,2 Milliarden Hektar. Auf der Basis dieser »Währungseinheit« wird der Verbrauch in Bezug auf Nachhaltigkeit berechnet. 2002 hat die Menschheit gemäß dem Verbrauch von Ressourcen aber schon 13,7 Milliarden Hektar Fläche beansprucht. Sie konsumiert also 23 Prozent mehr, als die Natur regenerieren kann.

»Die menschliche Ökonomie schießt ökologisch über: Die ökologischen Vorräte der Erde werden schneller ausgebeutet, als die Natur sie regenerieren kann. Das bedeutet, dass sie die künftige Versorgung durch die ökologischen Ressourcen untergräbt und mit dem Risiko eines Zusammenbruchs der Umwelt operiert.«

Ein durchschnittliches britisches Kind im Alter von 22 Wochen ist in seiner kurzen Lebenszeit bereits für die Ausstoßmenge an Treibhausgasen verantwortlich, für die ein Mensch aus Tansania im Augenblick noch sein ganzen Leben benötigt. Allerdings ist Großbritannien nicht der größte Ressourcenausbeuter. Für die USA sind die Zahlen noch dramatischer. Würde die gesamte Welt dem US-amerikanischen Lebensstil frönen, wären schon 5,3 Erden notwendig, allerdings haben die USA wesentlich mehr natürliche Ressourcen, weswegen der Schuldentag erst später eintritt. Frankreich liegt bei drei Erden, Deutschland bei zwei.

Wie groß der Abstand zwischen einzelnen Ländern allerdings noch ist, zeigt ein Vergleich mit Indien und China, den boomenden asiatischen Schwellenländern, die ein Drittel der Weltbevölkerung stellen. Chinas Lebensstandard würde, auf die Welt erweitert, mit 0,8 der Erde die natürlichen Ressourcen nach dem Maßstab von NEF noch schonen, Indien mit 0,4 in noch weit höherem Maß. Am schlimmsten wüten die Länder, die dicht bevölkert sind, einen hohen Lebensstandard und geringe natürliche Ressourcen haben. An der Spitze der Länder, die am schnellsten nicht überlebensfähig sind, befinden sich die Niederlande am 2. März und Japan am 3. März, dann käme am 13. April Italien vor Großbritannien, am 29. April Griechenland. Nach Spanien, der Schweiz und Portugal ist Deutschland am 29. Mai am Ende.

Für Großbritannien weist der Bericht darauf hin, dass die Lebensmittelversorgung im Inland immer weiter zurückgeht und das Land dadurch immer stärker von Importen abhängig wird. Das trifft auch für die Energie zu und für die Abhängigkeit vom internationalen Handel. Auch das Gesundheits- und Bildungssystem ist immer stärker angewiesen auf die Zuwanderung von Experten, die ihre Ausbildung in ihren Heimatländern erhalten haben. Ökologisch fragwürdig sind auch seltsame Handelswege, in denen nahezu in gleicher Größenordnung identische Produkte im- und exportiert werden. So exportiert Großbritannien 1.500 Tonnen Kartoffeln nach Deutschland, das wiederum genauso viele Tonnen nach Großbritannien exportiert. Ähnlich ist dies mit vielen anderen Produkten.●

(1) www.neweconomics.org/
(2) www.neweconomics.org/gen/z_sys_publicationdetail.aspx?pid=220
(3) www.neweconomics.org/gen/z_sys_publicationdetail.aspx?pid=193
(4) www.footprintnetwork.org/gfn_sub.php?content=footprint_overview

Aus telepolis, 16.4.2006, Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlages

ENERGIESPAR-BASAR IST ONLINE

Rund um die Uhr verheizen in Deutschland zwei Großkraftwerke tonnenweise Rohstoffe, nur um Strom zu produzieren, der von den Verbrauchern bezahlt und weggeworfen wird. Allein der im Stand-by Betrieb vergeudete Strom schlägt beim Durchschnittshaushalt mit 70 Euro jährlich zu Buche. Um diesem Trend entgegen zu steuern hat der Bund der Energieverbraucher in Kooperation mit den Elektriztätswerken Schönau EWS den online-Energiespar-Basar www.energiespar-basar.de ins Leben gerufen. Über den Internetvertrieb sollen praktische Helfer gegen Energie- und Wasserverschwender bis in den letzten Winkel der Republik gebracht werden.

Neben energieeffizienten Geräten sollen auch Produkte angeboten werden, die den Spaß am Energiesparen vermitteln, die aufklären oder bilden. Die Verbraucherschützer des Bundes der Energieverbraucher, die in langjähriger Zusammenarbeit mit den Schönauer Stromrebellen die Energieeffizienz als gemeinsames Ziel verfolgen, legen großen Wert auf eine qualitätsbewusste Auswahl der Produkte. Die außerordentlich gut besuchte Internetpräsenz des Vereins bietet eine hervorragende Marketingplattform. Mit dem Verkauf und dem Versand wurde die Firma Hardt, eine alteingesessene Elektrofirma in Babenhausen, betraut. Mit jedem Kauf geht ein Euro an den Bund der Energieverbraucher, der sich für eine umwelt- und verbraucherfreundliche Energiezukunft einsetzt.

Es ist gleichgültig ob wir es global oder privat betrachten; gleichgültig, ob es um boden-, wasser- oder luftgefährdende Hinterlassenschaften von fossil-nuklearem Problemstrom geht oder ob Verbraucher mit hohen Strom- und Wasser-Rechnungen hadern – alle haben es längst begriffen: Wir können und müssen sparsam mit den Ressourcen umgehen.

»Es geht darum, den Mythos vom Komfortverlust durch Energiesparen aus der Welt zu schaffen. Schließlich empfinden wir es umgekehrt ja auch nicht als Komfortgewinn, für den hinterrücks verplemperten Strom zur Kasse gebeten zu werden.« so Ursula Sladek, Geschäftsführerin der EWS-Schönau, die es durchaus nicht als Widerspruch empfindet, als Stromversorger ihre Kunden zum Stromsparen zu ermuntern. »Unser Ziel ist es, fossil-nuklearen Problemstrom durch intelligentere, umweltverträgliche Alternativen zu verdrängen bzw. durch Effizienz ersatzlos zu streichen. Da macht es keinen Sinn, den Leuten möglichst viel Strom zum Wegwerfen zu verkaufen.«●

www.energienetz.de
www.ews-schoenau.de

BARMER VIERTEL GERÄUMT

Gewalt siegt über Dialog

Am 1. Juni nachts um vier Uhr war es soweit. 800 Polizisten samt SEK brachen Türen des Barmer Häuserblocks mit seinen 260 besetzten Wohnungen auf und riegelten das Gelände ab. Die zu dieser Zeit anwesenden 34 HausretterInnen wurden abgeführt und erkennungsdienstlich behandelt.

Redaktion Köln ● Stadt Köln und die Polizei gaben hanebüchene Gründe für die gigantische Aktion an. Da kein richterlicher Räumungsbeschluss vorlag, führten sie nur eine Begehung von Ordnungsamt, Gesundheitsamt und Feuerwehr durch, die polizeilich begleitet wurde. Nach der Begehung wurde selbst den gemeldeten Bewohnern der Zugang verwehrt. Kein Wunder, denn am selben Tag begannen die Abbrucharbeiten. Ein Bauzaun kam rund um das Gelände, Fenster wurden demontiert.

Das NRW-Innenministerium hatte interveniert. Es musste dringlichst gehandelt werden, weil die Fußball-WM in Köln anstand. Auf der Strecke blieb der Dialog. Noch am Tag der faktischen Räumung hätte ein Gespräch der Initiative Barmer Viertel mit dem Liegenschaftsamt stattfinden sollen, wo über das Kaufangebot des Blockes in Höhe von 14,5 Millionen EUR verhandelt werden sollte. Es hatte sich aus den Reihen der Initiative

Punker-Hochhaus Foto: INA

Barmer Viertel eine Genossenschaft in Gründung gebildet, um den Wohnkomplex in Eigenregie zu übernehmen, was eine Woche zuvor auch in der örtlichen Presse berichtet wurde.

Damit wurde allen klar. Das Barmer Viertel musste den zweifelhaften Geschäftsinteressen der Stadt Köln weichen. Der Stadtsprecher Höver sagte dann noch vor den laufenden Kameras, dass hier neben einem anvisierten Wirtschaftszentrum eine Logistikzone der koelnmesse entstehen wird. Letzteres bedeutet nach dem EU-Recht eine unzulässige Subventionierung seitens der Stadt. Ob nun tatsächlich (und wann) Investoren einsteigen werden, weiß niemand zu sagen. So wird es jahrelang eine Brache oder ein Messeparkplatz werden, bei Kosten von 67 Millionen EUR an Kauf, Umsiedlung und Abriss des Geländes. Fest steht schon jetzt. Nicht einmal ein Drittel der Summe wird durch Verkauferlöse zurückfließen. Die Initiative hat immer mehr Ungereimtheiten und Unzulässigkeiten bei der Plattmachung der insgesamt 381 intakten Wohnungen festgestellt. Anzeigen laufen bereits. Das Barmer Viertel hat noch ein langes Nachspiel.

Durch die Besetzung wurde die Wohnungsnot in Köln für Monate zum Thema gemacht. Es war auch ein Signal, dass konsequenter Widerstand gegen den Abbau des Sozialen in der Politik vonnöten ist. Noch im Mai begannen in Köln Besetzungen und Blockierungen der StudentInnen gegen die Einführung von 500 EUR Studiengebühr je Semester.

Die Auseinandersetzung um Wohnraum ging nach der faktischen Räumung weiter. Direkt neben dem Bauzaun am Barmer Platz wurde ein Obdachlosen-Camp der Besetzer errichtet, hauptsächlich aus Punks bestehend. Diese Gruppe will zusammenwohnen und verlangte, dass die Stadt Köln eine Möglichkeit finde. Nach einer weiteren kurzen Hausbesetzung, nach der Anmeldung von Kundgebungen direkt am WM-Stadion mit dem Motto »Zu Gast bei Obdachlosen« drängte die Polizeiführung selbst die Stadtverwaltung, eine Lösung zu finden. Als am 9. Juni die Räumung des Camps drohte, konnte in letzter Minute eine Zwischenlösung gefunden werden. Die Gruppe zog in zwei Etagen eines städtischen Hochhauses ein, was im Herbst abgerissen wird. In dieser Notunterkunft können die ehemaligen BesesetzerInnen nun mietfrei wohnen und haben seit Monaten endlich auch Wasser und Strom. Die Sozialverwaltung hat zugesagt, bis zum Abriss eine dauerhafte Lösung zu suchen. Dann wäre die Ausgrenzung der Punks in Köln, die schon seit vielen Jahren eine Möglichkeit suchen, zusammen zu leben, beendet.●

Info: http://barmerviertel.ina-koeln.org

VENEZUELA

Die Regeln von Cecosesola

Eine Kooperative der besonderen Art

»Wir diskutieren nicht gegeneinander«

Foto: Peter Bach

Mein Interesse an Cecosesola (Central Cooperativa de Servicios Sociales del Estado Lara) wurde vor rund 10 Jahren bei einem Besuch zweier venezuelanischer »Cooperativistas« in Köln geweckt. »Wir entscheiden alle unsere Angelegenheiten im Konsens.« »Es gibt keinen Chef und keine Mehrheitsabstimmungen.« »Wir arbeiten seit Anfang der achtziger Jahre ohne Hierarchie«. Das war für uns bestenfalls in kleinen Gruppen vorstellbar, aber nicht für eine komplexe Organisation mit Tausenden von Mitgliedern. Dieses Jahr besuchte ich Cecosesola, das Kooperativennetzwerk in Barquisemeto mit seinen 840.000 Einwohnern und Umgebung.

Peter Bach, Köln ● Cecosesola wurde schon 1967 gegründet. Eine prägende Erfahrung war für die zusammengeschlossenen Kooperativen der Zusammenbruch des von ihnen gegründeten kooperativen Transportunternehmens mit 127 Bussen und mehreren Millionen Bolivares Konkursschulden im Jahr 1979. Damals stand die ganze Organisation kurz vor dem Ruin. Das gab den Anstoß zum Umdenken in ihren Organisations- und Arbeitsgrundsätzen. Heute agieren in 45 Produktions- und Versorgungskooperativen und 22 Stadtteilbasiskooperativen 2.000 Menschen, die dort ihren Lebensunterhalt erhalten, und nahezu 40.000 aktive Cooperativistas, ohne dass ein Vorstand sie führt und eine Mehrheit die Abstimmungen entscheidet. Wo ich auch hinkam, wurde hervorgehoben: Basisentscheidung, Rotation und Konsens sind Kernelemente aller Einheiten von Cecosesola.

Spektrum der Aktivitäten

In den einzelnen Produktionskooperativen von Cecosesola arbeiten 6 bis 160 Campesinos und Campesinas. Die Produktionsstätten liegen im Umkreis von 160km um Barquisimeto. Die Genossinnen und Genossen beliefern die Märkte mit wöchentlich rund 700t Früchten und Gemüse. Aus den eigenen Produkten werden von anderen Kooperativen Brot, Pasta, Honig, Salsa und Marmeladen gefertigt. Verkauft wird in eigenen Läden in den Dörfern, den Städten der Umgegend, hauptsächlich aber auf den vier großen Märkten, der »Feria Popular de Consumo Familiar« in Barquisimeto. Rund 50.000 Familien in Barquisimeto, etwa ein Viertel der Bevölkerung, werden von den Märkten Cecosesolas mit Obst, Gemüse und Lebensmitteln versorgt.

Eigene Labortorien sorgen auf dem Land für biologische Schädlingsbekämpfung und eine Regenwurmzuchtstation für Verbesserung und Verbreitung biologischer Anbauweisen. Die Lehrgänge in der Escuela Central in Barquisimeto, besonders aber die regelmäßigen Versammlungen in den Kooperativen vermitteln den Austausch dieses Wissens zwischen der Stadt und den ländlichen Gebieten.

Gesundheitsstationen in einigen der 21 Stadtteilkooperativen und seit 1994 ein eigenes zentrales Gesundheitszentrum versorgen monatlich 10.000 Menschen medizinisch und betreiben Gesundheitsvorsorge. Die Geldmittel werden durch ein kooperatives Krankenversicherungssystem aufgebracht, in das alle Assoziierten wöchentlich einen Betrag einzahlen. Der wöchentliche Beitrag für Sparen, Sterbekasse, Gesundheitsvorsorge, Sprechstunde und ambulante Behandlung beträgt 2.000 Bolivares (Bs). (2.500 Bs entsprechen etwa 1 Euro). Ein Termin in der Intern-Medizin kostet derzeit 12.000 Bs = 4,75 Euro, für Kooperativenmitglieder und für Nichtmitglieder 18.000 Bs = 7,25 Euro. Zusätzlich hat jede Feria einen Gesundheitsfond, in den Compañeros und Compañeras wöchentlich einzahlen. Dadurch ist, z.B. für kostspielige Operationen, ein größerer Fond (pote) zwischen den Ferias entstanden. Zusammen mit den kostendeckenden Tarifen für Sprechstunden und medizinische Behandlung ist dies der »Dreifuss«, mit dem Cecosesola seinen Gesundheitsdienst finanziert.

Ähnlich ist es mit dem genossenschaftlichen Beerdigungsunternehmen: 140.000 Menschen zahlen in eine Art Sterbefamilienversicherung ein. Sie bekommen dadurch die Möglichkeit, zu erschwinglichen Preisen einen würdigen Rahmen für die Beerdigung ihrer Angehörigen (zur Zeit ca. 90 Bs im Monat) in den Räumen und mit den Fahrzeugen von Cecosesola zu erhalten. Durch die enge Verbindung der Sterbeversicherung mit den Stadtteilbasisgruppen ist auch eine Sterbebegleitung möglich. Angeschlossen an die Stadtteilbasisgruppen ist noch ein Spar- und Kreditwesen und eine günstige Einkaufmöglichkeit von Küchengeräten und Möbeln.

Dieses Spektrum von Aktivitäten macht auch ein weiteres wichtiges Prinzip von Cecosesola deutlich: Alle Unternehmungen sind mit den elementaren Bedürfnissen der Menschen in Barquisimeto und den umgebenden Regionen verbunden.

»In den Angelegenheiten des täglichen Lebens sind wir alle Fachleute genug, dass wir in allen Angelegenheiten selbst und mit entscheiden können.«

Die Frauenkooperative »La Campesina«

»La Campesina« wurde 1984 von zwei Frauen gegründet, die begannen, gemeinsam »Catalinas«, eine Art Lebkuchen, herzustellen und in einem kleinen Laden in ihrem Heimatort Bojo zu verkaufen. In der Folgezeit bekamen sie Kontakt zur Kooperative »Allianza«, die Mitglied von Cecosesola war und ihre Erzeugnisse auf deren Märkten in Barquisimeto verkaufte. Dadurch angeregt, vergrößerten sie 1989 ihren Kreis auf 8 Frauen. Produziert wurde immer noch in den heimischen Küchen, aber verkauft wurde bereits auf den 60 km entfernten Märkten von Barquisimeto. Fünf Jahre später konnten sie ihr erstes Haus beziehen, in dem gebacken, verpackt und in begrenztem Maß auch gelagert werden konnte.

Als ihre »Normen« geben sie an: Verantwortlichkeit, Pünktlichkeit, sich zweiwöchentlich zu treffen, an weiter entfernten Versammlungen teilzunehmen, alle Entscheidungen gemeinsam zu treffen; sich gegenseitig zu respektieren. Als Probleme nannten sie u.a.: fehlender Raum zu arbeiten, Fehlen eines eigenen Fahrzeuges. Die Probleme scheinen »La Campesina« nicht überwältigt zu haben. Heute produzieren 23 Cooperativistas täglich 1.300 Brote aus neun verschiedenen integrierten Sorten, Gebäck und natürlich die leckeren Catalinas. Sie werden weiter im dörflichen Laden verkauft, in der drei km entfernten Kleinstadt Sanare, hauptsächlich aber auf den Märkten von Barquisimeto. Sie geben die Regeln von Cecosesola – keine Hierarchie, alle Entscheidungen im Konsens und Rotation – als ihr zentrales Erfolgsrezept an und als Grundlage ihrer guten Arbeitsbeziehungen.

»Feria Popular de Consumo Familiar Central de Barquisimeto«

Die vier Märkte (Ferias) in der Großstadt Barquisimeto sind das Herz von Cecosesola. Hierhin werden alle in der Woche von den Cooperativistas produzierten Güter gebracht. Hier ist der große Treffpunkt aller Akteure und natürlich der Austausch ihrer Aktivitäten in Waren und Worten mit der Bevölkerung von Barquisimeto. »Gemeinsam agieren, sorgen und versorgen« führt dann ab halb sechs Freitagmorgens tausende Akteure in einer riesigen Aktion diesseits und jenseits der Verkaufsstände zusammen.

Der Compañero Georg Rath schrieb mir dazu: *»Die Wiederaufnahme der (lateinamerikanischen) Tradition der Märkte spielt für die Zusammenführung von Stadt und Land eine wichtige Rolle. Markt nicht nur als »Kalkül«, als Ankauf-Verkauf-Beziehung, sondern eben auch als Treffpunkt von Beziehungen, Gesprächen. Hier läuft der Austausch von Erfahrungen, Abbau von Minderwertigkeitsgefühlen derjenigen, die auf dem Lande produzieren und normalerweise vom Zwischenhandel und auch oft von den Städtern als »Ostfriesen« behandelt bzw. über den Tisch gezogen werden. Der Markt, von dem als Tummelplatz von Stimmen, Tönen und Farben eine hohe Anziehungskraft ausgeht. Zum anderen spielt in dieser Stadt-Land-Beziehung der Einheits-Kilo-Preis unserer Marktprodukte eine Rolle. Er hat ja nicht ausschließlich monetären Charakter, sondern soll auch noch dem Bestreben Ausdruck verleihen, den »Marktlhierarchien« (Apfelsinen sind »wert«-voller als Kopfsalat) entgegen zu wirken. Es sollen nicht diejenigen Produktionskooperativen höher bewertet werden, die eben »Apfelsinen« produzieren.«*

Das Gros der landwirtschaftlichen Produkte wird zu einem einheitlichen Kilopreis abgegeben. Ende Januar betrug er 1.300 Bs = 52 Ct in der Feria Grande und 1.000 Bs in der Mini-Feria, in der es die Produkte mit leichten Mängeln gibt. Besondere Umstände führen schon mal dazu, dass Produkte im Spezialmarkt mit höheren Preisen zusammen mit den Gütern aus biologischem Anbau angeboten werden, weil sonst die Gefahr besteht, dass sie freitags nach kurzer Zeit komplett verkauft sind. Übrig gebliebene Ware wird montags in Spezialbussen in Stadtteile gefahren, wo sie noch günstiger verkauft werden. 80 Mrd. Bs (ca. 32 Mio. Euro) werden jährlich in den vier Ferias umgesetzt, das finanzielle Rückgrat von Cecosesola. Davon werden die Produktions-, Pacht-, Miet- und Transportkosten und die – überall im Wesentlichen einheitlichen – Gehälter bezahlt. Seinen Lebensunterhalt bei Cecosesola zu bekommen ist kein Spitzenverdienst. Jedoch, im Vergleich zu vielen anderen Verdienstmöglichkeiten, eine verlässliche Einkommensquelle: Pünktlich werden jedem Cooperativista wöchentlich bar um die 200.000 Bs ausbezahlt, also etwa 85 Euro.

In den Ferias von Barquisimeto dient der Donnerstag dem Auffüllen der Märkte, aber auch der Kooperativeversammlung, den Reuniones. Einige meiner Eindrücke: Aus den Beiträgen spricht die Verantwortung, die jedeR empfindet, für das, was sie/er tut, aber alle haben den Blick auf die Kooperative. So wird diskutiert und so wird auch gearbeitet. Teophilo erklärt mir: Wir diskutieren nicht gegeneinander wie ihr in der okzidentalen Kultur. Wir fügen unsere Beiträge, wie Stein für Stein, aneinander – Argumente wie Gegenargumente. Das Ergebnis ist dann wie ein Haus – und es ist dann das Werk aller.

Es geht auch um Respekt und den Umgang miteinander: Die Recyclinggruppe beanstandet die Nachlässigkeit, mit der Kartons und Kunststoffverpackungen einfach in das Depot geworfen werden. Sie mahnen eine bessere Sortierung an. Sie erspart ihnen Arbeit, erhöht der Kooperative aber auch die Erlöse bei den Abnehmern. Eine ältere Compañera meldet sich zu Wort. Sie war am letzten Freitag, dem Tag des größten Ansturms, für die Einsammlung des Kleingelds verantwortlich. In einem Fall hatte sie zehn Kassen eingesammelt, hatte nachher aber nur neun Beutel. Es ging hin und her. Der Vorgang konnte nicht aufgeklärt werden. Alle trösteten die Kassiererin über das Unglück hinweg, dass ihr aus dem Gesicht abzulesen war. Selbst bei brisanten Themen blieb der Versammlung eine gewisse Gelassenheit erhalten. Vielleicht rührt sie aus der bei uns nicht so verbreiteten Einsicht, dass im Leben eben Dinge passieren, die nicht immer beherrschbar und regelbar sind: »Es kommt nicht so sehr auf das einzelne Ereignis an, es kommt auf den Prozess an, der dahinter abläuft.« Obwohl wir noch über zwei Stunden zu tun hatten, hatte es selbst nach fünf Stunden offensichtlich noch niemand eilig. Zur Stärkung gab es zwischendurch Fruchtsaft, Arepas und Cachapas und die Stimmung blieb bis zum Schluss äußerst gelöst. Wohlgemerkt: die Versammlung mit bis zu 80 TeilnehmerInnen hatte keine Diskussionsleitung (nach der bei uns schon mal ab fünf Personen verlangt wird) und ohne Wortmeldung oder Rednerliste fanden alle Redebeiträge und Meinungsäußerungen ihren Platz.

Die Versammlungen sind ein Kernelement der Kooperativen wie des gesamten Systems Cecosesola. Selbst die Preisbildung auf den Märkten und das Entgelt der Mitglieder wird auf ihnen zwischen den VertreterInnen der produzierenden Kooperativen, der Marktkooperativen und der Basisorganisationen der Stadtteile verhandelt. Das ist keine andere Welt. Aber eine Kooperative, die seit 38 Jahren besteht und mit über 2.000 Leuten, die dort ihren Lebensunterhalt verdienen, seit rund 27 Jahren ohne Hierarchie arbeitet, entwickelt schon eine besondere Atmosphäre.

Zwischen Kunden und Cooperativistas besteht ein eigenartiges Verhältnis: Wird, z.B. beim Herauslösen der Brokkoli oder des Blumenkohls nicht schnell genug bedient, macht man es eben selber. Oder man bittet jemanden, der stärker ist, zu helfen. Wird nicht schnell genug nachgelegt, geht auch schon mal jemand hinter den Stand und füllt nach. Werden an den Kassen die entleerten und abgestellten Einkaufswagen nicht zusammengestellt und zum Eingang zurückgefahren, versuchen Leute die passenden Wagen selbst zusammenzustellen oder schlängeln sich solange zwischen den Wagen durch, bis sie, oft durch Kinder, weggefahren werden. Es ist so ein unaufgeregtes Verhältnis. Man ist Kunde/Verkäufer, verhält sich andererseits aber auch wie Bringer und Nutzer mit gemeinsamem Interesse.«

Was da passiert, ist nicht so einfach zu verstehen: Da entwickeln ziemlich viele Menschen jahrzehntelang in einem ohne Zweifel ziemlich kapitalistischen Land Arbeits-, Organisations- und Umgangsformen, die – meiner Kenntnis nach – noch kein anderes, auch kein wie immer auch geartetes »sozialistisches« Gemeinwesen hervorgebracht hat. Sie entwickeln untereinander Gesprächs- und Umgangsformen, die sich bei uns viele Menschen in sozialen, politischen, radikalen oder sonstigen linken Projekten wünschen würden, von politischen Parteien gar nicht zu sprechen.

Ich denke auch an Adornos Zitat: »Es gibt kein richtiges Leben im Falschen«. Ist Cecosesola nun ein »vorübergehendes Phänomen« oder Vorgeschmack und Übungsfeld für postkapitalistische Gesellschaftsformen? Johannes Agnoli: *»Können Menschen in ein menschlicheres System hineinwachsen, wenn sie dies nicht vorher erfahren und betrieben haben? Eine Organisation, die sich die Emanzipation zum Ziel setzt, muss in der Lage sein, im Vorlauf zu diesem Ziel selber die Emanzipation zu verwirklichen. Eine Organisation, die, um die Emanzipation zu erzielen, sich eine hierarchische Struktur gibt, wird unmöglich dieses Ziel erreichen. Gerade die Geschichte der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien zeigt das.«* Cecosesola ist kein fertiges »Produkt«, wie Georg Rath meint: »sondern ein lebendiger Prozess mit einem Auf und Ab. Anstelle einer Feststellung – und damit Festschreibung – sollte die Absichtserklärung zentral stehen: den hierarchischen Prozess innerhalb der Organisation immer mehr zu horizontalisieren, zu kollektivieren und auf diese Weise zu demokratisieren.●

Ein längerer Beitrag von Peter Bach zu Cecosesola erscheint im Herbst in »Dissidente Praktiken – Erfahrungen mit herrschafts- und wertkritischer Selbstorganisation« im Ulrike Helmer Verlag.

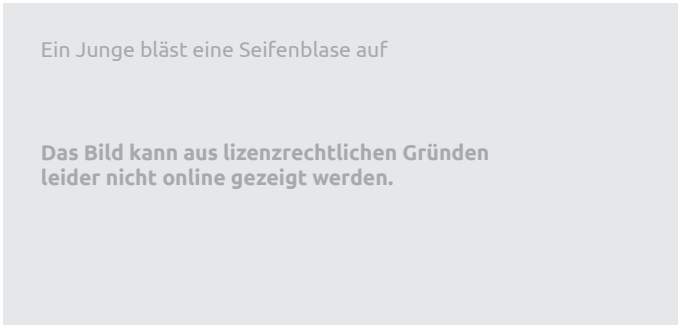
Grundsatzpapier: www.thur.de/philo/ina/ina97.htm

VIELFALT UND DIFFERENZ

Offene Systeme

»Hilfen« für offene Räume

»Offene Systeme« verfügen, soweit mensch der hier verwendeten Definition folgt, über keinerlei kollektive Kontrolle, Bedingungen oder für das Ganze handlungsbevollmächtigten Gruppen und Gremien. Der dadurch entstehende Kulturbruch zur Normalität außerhalb der offenen Räume und der Mangel an Übung in Prozesse der Selbstorganisierung birgt die Gefahr eines Vakuums, in dem Gleichgültigkeit bis zum Recht des Stärkeren entstehen können. Statt nun das Rad wieder zurückzudrehen und alte, hierarchische bzw. kontrollierte Verhältnisse einzuführen, ist ein vorwärtsschreitender Umgang sinnvoll: Die Entwicklung von Vorgaben, Rahmenbedingungen, Unterstützung, Strukturen oder anderen Organisierungsideen, die unter Vermeidung von kollektiver Kontrolle und Ausschlussmechanismen die Chancen für Selbstentfaltung, gleiche Handlungsmöglichkeiten, horizontale Streitkultur und Veränderung erhöhen oder erstmals schaffen. Die folgende Aufzählung von Ideen ist sicherlich unvollständig, das Experiment »Offene Räume« steht ganz am Anfang seiner Entwicklung.



Ziel ist nicht Einheit, Geschlossenheit u.ä., sondern die Stärkung von Vielfalt innerhalb des Ganzen – allerdings nicht isoliert voneinander, sondern im Austausch, Kontakt und mit der Chance zur Kooperation, wo immer sie den Beteiligten nützt. Dabei gilt:

- Alle haben Zugang zu allen Ressourcen.
- Keine Privilegien.
- Niemand redet, regelt oder entscheidet für alle.
- Vielfalt wird offensiv gefördert, d.h. neue Ideen offensiv entwickelt, herausgefordert, unterstützt, transparent gemacht, ihnen Raum geboten ...

Die Förderung von Vielfalt ist eine wichtige organisatorische Frage. Bei Räumen, die auch materiell existieren (Gebäude, Camp, Plätze) wäre wichtig, eine Vielzahl von kleineren Treffpunkten zu ermöglichen bei gleichzeitiger Förderung der Transparenz, was wo geschieht, wie Kooperationen möglich sind usw. Bei virtuellen Räumen (Internet, Mailingliste, Organisationen) müssen die formalen und technischen Voraussetzungen geschaffen werden, dass ständige neue Teile des Ganzen entstehen können, die gegenüber dem Ganzen keinerlei Kontrolle unterworfen sind. Auch hier wären aber Transparenz über die Vielfalt und Möglichkeiten zur Kooperation förderlich, denn offen sind Räume ja nur, wenn sie auch entdeckt werden können.

Streiträume schaffen

Statt Regeln und Kontrolle sollen direkte Intervention und Streit gefördert werde. Dazu gehört neben der Transparenz von Entscheidungen, Positionen und Projekten einerseits die offensive Aufforderung zur Organisierung von Streit (statt übereinander herziehen oder gegeneinander, aber verdeckt agieren) und andererseits der Aufbau sozialer Orte des Streitens, z.B. besondere Treffpunkte (Räume, Internetplattformen, Veranstaltungen ...). Da direkte Intervention nicht zur Normalität gehört in dieser Gesellschaft, kann auch einfaches Üben wichtig sein: Antisexistische, antirassistische ... Alltagspraxis einschließlich dem Einmischen in den konkreten Situationen sollte trainiert werden.

Transparenz und Kommunikation

Wichtige Grundlage für vieles sind intensive Informations- und Wissensflüsse. Hierzu gehört vieles, u.a.:

- Umfangreiche Wandzeitungssysteme/Infoboards bei Veranstaltungen.
- Möglichkeiten der Strukturierung von Informationsangeboten nach Interessenslagen.
- Alles Wissen sollte frei zugänglich sein (Bücher, Beschreibungen ...) oder Know-How von Menschen anzapfbar (Lernorte schaffen usw.)

Wichtig für die Prozesse selbstorganisierter Kooperation und Vielfalt ist die Transparenz, was wo geschieht und welche Handlungsmöglichkeiten bestehen. Ob z.B. eine neue handelnde Gruppe entsteht oder sich Menschen mit ihren Ideen anderen anschließen, kann dann frei entschieden werden, wenn sichtbar ist, was wo geschieht.

Zugang zu Handlungsmöglichkeiten erleichtern

Die Bereitstellung von Ressourcen (Technik, Geld, Wissen, Verbrauchsmaterialien, Räume usw.) reicht nicht, denn Menschen können aufgrund sehr unterschiedlichem Vorwissen, Zurichtung, Mut usw. nicht von Beginn an damit auch gleichberechtigt agieren. Daher ist die aktive Anbahnung von Ressourcenzugriff wichtig. Die bisherigen Ideen sind noch unausgereift und unvollständig, u.a. wurden schon probiert:

- Voraussetzung: Alles Wissen sollte frei und frei zugänglich sein.
- Bedienungsanleitungen sollten überall hängen oder anders zugänglich sein.

Fortsetzung auf Seite 8

Debatten und Statements aus Experimenten zum »Offenen Raum«

Beispiel: »H48« (Hermannstraße 48 in Berlin)

Quelle der Statements: Protokoll eines Treffens, vollständig unter
www.h48.de/kwiki/index.cgi?ProtoKoll09052005

Das Treffen war eine Auswertung und Aussprache nach einer Phase des Experimentierens als unkontrollierter Raum. Als Statements einzelner Personen wurden u.a. festgehalten:

Mangelnde Offenheit führt zu Isolation; Raum wird wie Kneipe genutzt; nicht immer sauber – verantwortungsloses Handeln – Sachen verschwinden aus dem Raum; wenig Verbindlichkeiten bei Ideen und Projekten – wenig Verantwortungs-Übernahme; unfreundlicher Umgang unter den Gruppen – man fühlt sich oft als Außenseiter; viele Parolen, wenig background – Mangel an Diskussionen/Aufklärung ... Engagement wird zu Arbeit – Aktivistenkreis wird immer kleiner; Ideale werden selbst nicht gelebt, nur gepredigt! Zu viele inoffizielle Dogmen; Nutzung als sozialer und politischer Raum – zu große Spannweite?; zu viel Alkohol; Männer dominierend, Frauen werden verdrängt. ... Keine Kommunikation zwischen den Aktivisten; Reibereien zwischen Bewohnern und Besuchern ... Verantwortlichkeiten unklar.

Zudem fand eine Diskussion zu »Platzhirsche Dominanz« statt. Ausgewählte Statements aus der Mitschrift: Mackereien nicht nur auf der Basis von Sprüchen, sondern vor allem als Atmosphäre vergiftend – Stimmung wird scheiße ... Nicht nur Männer; Respektloses Verhalten gegenüber anderen, Ignorant, Arrogant; meistens Ausdruck durch Körpersprache, starker Rhetorik.

Abschließend ging es um die Frage »Was wäre denn die positive Vorstellung, wie der Raum sein sollte?« Ausgewählte Statements der Mitschrift: Dominanz kann nicht verboten werden. Nur es wäre gut zu wissen, wie man darauf reagiert. Wenn ich in einer Minderheit bin, sage ich nichts dagegen; gegenseitige Unterstützung bei Verantwortungsübernahme fehlt! Eigentlich soll es erst gar nicht nötig sein, dass mensch mal auf den Tisch haut; oft ist nicht klar, dass man jemand anders verletzt oder unfreundlich ist. Doch dann wird drüber geschwiegen; Kommunikation muss klarer sein. Man sollte sich mit mehr Offenheit begegnen; man sollte eine Vertrauensgruppe bilden, die solche Ungleichgewichte (Streitereien, unausgesprochener Ärger, Frontenbildung) wieder in Ordnung bringen kann. Aber hierfür müssen Freiwillige gefunden werden; schwer ist von Außen zu erkennen, wann die Probleme anfangen, wie tief die Probleme gehen. Dass muss eigentlich jeder selbst erkennen und artikulieren. ... schwierig zu unterteilen, wer sind die Täter und wer sind die Opfer. Die meisten finden sich in beiden Rollen wieder. Und dass viele Menschen in dem Raum sind, ist ja auch gewünscht; Zeitmangel und Ängste können Grund sein, weil Themen nicht offen miteinander besprochen werden, sondern runter geschluckt werden. So bauen sich die Fronten auf! Es mangelt an der wirklichen Offenheit!!! ... die Diskussion muss konkretisiert werden. Sie wird mit zu viel Distanz geführt. Probleme, Gruppen, Personen und Themen müssen eindeutig ausgesprochen werden, anstatt nur an der Oberfläche zu stochern. ... Es sollte um die Schärfe der Probleme zu mildern eventuell ein absolutes Alkohol-Verbot im Projektraum eingeführt werden. – Nur wer setzt es durch? Wie weit wird gegangen? Darf man nur kein Bier trinken oder auch keines mitbringen? – Oder sollte der Alkohol nur bei Events, wie Kiezküche verboten werden? Oder sollte nur Permanent-Trinkern das Bier verboten werden?●

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Insofern ist das Experimentieren mit Formen der Befreiung Teil von Emanzipation. Ob die Idee der »offenen Räume« dabei nur ein Minidetail oder eine bahnbrechende Veränderung organisatorischer Rahmenbedingungen sein wird, ob es länger als Idee bestehen würde oder sofort durch weitere Entwicklungen wieder hinweggespült wird – das alles kann zu diesem Zeitpunkt dahingestellt sein. Denn das Experiment des Neuen basiert auf der Logik, keine Gewissheit über die Zukunft zu haben, sondern eigentlich nur eines ganz klar zu haben: Das Bestehende will ich nicht krampfhaft verteidigen. Es reicht mir nicht, ich will mehr, weiter, es drängt mich zu Neuem.

Konservativ gegen innovativ

Die Idee »offener Räume« ist zwar alt, aber als strategische Debatte auch in politischen Bewegungen erst in der letzten Zeit wieder in Gang gekommen. Katalysator dafür waren unter anderem die Sozialforen, die von ihrem Ursprungsgedanken (Charta von Porto Alegre) als offene Räume konzipiert waren, aber in der Realität durch den Zugriff überlegener Akteure wie den großen NGOs (Attac, MST & Co.), den sich einmischenden Parteien (z.B. die brasilianische PT, von Deutschland aus vor allem Rosa-Luxemburg- und Heinrich-Böll-Stiftung mit massiven Vereinnahmungs-Operationen) und einigen populären bis populistischen, von Linken gehypten Führerfiguren (v.a. Lula aus Brasilien und Chavéz aus Venuzuela). Dennoch bietet die Auswertung des Experiments »Sozialforum« wichtige Hinweise auf Handlungsmöglichkeiten, Grenzen und Strategien der Überwindung.

Auf ähnliche Weise lassen sich offene Aktionskonzepte der Vergangenheit auswerten, z.B. der Castor-Widerstand oder die Proteste von Seattle und Genua. Ihnen gemeinsam war das Fehlen einer Kontrolle – sei es per Leitungsgremium oder konsensualem Gleichschaltungsprozess. Die Wirkung der stärker auf Autonomie und Kooperation gestützten »offenen Aktionsräume« in den genannten Fällen geben deutliche Hinweise auf die Potentiale, die durch die weiterentwickelte Selbstentfaltung der Beteiligten entstehen können.

Demgegenüber wirken Konzepte kontrollierter Abläufe auffällig starr bis langweilig. Gut sichtbar ist das an den Protesten gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München. Im ersten Jahr der massiven Gegenwehr war durch das Verbot aller Demonstrationen auch die interne Kontrolle stark gehemmt, da die Durchplanung der Demonstrations-Formation der klassische Kontrollvorgang innerhalb politischer Aktionsplanung darstellt. Die Folge war, das in diesem Jahr der totalen Aktionsverbote seitens des autoritären Staates und der geringen internen Kontrolle die Proteste in einer Art vielfältig waren, wie es später nie mehr der Fall war, als der Staat die formalisierten Protesthandlungen wieder zuließ und die interne Kontrolle stärker griff.

Solche Beispiele wären etliche zu nennen. Dahinter steckt neben Machtansprüchen oft schlicht die Angst vor dem kontrollfreien Raum. Dieser ist immer offen, dynamisch, unvorhersehbar und daher auch unberechenbar. Politische Steuerung müsste zugunsten der Förderung von Kooperation und Selbstorganisierung wegfallen. Diese beiden Konzepte der Organisierung – Kontrolle und Offenheit – stehen konkurrierend gegenüber. Der kontrollierte Raum ist dabei immer konservativ, denn er beruft sich auf Regeln und Gesetzmäßigkeiten, die aus der Vergangenheit stammen, sich dort durchsetzten bzw. als sinnvoll erachtet wurden. Formalisierte Entscheidungsabläufe wie Abstimmungen im Kollektiv oder gar die Notwendigkeit zum Konsens können solche Normen aus dem Gestern über lange Zeit gültig erhalten, obwohl längst neue Ideen bestehen und Menschen vorwärtsdrängen. Sie werden aufgehalten von den Strukturen, die das Gestern stärken. Im »offenen Raum« hat das Gestern kein Privileg gegen dem Morgen. Wer schon da ist, ist (zumindest formal) nicht stärker als die, die hinzukommen. Neue Ideen haben die gleiche Chance wie die Bestehenden.

Weiterentwicklung ohne Zerstörung?

Daraus folgt zumindest bei begrenzten Ressourcen ein Problem. Wo z.B. nicht genügend Räume für Aktivitäten, Wohnungen, Werkstätten u.ä. vorhanden sind, würden neue Ideen alte verdrängen müssen. Wo Neues nur möglich ist, wenn das Bisherige (über ihre VertreterInnen) zugestimmt hat, ist kein offener Raum vorhanden. Wo das Bisherige aber, obwohl es noch Interesse daran gibt, verschwindet, weil etwas Neues verwirklicht wird, geht das Hauptziel des offenen Raumes verloren: Die Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten. Daher wird ein Ziel der zukünftigen Entwicklung sein, Methoden zu finden, wie neue Ideen sich verwirklichen können ohne bestehende Handlungsmöglichkeiten zu verdrängen. Im Sinne sich erweiternder Handlungsmöglichkeiten ist nicht die Konkurrenz und nachfolgend die gegenseitige Verdrängung, sondern die Erweiterung und die Kooperation zwischen den verschiedenen Teilen die Grundlage offener Systeme. Insofern müssen Wege gefunden werden, wie Neues ein Mehr ist.

Naheliegend ist, dass daraus ein Interesse aller entstehen kann, bestehende Grenzen zu überwinden – eine echte Kooperation mit gemeinsamem Nutzen. Solches Denken der Gleichberechtigung von Neuem und Bestehendem sowie dem Ende von Konkurrenzprinzipien zwischen den Teilen im Kampf um die Ressourcen ist ein Kulturbruch im Hier und Jetzt. Schon deshalb wird der Versuch von Streit, Knirschen im Getriebe des sozialen Prozesses und etlichen Niederlagen geprägt sein. Der Rückfall in das Alte aber würde nur den Versuch der Überwindung des Üblichen ganz beenden. Doch die Verbindung von Widerstand und Vision ist Teil des Weges zu einer herrschaftsfreien Welt, die vor allem eine offene sein wird, eine der Selbstentfaltung, der Vielfalt und der sich ständig ausweitenden Handlungsmöglichkeiten aller Menschen. Diese Utopie ist der Antrieb, die Experimente offener Räume zu starten – immer wieder. Auch wenn noch so viele Gestrige dafür plädieren, in den sicheren Hafen der Regeln von Gestern zurückzukehren – ob sie Hausrecht, Konsens, Definitionsmacht oder wie auch immer heißen. Niemand ist gezwungen, gleich das ganze Leben und alle Räume in offene zu verwandeln. Aber überall Kontrolle und Bedingungen zu haben heißt, erstarrt zu sein.

»Offener Raum« ist nicht alles

Am Schluss dieses Textes soll noch ein Hinweis erfolgen, der eigentlich selbstverständlich ist: Die Idee des Offenen Raumes ist nicht alles. Sie kann nur ein Experimentierfeld der Emanzipation sein – neben vielen anderen. Befreiung, Selbstbestimmung, Selbstorganisierung und Horizontalität sind etwas komplexes, dynamisches, endloses. »Offene Räume« sind ein Baustein, vielleicht auch selbst wieder nur eine Übergangsform zu später weiter vorangetriebenen Ideen. Das aber wäre schon viel. Altes in Frage stellen, neue Idee hervorbringen und konkrete Veränderung bewirken werden hoffentlich Folge des Experiments sein.●

MAGDEBURG

Offene Systeme

»Offenes« Büro geschlossen

In der zweiten Hälfte des letzten Jahres gab es einen Versuch, das Greenkids-Büro allgemein zu öffnen. Dahinter steckte die Idee, auch in Magdeburg einen Offenen Raum (1) zu etablieren. Der kleine Kreis privilegierter BürnutzerInnen sollte erweitert werden, das Ziel war für den Anfang, dass zumindest in den Zeiten, wo Menschen das Büro nutzen, dieses auch für andere Leute offen ist. Allerdings gab es unsererseits zu diesem Zeitpunkt kein Konzept und kaum Absprachen dazu, wie das genau laufen sollte. Die Hoffnung war, dass aus der Öffnung heraus langsam ein Offener Raum entstehen könnte.

Von Falk Beyer ● Schwierigkeiten zeigten sich ziemlich bald in der Form, dass die ausschließlich aus »Straßenkids« – diese Bezeichnung ist gewiss oberflächlich und nicht allgemein aussagekräftig – bestehenden BesucherInnen des Büros sich dort anderen NutzerInnen gegenüber rücksichtslos verhielten. Es entstand der Eindruck, dass der überwiegende Teil von ihnen das Büro als Ort zum Abzocken von Material betrachtete und dass sie sich einfach möglichst viel abziehen wollten, egal ob sie damit etwas anfangen konnten. Darüber hinaus scheinen hier zwei Extreme aufeinander zu stoßen: Ein nahezu regelfreier Raum provoziert offensichtlich einen massiven Konflikt mit Leuten, die auf das »Überleben« unter autoritären Rahmenbedingung zu gewaltförmigem und hochkonkurrentem Verhalten trainiert sind. Dementsprechend verhielten sich diese Leute zum Teil auch einfach nur destruktiv, zerstörten, nahmen Infomaterialien und schütteten sie auf die Straße.

In einer Welt, in der sich die Nutzbarkeit von Dingen regelmäßig an Eigentumsverhältnissen festmacht, ist ein Offener Raum quasi ein Schlaraffenland, da es keine Verbote gibt und alles nutzbar ist. Vielleicht löste die Abwesenheit von »Autoritäten« einen »Fuchs-im-Hühnerstall«-Effekt (der Fuchs beißt meist wild um sich angesichts des Überangebots leichter Beute) aus, ohne dass das Klauen oder zerstören vorher geplant waren. Anders ist es schwer erklärbar, wieso es zu Handlungen kommt, die auch die eigenen Möglichkeiten eher verringern als erweitern.

Es gab einige Gespräche mit einzelnen von ihnen, wo ihnen erklärt wurde, dass dieser Raum auch für andere noch nutzbar sein soll und dass es ihnen auch nichts bringt, wenn sie durch solche Aktionen dazu beitragen, dass sie hier nicht mehr erwünscht sind. Insgesamt entstand aber der Eindruck, dass die Kids sich in ihrer Sprache und dem Auftreten eher so angepasst haben, dass sie bei »uns« besser ankommen. Der Offene Raum bedeutet für sie einen Kulturbruch, der kaum überwindbar scheint. Wenn mensch von zuhause gewohnt ist, dass nur massive Strafen und körperliche Gewalt als Nein akzeptiert werden, wird ein sanftes »das finde ich nicht gut« wahrscheinlich nicht als »Nein« gewertet.

Die Reaktion auf das Verhalten dieser Personen war zunächst aufmerksamer zu sein, wenn sie in den Raum kommen. Das war aber auch ziemlich nervig, weil einige von ihnen scheinbar vorwiegend aufs Klauen aus waren. Es ist schwierig, emanzipatorische Ideen umzusetzen, wenn die Betreffenden gar kein Interesse daran haben. Trotzdem wurde versucht, irgendwie mit diesem Problem umzugehen und das Büro weiter offen zu halten. Immer klarer wurde aber, dass es trotz »Öffnung« nicht gleichberechtigt genutzt werden konnte.

Die zwei erwähnenswertesten Vorfälle waren die Entwendung von Porto im Wert von mehr als hundert Euro und die Täuschung eines Menschen mit Büroschlüssel, um sich Zutritt zu den Räumen zu verschaffen. Dabei wurden Silvesterböller im Büro gezündet und kleinere unsinnige Aktionen gestartet. Dramatische materielle Schäden gab es glücklicherweise nicht. Als es einige Tage später wieder zu einem Vertrauensbruch kam, zog ein Büro-Mensch die Konsequenz das Büro als geschlossen zu erklären bis der weitere Umgang miteinander ausgehandelt wäre.

Über diesen Vorgang haben wir dann in kleiner Runde gesprochen, fanden aber, dass die Schließung erst mal notwendig ist, um zu analysieren, warum es zu diesen Problemen kam und wie damit umgegangen werden kann. In der nächsten Zeit kamen mehrfach Kids und wollten in die Räume. Dann wurde versucht zu erklären, wie es zu dieser Entscheidung kam und zu einem gemeinsamen Gespräch über die weitere Nutzung des Raumes eingeladen. Zu dem vereinbarten Termin kam dann niemand von ihnen, wobei unklar ist, ob dies am nichtvorhandenen Interesse oder daran liegt, dass sie Schwierigkeiten mit dem Einhalten von Terminabsprachen oder Vereinbarungen allgemein haben.

Wir haben die Zwischenzeit genutzt darüber zu sprechen, welche Voraussetzungen für die Nutzung des Büros erfüllt werden müssten. Eines der wichtigsten Probleme dürfte gewesen sein, dass wir uns keine Gedanken über einen Rahmen gemacht hatten, in dem Kommunikation und Selbstorganisierung gefördert werden. Vielmehr musste der Eindruck entstehen, dass dies ein weiteres Jugendangebot im Stadtteil ist, nur dass wir weniger Regeln als die Anderen setzen. Dass die Leute hier die Möglichkeit haben, ihre eigenen Ideen und Vorstellungen umzusetzen, also das eigentliche Potential des Raumes, wurde nicht ausreichend vermittelt. Erwähnt werden sollte viel-

Debatten und Statements aus Experimenten zum »Offenen Raum«

Beispiel: Soziales Zentrum und besetztes Haus in Köln

Quelle der Zitate: »Soziales Zentrum in Köln eröffnet« (Bericht auf www.de.indymedia.org/ 2006/03/141974.shtml)

Innerhalb einer Besetzung bildete sich ein »soziales Zentrum« (SZ). Die AutorInnen der Texte über dieses SZ auf Indymedia stellten ihre Abgrenzung gegenüber den sonstigen besetzten Räumen in den Vordergrund – über die Entscheidungs- und Durchsetzungsmechanismen in ihrem eigenen Raum findet sich dagegen wenig. Auszug aus dem beschreibenden Text des SZ: »Der Charakter dieses Zentrums ist dabei klar: Jede Form von Diskriminierung und Beleidigung von Menschen auf Grund ihres Geschlechtes, ihrer Hautfarbe, Herkunft, sozialen Hintergrundes, sexuellen Praxis und Orientierung, Religion oder Alters wird in keinster Weise toleriert. Das Haus bietet auch Geschichtsrevisionismus, Verschwörungstheorien und aufdringlichem sozialen Verhalten keinen Raum. Hier sollen sich Menschen wohl fühlen, entspannen und ihren Projekten nachgehen können, ohne sich dabei ständig gegen Belästigungen verbaler oder tätlicher Art wehren zu müssen. Damit stellt sich die Initiative klar gegen die Idee willkürlich offener Räume.«

Eine weitere Person verband diese Position mit einer klaren Androhung von Sanktion (Strafe): »Das SZ ist ein AUTARKES Projekt mit eigener politischer und kultureller Vorstellung, welches sich als Ergänzung zu der Besetzung der Barmer Siedlung (siehe auch CONTRASTE Nr. 259, S.5, Nr. 260, S. 5 und in dieser Ausgabe S. 5) betrachtet und distanziert sich NICHT von dieser im allgemeinen, sondern von der Entscheidung jemanden zu tolerieren, der antisemitische Positionen vertritt. Im SZ werden sexistische, rassistische oder faschistische (... usw.) Angriffe, ob in mündlicher oder tätlicher Form, NICHT toleriert. Wer dies missachtet muss sich einer Konsequenz bewusst sein.«

Auch hier wird an keiner Stelle erkennbar, wer definiert, wann eine Regelverletzung aufgetreten ist und was dann geschehen soll, wer das entscheidet, durchführt usw. Es folgt nur ein Hinweis, dass abweichende Meinungen nur dann gelten, wenn sie auf dem Plenum eingebracht werden. Das Plenum wird hier sichtbar zur Zentralgewalt des Projektes: »Ich hoffe alle Aktiven sind mit dieser Stellungnahme im Konsens, sonst bitte ich dies am Dienstag um 18:00 Uhr im Plenum vorzubringen.« Ein Konsens entsteht, wenn niemand auf dem Plenum der Verkündung widerspricht. Wobei sich bereits die Frage stellt, ob z.B. eine Position, dass abweichende Meinungen zu Antisemitismus (das war der aktuelle Streitfall in Köln) überhaupt auf dem Plenum benannt werden dürfen, weil die ja bereits verboten sind.

Eine weitere Ergänzung auf der Indymedia-Seite deutet unfreiwillig an, dass der Beschluss, kein offener Raum zu sein, die Fragen nach Definitions- und Durchsetzungsmacht nicht automatisch beantwortet. Dort wird plakativ gefordert: »Wohnraum für alle, doch in Squats explizit nicht für Antisemiten, SexistInnen, RassistInnen und andere Menschen die dort nichts zu suchen haben«. Schon was Antisemiten, SexistInnen und RassistInnen sind, wird ohne Definitionsgewalt und der Trennung in Richtig und Falsch (wie bei einem bürgerlichen Gericht) kaum festzulegen sein. Außerdem braucht es der Durchsetzungsgewalt, um die als Falsch definierten auch rauswerfen zu können (wie die bürgerliche Polizei oder der Grenzschutz). Wenn das auch für alle »anderen Menschen, die dort nichts zu suchen haben« gilt, wird deutlich, dass die Auseinandersetzung um offene oder kontrollierte Räume rein ideologisch geführt wird.

Fazit: Weder die Entscheidung für das eine noch für das andere löst bereits die offenen Fragen von Umgang mit Abweichungen. Solange es im Plakativ-Parolenhaften verbleibt, wird im offenen Raum die Gefahr von Gleichgültigkeit und des Rechts der Stärkeren im Handgemenge entstehen, im kontrollierten Raum die Gefahr von formalisierter Hierarchie und dem legitimierten Recht des Stärkeren. Aus emanzipatorischer Sicht kann beides wenig überzeugen.●

FORTSETZUNG VON SEITE 7

- Barrieren aller Art sollten Stück für Stück abgebaut werden mit dem Ziel, dass sie möglichst nicht mehr als Barriere wirken. Dazu gehören: Sprachen, alle formalen Einschränkungen (Schlüssel, Passwörter ...), bauliche Schranken, Spezialwissen usw.
- Offensive Hilfsangebote wie Hotlines, Beratungsangebote, Einführungen, Seminare (Kompetenzbildung) usw. vor und auf Treffen oder Organisierungsprozessen, aber auch unabhängig davon.

Offensive Anbahnung und Förderung von Kooperation

Offene Räume bergen die Gefahr eines Nebeneinanders. Durch das Fehlen zentraler Gremien, deren Aufgabe neben Impuls und Kontrolle ja auch meist die Koordinierung ist, muss die Anbahnung der Kooperation zwischen den vielen Teilen jetzt durch den organisatorischen Rahmen und die konkreten Abläufe geschaffen werden. Mögliche Teile sind:

- Kooperationswände mit Rubriken wie »Suche«, »Biete« u.ä.
- Ergebnis- und »Wie geht's weiter«-Wände zu den einzelnen Teilen, damit andere sehen können, wo sich Überschneidungen ergeben.
- Besondere Treffen zum Informationsaustausch insgesamt oder zu Teilfragen (z.B. auf manchen Camps oder Treffen schon als Interessenplena durchgeführt, wobei der Begriff »Plena« hier eigentlich nicht passt, da es nicht auf Vollständigkeit ankommt und Beschlussfassungen ohnehin dem Sinn von Informationsflusstreffen wiedersprechen).

Die Formulierungen hier passen für konkrete Treffen, aber auch im virtuellen Raum sind solche Systeme möglich.

Kein Löschen von Wissen und Meinungen

Offene Systeme müssen gegen vollständiges Löschen von Meinungen und Informationen geschützt werden – und zwar strukturell, nicht durch Kontrolle oder Gremien. So sollten Plattformen im Internet nicht so organisiert werden, dass auf allen Seiten alles löschbar ist (z.B. bei Wikis sollten die Diskussionsseiten mindestens z.T. wie Foren organisiert werden, damit z.B. Kritik an Löschungen oder Veränderungen nicht mitgelöscht und so eine einheitliche Vernichtung von Daten erfolgen und verschleiert werden kann).

Ebenso erscheint wichtig, dass aus der Logik, dass Handlungsmöglichkeiten erweitert werden sollten, folgt, dass zwar Neues immer möglich ist, aber das Alte nutzbar bleiben sollte, also nicht gelöscht, vernichtet u.ä. werden sollte.

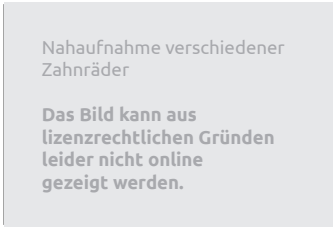
Bei offenen Systemen mit bestimmten Ausrichtungen diese klar benennen

Nicht jeder offene Raum, nicht jede Internetplattform usw. ist für alles da, sondern es gibt Schwerpunkte, Themen usw. Daraus würde horizontal organisierte Intervention folgen, wenn z.B. Menschen in ein Wiki mit Thema zusammenhangslose Informationen setzen. Als Mechanismus ist allerdings nicht Kontrolle von oben (Gremium, privilegierte Personen), sondern aller Beteiligten möglich. Basis dafür ist eine offensive Klarstellung der Ausrichtung offener Systeme. Das gilt auch und gerade für offene Räume, die bestimmte Ausstattungen und Ziele haben (Beispiel: Eine Direct-Action-Plattform kann innerhalb dieser Idee verändert und ausgeweitet werden, aber direkte Intervention ist legitimiert, wenn eine Verwandlung in eine andere Idee ohne Rückklärungen erfolgt – z.B. in einen Kinoraum oder ein Schwimmbad).

Je weniger Regeln ...

... desto mehr Kommunikation, Transparenz und Vermittlung von Ideen und Interessen(sgegensätzen) ist nötig). Dieser Grundsatz ist für die Weiterentwicklung von offenen Räumen wichtig. Der Ideenpool zur Gestaltung offener Systeme ist noch sehr gering, die Idee ist erst am Anfang. Scheitern und das Stoßen an Grenzen in diesem Experiment werden daher eher der Alltag als die Ausnahme sein. Wenn darauf nicht der Schritt zurück in die Normalität folgt, sondern das Voranschreiten mit neuen Ideen, die ausprobiert werden, dann kann sich das Experiment immer interessanter entwickeln. Dem steht nicht zwingend entgegen, wenn in einer Phase des »Wir wissen nicht weiter« ein offener Raum zeitweise gestoppt, beendet oder geschlossen wird, um über ein aufgetretenes Problem zu diskutieren (z.B. Zerstörungen, sexistische Übergriffe oder was auftreten und zunächst die Handlungsfähigkeit im Raum überfordern können). Klar muss aber sein, dass dieser Akt erstens das Experiment (vorübergehend) beendet und zudem alte Privilegien wiederherstellt oder neue schafft, denn wer den offenen Raum schließen und dann neu entscheiden kann, wird niemals gleichberechtigt verteilt sein. Die einzige Lösung dafür ist das Eingeständnis, gescheitert zu sein und einen offenen Prozess für einen Neuanfang zu beginnen. Denn es bleibt dabei: Ein »offener Raum« ist ein Experiment und ein Bruch mit der herrschenden Normalität – daher ist das Gespenst des Scheiterns nicht nur ständig vorhanden, sondern Teil des Experiments, weil die erreichte Grenze gleichzeitig die Phase der Debatte um Erweiterung ist. Das Ziel muss daher immer die weiterentwickelte Wiedereröffnung, nicht die reaktionäre Wiedereinführung von Kontrolle sein.●

Redaktion Umweltschutz von Unten



leicht noch, dass unsere Motivation zu diesem Projekt auch ist, den Bürocharakter des Raumes mitsamt seiner Infrastruktur zu erhalten. Dass hieraus kein Partykeller oder Spielbude wird, ist Teil dieses Konzepts, das allerdings nicht mittels Hausrecht sondern in Kommunikation miteinander und über Kooperationen umgesetzt werden soll. Damit stellt diese Einschränkung nicht automatisch einen Widerspruch zum Konzept Offener Räume dar, da es ja viele verschiedene solcher Orte mit unterschiedlichen Ausprägungen geben kann.

Für uns ist aber klar, dass wir diesen Ansatz weiter verfolgen wollen, allerdings nun mit mehr Konzept und – um zu vermeiden, dass wir wieder als Service-Unternehmen betrachtet werden – mit der Bedingung, dass sich am Anfang eine Kerngruppe finden muss, die sich auch um die Organisierung des Raumes kümmert. Der Erhalt und Ausbau des Raumes soll nicht wieder nicht nur Sache von Greenkids (2) – dem Trägerverein des Raumes – sein. Die Kerngruppe soll nicht privilegiert sein und kann sich auch verändern. Aber wenn sich von Anfang an keine Menschen finden, die auch etwas zum Erhalt des Projekts beitragen wollen, werden wir keinen Offenen Raum ausrufen. Dann müssen wir weiter überlegen, wie diese Idee umsetzbar ist.

Konzept für ein neues »Offenes Büro«

Zum Projektbeginn wird es mehrere Vorbereitungstreffen geben. Das erste dient vor allem dem Projektstart, hier werden organisatorische Fragen vor allem zur Bewerbung eines breit beworbenen Vorbereitungstreffen geklärt. Das zweite Treffen soll dann möglichst viele an der Nutzung des Offenen Büros interessierten Menschen erreichen. Dort wird das Projekt vorgestellt und die Vorstellungen und Wünsche der Beteiligten ausgetauscht. Hier sollen konkrete Vereinbarungen zu verschiedenen Aspekten (u.a. Kosten, Öffnungszeiten, Selbstorganisation, Kommunikation) getroffen werden, die im Rahmen dieses Beitrags nicht weiter aufgeführt werden können, aber in der Internetfassung dieses Beitrages behandelt werden.

Durch den offenen Charakter und die angestrebte offensive Bewerbung des Offenen Büros als selbstverwalteter und selbstorganisierter Freiraum hoffen wir auf stetig

Fortsetzung nächste Seite

STREITGESPRÄCH

Offene Systeme

Offener Raum – wertvolle Inspiration?

Auf der Internetseite der Projektwerkstatt in Saasen wird der »Offene Raum Projektwerkstatt« so beschrieben:

Nehmen wir an, Du willst die Projektwerkstatt besuchen – vielleicht in der Bibliothek lesen, auf der Direct-Action-Plattform etwas ausprobieren oder an den Computern endlich Dein Flugblatt fertigen. Oder die Einladung zur Geburtstagsfete.

Deine Nachbarn (Eltern, Freunde, Lehrer ...) haben Dich zwar schon gewarnt vor dem Haus in Saasen, weil da irgendwie böse Leute wohnen sollen (oder irgendwas anderes, auf jeden Fall aber was Schlechtes), aber Du guckst trotzdem mal vorbei. Dann stehst Du vor dem Haus und kannst durch verschiedene Türen rein. Fast alle sind offen. Und die, die verschlossen sind, lassen sich von innen doch öffnen. Also kommst Du überall hin. Du gehst an Bücherregalen vorbei, durch Archive. In einem Raum liegen Verkleidungsmaterialien – ach ja, Utensilien für Sprühschablonen oder Plakatekleben sind da auch. Computer stehen herum und vieles mehr. Niemand passt auf, Du könntest Dich einfach in die Hängematte legen und lesen. Oder einen Computer anschalten. Du würdest sehen: Da ist kein Passwort, einfach loslegen wäre sehr einfach. Vielleicht machst Du das auch einfach oder Du guckst weiter rum. Irgendwo ein verschlossener Schrank, sogar die Akten über Finanzen und vieles mehr stehen offen da.

Irgendwann wirst Du auch auf Menschen treffen. Wo die sind, lässt sich nicht vorhersagen, denn die meisten Menschen in der Projektwerkstatt haben keine eigenen Räume, sondern sind da, wo sie es gerade praktisch finden oder sich wohlfühlen. Vielleicht liegt schon jemand in der Hängematte, irgendwo hockt jemand vor einem Computer oder schneidet neue Musikstücke zusammen. Nun könntest Du fragen: »Darf ich mal ...« – das wäre Dein erster Fehler. »Mach doch einfach, was Du willst. Hier gibt es keine Chefs«, bekommst Du wahrscheinlich zu hören. Oder etwas Ähnliches.

Schon das ist ein bemerkenswerter Bruch mit der Normalität, in der immer für alles eine Regel, eine Verhaltensnorm oder ein Aufpasser da ist. Die meisten Menschen scheitern auch schon an dieser Stelle, fühlen sich orientierungslos in der Projektwerkstatt – auch viele derer, die in ihrer eigenen Selbstwahrnehmung »selbstbestimmt«, »autonom«, Anarcho, Punk oder irgendwie »links« sind. Ein offener Raum bietet viele Möglichkeiten, aber alles setzt den Menschen selbst als Ausgangspunkt voraus.

Darüber und über die damit verbundenen Ideen, Risiken, Erfahrungen, Hoffnungen und Ängste führten Jutta und Jörg aus der CONTRASTE-Redaktion ein Streitgespräch.

Jutta: Der Text ist spannend, eigentlich schon eine eingedampfte Geschichte des »offenen Raumes« und seiner größten Schwierigkeiten, vielleicht seines Scheiterns in Saasen. Das geht los mit der Frage: »offen« für wen? Auch, wenn die Projektwerkstatt nicht sagt: »Leute mit Nadelstreifen oder parteipolitischen Ambitionen bleiben draußen«, werden wohl nur die »durchkommen«, die bereit sind, die Warnungen vor dem Projekt in den Wind zu schlagen. Auch wer das Haus betritt, und der ausgestellten Aktionsvielfalt gegenübersteht, muss seine eigenen Definition von »Offenheit« überdenken. So massiv präsentierte direkte Aktionen können den Kopf auch zu machen. Irgendwie erscheint einem dieser offene Raum besetzt. Besetzt von Menschen und Ideen, die sehr weit gehen und nicht besonders tolerant sind gegenüber Vorsichtigeren. Ich würde noch weiter gehen: Kämpferisch gehen die Aktiven der Projektwerkstatt gegen Hierarchien an, wo sie sie wittern – im eigenen Haus, im offenen Raum gelingt es aber auch nicht, informelle Hierarchien abzubauen und ein anderes Miteinander zu entwickeln.

Jörg: *Ich will Dir im Kern nicht widersprechen, aber doch an einigen Punkten. Das Scheitern sehe ich noch nicht, weil das Ringen noch stattfindet. In allen bisherigen Texten zu offenen Räumen haben wir sogar formuliert, dass die Idee ein so weitgehender Kulturbruch ist, dass das Scheitern geradezu dazugehört – als Anlass, dann wieder kritisch zu hinterfragen und Neues auszuprobieren. Zudem glaube ich immer, dass Räume gewisse Prägungen haben werden. Die dürfen allerdings nicht starr und nicht erzwungen sein, zudem dürfen sie neue Knospen der Selbstentfaltung nicht bindern. Die Direct-Action-Phase in Saasen war gegenüber der Vergangenheit ja was Neues, die Utopiediskussionen auch oft – und der jetzt in Gießen geschaffene Umsonstladen als experimenteller Raum ist sogar an einem anderem Ort entstanden. Mein Traum ist gar nicht, dass alles an einem einzigen Ort wie z.B. in Saasen geben muss, sondern dass ganz viele offene Räume entstehen, die sich einerseits wandeln und erweitern, sie aber einfach unterschiedlich geprägt sein können, wenn die AkteurInnen das tun.*

Das Prädikat »Kulturbruch« rechtfertigt nicht die eher traurige Bilanz des offenen Raumes in Saasen. Klingt ein bisschen nach: »Unsere Idee ist genial, aber leider rennen überall die falschen Leute dafür herum.«

Ich erlebe (und hab es an mir selbst erlebt), dass Menschen sich sehr wohl entfalten können und Freude daran haben und ganz spannende Wege gehen – aber dorthin nicht geschubst werden wollen. Oder sich herabgestuft, als unfähig beurteilt fühlen wollen, wenn sie nicht sofort selbständig kreativ losarbeiten. Das ist eine direkte Kritik an Eurem Verhalten gegenüber Dritten in Saasen. Und die Erkenntnis, dass der offene Raum schlicht keine Antwort auf informelle Hierarchien ist. Vielleicht verschärft er in der Saasener Form sogar noch deren Wahrnehmbarkeit. Einerseits ist alles erlaubt, wenn auch vieles etwas fremd und ungewöhnlich organisiert ist, andererseits gibt es schnell zynische Sprüche von genau denen, die mehr Ahnung haben. Macht wenig Lust auf mehr. Ich finde immer wieder spannend, was Ihr anleiert – und erfahre kurze Zeit später, dass (und manchmal wie) es den Bach runter geht.

Wenn sich jemand wie Du immer wieder für Konfrontation, Kampfbegriffe und Polarisierung entscheidet, kriegen die meisten Menschen schnell eine Überdosis und ziehen sich zurück – da hilft auch kein offener Raum. In meiner Vorstellung funktionieren »offene Räume« eher als auch intern solidarische, achtsame Projekte, mit einer großen Extra-Portion Geduld und möglichst keinen Verurteilungen der Mitstreitenden...

Nein, ich finde das nicht sinnvoll, die Dinge zu vermischen. Solange Menschen nett zueinander sind, sind die bestehenden Unterschiede oft nur auf Zeit unsichtbar. Kommen Konflikte, wäre schnell zu sehen, dass es eben keine »offenen Räume« sind, in denen sie agieren und in denen bisher die formalen Handlungsmöglichkeiten nur deshalb nicht als unterschiedlich auffielen, weil eben alle nett waren zueinander. Ich will den bewussten Verzicht auf Kontrolle und Bedingungen und nicht nur das freundliche Versichern, dass wir schon alle lieb sein werden und die Macht nicht anwenden. Wenn in den tatsächlich kontroll – und bedingungsfreien Räumen dann die Menschen auch noch lieb miteinander sind, soll es mir recht sein. Ich will Räume, in denen auch die sicher sein können, weitermachen zu können, die mit niemandem mehr klarkommen. Das sind ja vor allem die Leute, die was ändern oder was Neues einbringen wol-

Fortsetzung auf Seite 10

FORTSETZUNG VON SEITE 8

neue Menschen, die diese Möglichkeiten nutzen wollen. Somit wird es immer wieder notwendig sein, die Ideen und bereits getroffenen Vereinbarungen zu kommunizieren. Und es wird auch immer wieder zu Veränderungen und neuen Absprachen kommen.

Bekannte Probleme, wie die Zerstörung von Infrastruktur oder Materialien, die Verschwendung oder unsachgemäße Nutzung von Technik/Material oder die Dominierung des Raumes durch Einzelne zu Lasten der Offenheit des Projekts, können wahrscheinlich am ehesten durch intensive und frühzeitige Kommunikation und direkte Interventionen in den Situationen, in denen Probleme sich anbahnen, bewältigt werden. In dieser Hinsicht ist das Offene Büro auch eine Experimentierfläche für eine Gesellschaft, in der die Individuen wieder mehr Verantwortung für sich selbst und gegenüber Anderen übernehmen und gleichberechtigtere, bessere Verhältnisse geschaffen werden.

Weiterentwicklung des Offenen Raumes

Eine Herausforderung wird aber auch das Erreichen von interessierten und engagierten Menschen in Magdeburg. Die besondere Schwierigkeit ergibt sich daraus, dass bestimmte aktive Leute schon ihre Nischen gefunden haben, in denen sie arbeiten können – oft über persönliche Kontakte zu Einrichtungen, deren Infrastruktur sie nutzen dürfen. In deren Umfeld gibt es oft eine Vielzahl weiterer Aktiver, die keinen so leichten Zugang zu diesen Möglichkeiten haben. Diese sind dann davon abhängig, dass ihnen Andere mal diese Infrastruktur zur Verfügung stellen, können dies aber nicht immer selbständig und in den Momenten tun, in denen sie es gern machen würden. Diese Menschen wollen wir erreichen.

Angebote für Jugendliche aus dem Stadtteil

Neben dem Selbstorganisationsanspruch des Offenen Büros gibt es wie eingangs erwähnt lokal bedingt die Herausforderung, auch für die jungen Menschen im Stadtteil Angebote zu schaffen, die diese an die Ideen des Projekts heranführen. Ausschließen wollen wir niemanden und werden daher ohnehin auch Anlaufpunkt für diese »Zielgruppe« sein, die nicht in erster Linie aus inhaltlichem Interesse bei uns auftaucht. Damit sollen auch sie sich gleichberechtigt im Offenen Büro aufhalten können und ein Bewusstsein dafür entwickeln, dass dessen Einrichtung für sie und andere nicht mehr nutzbar ist, wenn sie unachtsam damit umgehen. Oder gezielte Handlungsmöglichkeiten für sich oder andere erhalten oder weiterentwickeln und sich wie wir den Kopf drum machen, wie die Sachen zu erhalten oder weitere Möglichkeiten zu entwickeln sind.●

Diesen Text gibt es als ungekürzte Fassung mit detaillierterer Projektskizze im Internet auf
www.deu.anarchopedia.org/index.php/Offene_Raeume:Offenes_Buero_Magdeburg

1) www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE/offenerraum.html
2) www.greenkids.de/

Labyrinth im Guggenheim-Museum

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Debatten und Statements aus Experimenten zum »Offenen Raum«

Beispiel: Umweltwerkstatt Verden – Interessen im Wandel und schwierige Generationenfragen

Von Jutta Sundermann ● Ich habe mehrere Jahre in der Verdener Umweltwerkstatt (VUW) mitgearbeitet. Zu ihren Hochzeiten Mitte der 90iger Jahre war da richtig was los. Die Umweltwerkstatt kam ziemlich nahe an das Bild eines »offenen Raumes« heran. Es liefen mehrere große Projekte gleichzeitig, jeweils von einigen Aktiven verantwortet, teilweise mit Bündnispartnern zusammen umgesetzt: von der taz-Beilage »Restrisiko« im Vorfeld der Castortransporte, über eine erfolgreiche Feldbesetzung gegen ein Gentechnik-Versuchsfeld, ein buntes SchülerInnen-Umweltprojekt, eine Kulturzeitung für die Region bis hin zu breiter Bildungsarbeit der Verdener Bildungsgruppe für Ökologie und Selbstbestimmung oder umweltschonenden Gruppenreisen. Schließlich entstand in der Umweltwerkstatt das Büro für die Schaffung eines Ökozentrums in Verden, ein großes Kasernengebäude, das schließlich durch einen Verein und eine Genossenschaft gekauft werden konnte und später selbst zur neuen Adresse der Umweltwerksatt wurde.

In ihren besten Zeiten sah die Umweltwerkstatt ständig Leute ein- und ausgehen. Die Projekte liefen und tauschten sich untereinander aus, in einem wöchentlichen Plenum gab es viel zu berichten und viel voneinander zu lernen, wobei die verschiedenen Projekte jeweils weitgehend autonom arbeiten und entscheiden konnten. Ein bunter Wegweiser an einer zentralen Pinnwand klärte Neugierige und Neue auf, welche Projekte gerade liefen und wer für welchen Bereich ansprechbar war. Es zeigte sich aber nach einiger Zeit, dass verschiedene Trends die Lebensdauer der Umweltwerksattt begrenzen würden. Die Menschen der ersten Stunde wollten sich weiter qualifizieren bzw. an spannenden und großen Projekten dranbleiben und nicht »jedes Jahr das Rad neu erfinden«. Diese Tendenz gab es nämlich schon, wenn alljährlich im September die neue Generation der FÖJ-TeilnehmerInnen kam und sich wacker ans Arbeiten, Ausprobieren und von-vorne-diskutieren machte.

Die Projekte, die aus den Kinderschuhen wuchsen, sahen sich immer wieder nach eigenen Rechtsformen um, so das Kulturmagazin »Überblick« oder das Jugendreiseprojekt, das Ökozentrum sowieso. Meist waren diese »Absprünge« für alle völlig in Ordnung, denn je mehr Arbeit die einzelnen Projekte leisteten und je mehr Spezialfragen sie beackerten oder auch eigene Finanzen zu verwalten hatten, desto unübersichtlicher wäre es sonst geworden. Dennoch stieg die »Kompliziertheit« der Umweltwerkstatt immer weiter. Aus dem einfach angemieteten Büro in der Verdener Innenstadt wurde ein kleines »Projektunternehmen«. Weil einiges dafür sprach und ein Zahlenjongleur es auch lernen wollte, stellte der Verein auf doppelte Buchhaltung um.

Zu einer Zeit, in der Onlinebanking noch die Ausnahme war, mussten von der Umweltwerkstatt schon Disketten zur Bank getragen werden und schließlich wurde ein zweiter Verein gegründet, der ausschließlich als Förderverein auftrat und einen Kreis von FreundInnen und FörderInnen aufbaute bzw. warm zu halten hatte. Die Umweltwerkstatt Ende der 90iger Jahre war ein komplexes Projekt geworden, durchaus nicht einfach an neue Leute zu »übergeben«. Das verstärkte sicher noch den Unterschied zwischen »Neuen« und »alten Hasen und Häsinnen«. Es begann eine lange Diskussion, ob beim Umzug in das Ökozentrum ein »Profibüro« abzutrennen sei von dem offenen Wuselbüro der neueren Leute. So kam es schließlich auch und die Aktivitäten »in der alten VUW« nahmen ab bis schließlich nur noch eine Person mit FÖJ-TeilnehmerInnen einzelne Projekte durchführte bzw. unterstützte. Heute sind es nur noch gelegentliche Aktivitäten, die unter dem Namen »Umweltwerkstatt« stattfinden. Aus dem »Profibüro« entstanden zahlreiche weitere Aktivitäten. Sie alle waren ein gutes Stück professioneller angelegt und gaben immer deutlicher den Anspruch auf, ständig am Abbau der internen Hierarchien zu arbeiten.●

OFFENE UNI BERLIN

Offene Systeme

»Schmeiß den Schlüssel weg?!«

Offene Räume als Perspektive emanzipatorischer Politik Gibt es EINE Vision, Perspektive, Erfahrungswelt der Offene Uni? Wenn ja, wer formuliert sie, ein Plenum oder die Leute die das Projekt nutzen? Braucht Offenheit auch Grenzen, damit sie nicht zur Beliebigkeit wird? Ist die fehlende Kontrolle in Offenen Räumen ein emanzipativer Weg?
Das Konzept des »Offenen Raums« lässt sich aus meiner Sicht nicht auf den gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen, wie Wissen und Räume, reduzieren. Ein wesentlicher Punkt ist das Ausprobieren und Entwickeln neuer Methoden im Umgang mit den Mitteln, sowie betreffend dem (Ver-)Handeln der Menschen miteinander. Es ist kein fertiges Konzept und sicher in der Anwendung nicht automatisch widerspruchsfrei.

Von Enrico (Aktiver in der Offenen Uni BerlinS) ● Um den Anschluss zur Praxis nicht zu verlieren, gleich zu Anfang eine Aussicht auf das Projekt »Offene Uni Berlins« (OUBS). Es gibt eine Menge Leute, die die OUBS für die Auslebung verschiedenster Interessen nutzen. Dies beschränkt sich nicht nur auf Studierende, auch wenn diese immer noch den dominanteren Teil ausmachen. Die Veranstaltungen beschränken sich auch nicht nur auf linke Plena, Vokü oder Kino. Einen nicht unwesentlichen Teil machen selbstgemachte Seminare oder Aktionsvorbereitungen aus.

Es ist für das Streetdance-Seminar und für die Vorbereitung des Autoorganisationskongresses Raum vorhanden. Bedingt durch die vorhandene Infrastruktur und die anwesenden Menschen ist ein Handlungsspielraum vorgegeben. Was nicht heißt, dass dieser nicht auch jederzeit erweiterbar oder eingrenzbar ist, z.B. durch (die Verhinderung von) Ausgrenzung oder die Zerstörung (oder den Ausbau) von Infrastruktur. Wie der Handlungsspielraum aussieht, ist stark davon abhängig, wie die NutzerInnen sich im Haus organisieren, es soll hier aber nicht verschwiegen werden, dass eine finanzielle und infrastrukturelle Abhängigkeit zur Institution Humboldt-Universität leider noch gegeben ist. Was die Organisierung innerhalb des Hauses angeht, existiert relativ viel Gestaltungsfreiheit, hier prallen dann auch zwei verschiedene Konzepte aufeinander – das des »Offenen Raums« und die traditionelle Plenumsstruktur als »entscheidende« Instanz.

Plenum und »Offener Raum« im Vergleich

Das Plenum könnte Visionen, Erfahrungen, Perspektiven der »Offenen Uni« als Beschlüsse, Kommuniques oder in sonstigen Papieren veröffentlichen, doch es stellt sich schon die Frage, wessen Visionen, Erfahrungen, Perspektiven sind dies dann? Menschen die das Konzept des »Offenen Raums« vorantreiben wollen, würden dem wahrscheinlich entgegenhalten, dass Pamphlete der OUBS nicht alle Perspektiven erfassen könnten, aber diese und das (Ver-)handeln der NutzerInnen sind das, was das Projekt ausmacht.

Nun könnten PlenumsvertreterInnen dem entgegenhalten, das Plenum wäre der Ort für das Verhandeln über daraus folgendes Handeln. »Offene Raum«-BefürworterInnen würden dem nicht unbedingt widersprechen, aber wahrscheinlich auch den Alleinvertretungsanspruch für Entscheidungen und Vereinbarungen hinterfragen. Sie setzen dem entgegen, dass die Anwesenden entscheiden. Dieses kann bedeuten, dass diese auch nicht anwesende Interessen berücksichtigen können. Nicht berücksichtigte Meinungen, als Argument gegen diese Praxis, gehen davon aus, dass Strukturen, wie zum Beispiel das Plenum, alle Interessen erfassen und einbeziehen würden. So ein Plenum ist mir noch nicht begegnet. Es scheint wohl eher so zu sein, dass die Interessenvertreter sich durchsetzen, die die Spielregeln des Plenums am besten erfasst haben. In einem »Offenen Raum« sind diese Regeln jedoch immer wieder neu verhandelbar.

Nun gibt es wiederum PlenumsvertreterInnen, die behaupten, dass es einen Ort geben sollte, an dem Lösungen für Probleme besprochen werden können. »Ja klar stimmt«, wird dem wahrscheinlich entgegnet, »aber bitte nicht nur zeitlich, methodisch, personell und räumlich aufs Plenum begrenzt, das nutzt sonst nix, wenn der Konflikt nicht gerade im Gremium stattfindet«.

Freunde des »Offenen Raum«-Konzept sollten sich nicht damit zufrieden geben, Konflikte in die Metaebene zu verschieben, und sich nicht erst der Konfliktsituation annehmen, wenn diese schon beendet ist. Es wird nicht auf Beschlüsse gewartet, die einen Beschlussdurchsetzenden brauchen und in der Praxis anwendbar sein müssten, sondern die »direkte Intervention« als Möglichkeit wahrgenommen. Die »direkte Intervention« heißt sich einmischen und auf Probleme direkt, wenn sie passieren, aufmerksam machen und wenn möglich lösen. Welche Mittel der/die Einzelne/Zusammenhang wählt, obliegt auch diesen. Denkbar sind Methoden wie z.B. verstecktes Theater, Kommunikationsguerilla. Der (temporäre) Ausschluss ist hier eher eines der letzten Mittel.

Wo liegen nun die Grenzen der Offenheit? Wer definiert sie?

Ich würde behaupten, ich definiere die Grenzen und jedeR andere auch. Wenn durch die Erfahrungswelt der Personen wahrgenommene Grenzüberschreitungen und Grenzsituationen auch im Entstehungsprozess aufgegriffen werden, gibt es eine Chance, Räume nicht einer Beliebigkeit zu übergeben. Beliebigkeit entsteht auch dann, wenn mensch anderen abspricht verantwortlich zu handeln und Grenzen zu ziehen, und nur sein eigenes (Gruppen-)Verhalten als verantwortbar und richtig begründet. Um dieses Verhalten zu begründen, wird sich gerne mal bei Verregelungen als Argument bedient, welche vielleicht ursprünglich dem Schutz vor Situationen dienen sollten. Ihre Durchsetzung kann nun aber selber Grenzen überschreiten. Warum verzichtet mensch nicht gleich auf starre Regeln und Beschlüsse, wenn diese genauso auch repressiv gegen Handelnde eingesetzt werden?

Ist die fehlende Kontrolle in Offenen Räumen ein emanzipativer Weg?

In der Veranstaltungseinleitung wird die Frage aufgeworfen, ob »fehlende Kontrolle im 'Offenen Raum' nicht gerade der emanzipative Weg« wäre. Diese Frage würde ich, so wie sie gestellt ist, erst mal mit nein beantworten, denn es geht für mich auch darum, dass die NutzerInnen, zu denen ich mich auch zähle, die Kontrolle über ihr Leben erlangen und ihr eigenes Handeln daraufhin überprüfen, was sie eigentlich in der vorgefundenen Situation wollen und sich nicht fremdbestimmt kontrollieren lassen.

Zurück zur »Offenen Uni«

Um jetzt doch noch mal praktischer zu werden, was ist von oben genannten in der Offenen Uni umgesetzt, aus meiner Sicht noch zu wenig, aber es will ja auch nicht jedeR einen »Offenen Raum«. Der Schritt über andere Kontrolle auszuüben, ist manchmal schneller gemacht, als sich zu überlegen, dass obengenannte Form der Kontrolle nicht gewollt ist, was auch Grundvoraussetzung dafür wäre, Methodiken, für einen anderen Umgang mit dieser auszuprobieren und zu entwickeln.

Die Kontrolle über andere äußert sich dort durch die Kontrolle der Möglichkeiten anderer, z.B. die Zugänge zu Ressourcen wie Hausschlüssel, Bibliothek, Technikraum, Mailinglisten oder sie wird durch die Kommunikation und Information aufrecht erhalten. Von einigen NutzerInnen wird vermittelt, dass andere NutzerInnen, wenn sie etwas wollen, zum Plenum kommen und nicht selbst entscheiden sollen. Die üblichen Leute mit dem besseren »Durchblick« (auch CheckerInnen genannt), ich würde mich dazu zählen, finden das zum Teil wohl ganz gut, dazu zähle ich mich nicht.

Um aber das Konzept eines »Offenen Raums« zu verwirklichen, reicht es nicht dies den CheckerInnen zu überlassen. Ressourcen, Transparenz, Kommunikation gehören auch von allen radikal eingefordert und hergestellt. Wenn dies mehr geschehen würde, wird es auch schwieriger, das Projekt in eine »normalisierte/ normierte« Nische zu überführen, davon gibt es ja schon genug, auch für diejenigen, die Kontrolle toll finden. Eine meiner persönlichen »Perspektiven« ist es, das Fragezeichen im Titel der Veranstaltung nach und nach wegzustreichen und selbstbewusst zu sagen:

»Schmeiß den Schlüssel weg!«.

Debatten und Statements aus Experimenten zum »Offenen Raum«

Beispiel: Kein Offener Raum im Blaue Welt Archiv

Von Falk Beyer ● Vor etwa einem Jahr gab es die Idee, im Blaue Welt Archiv (BWA) einen Offenen Raum einzurichten (1). Die »alte« BWA-Gruppe hatte sich aufgelöst und es gab eine breitgefächerte Einladung an interessierte Menschen und Gruppen sich Gedanken über die zukünftige Nutzung des BWA zu machen. Bei dem ersten gemeinsamen Treffen kamen viele Leute mit verschiedenen Vorstellungen zusammen. Es gab Ideen für einen Infoladen, ein Antifa-Archiv, Computerpool und mehr.

Bis zur Auflösung der alten BWA-Gruppe war das Blaue Welt Archiv in der Praxis ein autonom organisierter Raum. Zwar hatte formal ein Trägerverein, der den Raum zur Verfügung stellte, das Hausrecht, hat sich aber nicht in die Arbeit der Gruppe eingemischt. Jetzt wollten die BewohnerInnen des Hausprojektes ihr formales Vorrecht jedoch wahrnehmen. Im Hausplenum sollte es erst abgesegnet werden, dass hier ein Offener Raum entstehen darf – obwohl die meisten der Leute dort gar kein direktes Interesse am BWA hatten. Dass Leute, die gar nicht direkt betroffen sind, über die Möglichkeiten anderer bestimmen, stellt einen krassen Widerspruch zur Idee Offener Räume dar – dieser Status müsste unbedingt geändert werden, wenn ein solcher Ort entstehen soll. Durch diese Konstellation wurde es wichtig, auch im Hausprojekt die Offener Raum-Debatte zu führen.

Das fiel aber schwer, da es von den »EntscheidungsträgerInnen« kaum Initiative gab. Zwei oder drei aus dem Projekt beteiligten sich an dem Diskussionsprozess, der Rest war uninteressiert oder hatte vage Vorbehalte. Diese zu besprechen scheiterte jedoch am mangelnden Interesse. Um das Thema leichter zugänglich zu machen, wurden Kernpunkte der Debatte in Form von Plakaten, die im Hausflur aufgehängt wurden, visualisiert, Kurzfassungen erstellt, eine Infowand eingerichtet und eine Diskussionsveranstaltung mit einer AktivistIn der Stiftung FreiRäume zu Offenen Räumen organisiert. Inhaltliche Reaktionen gab es darauf nicht.

Das Hauptargument der GegnerInnen eines Offenen Raumes aus Hausprojekt und anderen am BWA beteiligten linken Gruppen waren Ängste vor Kontrollverlusten: was tun, wenn Nazis kommen? Fremde Leute könnten Sachen aus dem Infoladen klauen. Der Raum würde verwahrlost werden, weil niemand mehr aufräumt. Jemand muss »den Hut aufhaben«, sonst geht nix. Dass sich kaum eine Bereitschaft zeigte, über diese Probleme und Lösungsansätze zu reden, deutet darauf hin, dass es gar nicht wirklich um diese Punkte geht. Der Offene Raum schreckt möglicherweise einige ab, weil sie damit auch ihre eigenen Kontrollmöglichkeiten verlieren.

Allein die Vision, der Utopie einer herrschaftsfreien Gesellschaft ein Stück näher zu kommen, in dem Vorrechte abgebaut werden und eine horizontale Organisierung versucht wird, schien niemanden vom Hocker zu reißen. Welches Potential hinter dem Entwicklungsprozess Offener Räume steckt, wurde nicht erkannt. Lieber bleiben die Leute hinter ihrem gemütlichen Ofen, hinter dem sie sich nicht hervorlocken lassen. Offener Raum scheint ein Langweiler zu sein, der keine Chancen hat neben Arbeit, Ausbildung, Gemeinschaft und Party. Die Entpolitisierung ist an diesem Punkt schon weit vorangeschritten.

In der linken Praxis dominieren einfache Entwürfe, die nur unter Ausblendung der Komplexität der Gesellschaft und von Herrschaft insgesamt funktionieren. Die Auseinandersetzung um das Blaue Welt Archiv bestätigt m.E. diese These. Von vielen Beteiligten wurde geäußert, dass ihnen die Diskussion zu anstrengend sei, einige haben sich offensiv der Auseinandersetzung mit den Widersprüchen ihrer Parolen und der praktischen Umsetzung verweigert. Wären es nicht zum Teil auch diejenigen gewesen, die damit gleichzeitig ihre Vorrechte bewahren, könnte mensch das auch einfach so akzeptieren.

Vielleicht hat auch der Versuch Transparenz herzustellen und alle Fragestellungen, die auftreten können, zu berücksichtigen, Leute überfordert und dazu geführt, dass sie sich aus der Debatte ausgeklinkt haben. Ich glaube allerdings nicht, dass die Fähigkeit zum komplexeren Denken nicht vorhanden ist, sondern dass die Konditionierung durch die Gesellschaft ihren Anteil an dieser Wahrnehmung hat. Auf dem Weg zu einer emanzipatorischen Gesellschaft können solche Prozesse wie die Entwicklung Offener Räume helfen, sich aus den antrainierten Verhaltensmustern zu lösen und sich in einer Welt zurechtzufinden, die doch wesentlich vielschichtiger ist, als der Mainstream und auch viele einfache linke Politikansätze behaupten.

Bei zukünftigen Projekten könnte es sich lohnen, parallel zur Debatte darüber, ob es einen Offenen Raum geben soll und wie dieser funktionieren könnte, eine Experimentalphase zu starten. Diese sollte nicht durch Vorfestlegungen – z.B. erst mal die üblichen Strukturen aufzubauen und dann zu schauen was passiert – eingeschränkt werden. Durch die »Sicherheit«, dass es immer noch möglich ist »das Übliche« zu machen, wenn für aufkommende Probleme keine Lösungen gefunden werden, lassen sich vielleicht mehr Leute auf einen Versuch ein.●

Die ungekürzte Fassung dieses Textes findet sich im Internet auf
www.deu.anarchopedia.org/index.php/Offene_Raeume:Blaue_Welt_Archiv_Magdeburg

1) www.projektwerkstatt.de/bwa/bwa-debatte.html

FORTSETZUNG VON SEITE 9

len. Und hier finde ich – bei aller Akzeptanz Deiner Kritik an dem persönlichen Stil auch von mir – die Projektwerkstatt in Saasen immer noch richtig gut: Tradition, das festgefahrene Immer-gleiche usw. sind hier immer noch nicht angesagt. Die Räume sind für neue Ideen genau das Richtige. Wenn wir Gruppen im Seminarhaus haben, die mit uns hier Wohnenden gar nicht viel Kontakt haben, ist das gut zu sehen.

Da haben wir einen Dissens. Du wirfst mir vor, zu vermischen, ich muss Dir jetzt unterstellen, zu entmischen und dann einen Teil eines zusammenwirkenden Gefüges als nicht funktionstüchtig zu bezeichnen. Ich habe nicht von künstlichem »nett zueinander sein« geredet. Es geht mir nicht um »Nettigkeit«, sondern um einen einander-wertschätzenden Umgang. Den halte ich für Voraussetzung gerade für Neues und Visionäres in dieser Gesellschaft.

Vielleicht auch einen weiteren Widerspruch: Was meinst Du genau mit »kontroll- und bedingungsfrei«? Soziale Kontrolle kannst Du genauso wenig wie informelle Hierarchien einfach abschalten – und das ist auch nicht nur schlecht. Bedingungen für das Funktionieren des offenen Raumes gibt es viele, auch in Saasen. Mir zumindest geht es so: Wenn jemand sagt: »Wir versuchen täglich und möglichst konsequent, übliche Kontrollmechanismen und Hierarchien abzubauen,« flößt mir das mehr Respekt ein bzw. macht mich neugieriger auf den Versuch als ein solcher rhetorischer Kniff »kontroll- und bedingungsfrei« ist. In Saasen ist zweifelsohne viel los, manches davon sehr spannend – aber es wurde und wird auch viel Porzellan zerschlagen und leider auch Leute demotiviert.

Ich halte »soziale Kontrolle« als Konzept für falsch. Ich plädiere dafür, soziale Einmischung zu trainieren, Aufmerksamkeit füreinander und Sensibilität für das Geschehen rund um sich zu schaffen. Aber das ist keine Kontrolle – das Wort steht für mich nicht für Horizontalität. Ich mag auch keine konstruierten Gesamtheiten, die für etwas zuständig sind. In einem »offenen Raum« gibt es nur die Menschen, die prinzipiell immer gleichberechtigt zueinander stehen und nie als Gesamtheit auftreten, also z.B. nicht als Plenum oder irgendein Rat gegenüber Einzelnen oder dem Außen. Dieser Idee steht nicht im Wege, dass die Projektwerkstatt Saasen – wie alle anderen bisherigen Versuche auch – nur ganz ganz begrenzt sich diesem annähert. Aber die Vision will ich formulieren, damit das reale Geschehen sich daran messen kann und Misserfolg spürbar wird. Insofern stimme ich Dir zu, dass der Umgang miteinander wichtig ist und in Saasen daran einiges gescheitert ist. Er ersetzt die Vision und das Ringen um eine Annäherung aber nicht.

Soziale Einmischung klingt netter als Kontrolle – es wird im Einzelfall aber sicherlich spannend, ob Leute so eine Einmischung selbst wagen oder in ihrem Leben haben möchten – und wo dann immer der Unterschied zu »sozialer Kontrolle« liegt. Dieser Begriff meint schließlich auch nicht nur Klassenkeile oder Anpassungsdruck.

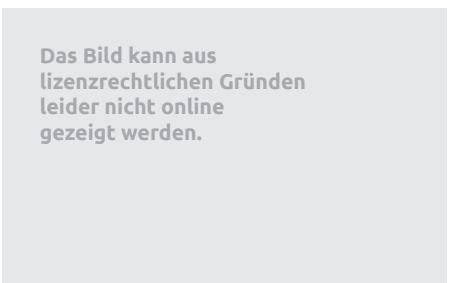
Ich bin gespannt, wie es weitergeht mit derartigen Experimenten. Ich wünsche uns viele davon. Allerdings nicht mit dem Anspruch, eine »reine Lehre« zu verfolgen, sondern auch offen für neue Entwicklungen. Für mich gehen die Beteiligten vor. Zentral wäre, dass sie immer wieder gemeinsam reflektieren, ob sie noch auf dem – für sie! – richtigen Weg sind. Aber sie sind nicht »abtrünnig«, wenn sie dann doch einen Abwaschplan aufhängen oder einen Computer mit Passwörtern schützen. Beiträge wie Deine Darstellung des offenen Raumes können wertvolle Inspiration sein – aber bitte kein Kampfbegriff.●

GUTES LEBEN FÜR ALLE – DURCH UMVERTEILUNG?

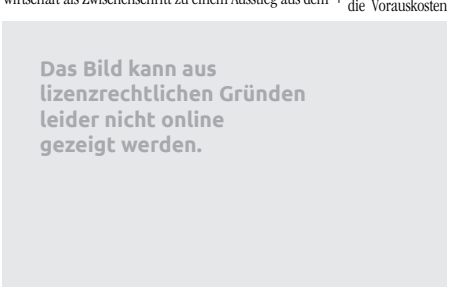
»Geld ist genug da. Doch das ist keine Lösung.«

Wir leben in einer Welt voll schreiender Widersprüche. Obwohl heute mit weniger Arbeit denn je wesentlich mehr produziert wird als früher, obwohl also die Voraussetzungen für die freie Entfaltung für jedeN und ein gutes Leben für Alle noch nie so gut waren wie heute – geht es immer mehr Menschen schlechter. Weltweit und zunehmend auch in den so genannten reichen Ländern. Obwohl das Wissen über die Zusammenhänge und Abläufe in Natur, Technik und Gesellschaft noch nie so groß war wie heute, wachsen die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und technologischen Bedrohungen. Viele versinken in Resignation und glauben, man kann ja eh nichts machen. Aber viele andere finden sich nicht mit den Zuständen ab und suchen nach Wegen aus der Krise. Das gibt Anlass zur Hoffnung, auch wenn niemand »die Lösung« in der Tasche hat. Wir übrigens auch nicht. Wir glauben jedoch, dass es für das Vorankommen von entscheidender Bedeutung ist, dass die Menschen, die sich auf den Weg gemacht haben, gründlich die Verhältnisse unter die Lupe nehmen, denen sie entkommen wollen. Dazu wollen wir Diskussionsbeiträge liefern.
Hier ist einer.

Von Andreas Exner und Lothar Galow-Bergemann ● »Geld ist genug da.« Das pfeifen die Spatzen von den Dächern. Je zugespitzter die soziale Krise, je größer die Zahl der Ausgegrenzten und Verarmten und je phantastischer andrerseits privater Reichtum und Gewinnexplosion einiger Unternehmen, desto lauter ertönt der Ruf nach Umverteilung des Geldes. Dies ist mehr als verständlich und wir, die wir uns selber in sozialen Bewegungen engagieren, stellen und unterstützen solche Forderungen ebenfalls. Denn außer Frage steht, dem neoliberalen Sozialkahlschlag jeden nur erdenklichen Widerstand zu bieten. Doch wir sind uns zugleich bewusst, dass die Probleme, vor denen wir stehen, mit einer monetären Umverteilung nicht auf Dauer gelöst werden können. Damit könnte zwar hie und da das Schlimmste abgemildert werden. Aber durch Umverteilung des Geldes wird kein gutes Leben für Alle und auf Dauer möglich. Es kommt vielmehr darauf an, sinnvolle Forderungen im Rahmen der Geldwirtschaft als Zwischenschritt zu einem Ausstieg aus dem Geldsystem zu formulieren.



Grafik 1a:
Entwicklung der Nettoprofitraten der Privatwirtschaft im Vergleich zwischen dem »Wirtschaftswunder« (1950-1970, weiße Balken) und seiner Krise (1970-1993, schwarze Balken).
Aus: Robert Brenner: »Boom & Bubble«, 2003.



Grafik 1b:
Entwicklung der Reallöhne (Jahresraten der Veränderung). Datenquelle und Zeiträume siehe Grafik 1a.

Uns geht es nicht um eine oberflächliche »Geld-Kritik«, die im Geld »die Wurzel allen Übels« erblickt. Uns interessieren im Gegenteil »die Wurzeln des Geldes«, also jene grundlegenden Zusammenhänge, die Geld als ungefähr so zwangsläufig wie die Luft zum Atmen erscheinen lassen. Wir wollen auch das Geld nicht einfach »abschaffen«. Das haben schon manche versucht und sind damit gescheitert. Denn wer nur das Geld angreift, greift zu kurz.

Geld ist Auswirkung eines grundlegenden Konstruktionsfehlers »unserer Wirtschaft«. Und es funktioniert ganz in diesem Sinne: Es dient nicht wirklich der Bedürfnisbefriedigung der Menschen und kann schlagartig »nichts mehr wert« sein.

Die Wirtschaft, die Geld benötigt und hervorbringt, ist in eine gänzlich neue Art von Krise geschlittert, gegen die sie sich zwar mit immer heftigeren und brutaleren Methoden aufbäumt, der sie jedoch nicht mehr entrinnen kann. Das ist leider auch das Problem von uns allen. Denn wir sind über die Kette Arbeiten – gehen – müssen – um – Geld – zu – verdienen – weil – wir – sonst – nicht – leben – können auf Gedeih und Verderb an diese Wirtschaft gefesselt. Es sei denn, wir finden einen Weg, uns eben dieser Wirtschaft zu entledigen.

»Unsere Wirtschaft« ist ein Kartenhaus

Die industrielle Revolution der Mikroelektronik macht mehr Arbeitskraft überflüssig als sie benötigt. Zudem sind die dafür nötigen hohen Investitionssummen von immer weniger Staaten und Unternehmen finanzierbar. Damit zerbricht das »Wirtschaftswunder« von Wachstum und Vollbeschäftigung endgültig. Weitere absehbare technologische Entwicklungen, Stichworte Bionik und Nanotechnologie, werden diesen Prozess in den nächsten Jahren noch mehr beschleunigen.

Anders als in der Nachkriegszeit bis zur Mitte der 1970er Jahre, als neue Produktionsmethoden und Produktivitätssteigerungen gleichzeitig steigende Gewinne, wachsenden Massenkonsum, Arbeitszeitverkürzung plus Lohnerhöhungen und sogar so etwas wie einen »sozialen Staat« möglich machten, geht heute in dieser Hinsicht nichts mehr (*Grafiken 1a bis 1c*). Die dritte industrielle Revolution hat mit der Mikroelektronik begonnen und wartet mit immer »effektiveren« Technologien auf. Gegen ihre Folgen helfen auch keine »geburtenschwachen Jahrgänge«, auf die manche noch ihre Zukunftshoffnungen setzen, und die übrigens der ohnehin stagnierenden Konsumnachfrage weiter zusetzen würden. Denn sie führt nicht nur dazu, dass immer mehr Arbeitskräfte überflüssig werden. Sie erhöht vor allem auch die Vorauskosten rentabler Produktion enorm (*Grafik 2*). Eine Fabrik der 1960er Jahre war relativ leicht und billig aus dem Boden zu stampfen: Man brauchte dazu in erster Linie Rohstoffe, vergleichsweise einfache Maschinen und eine Menge ungelernter Arbeitskräfte. Ein modernes, schlankes, schnelles und global vernetztes High-Tech-Unternehmen hingegen benötigt einen »guten Standort« mit moderner Infrastruktur und sehr viel Kredit, um die hohen Vorauskosten bezahlen zu können. Wer einmal rausfliegt, kommt nicht mehr ins Rennen. So fallen immer mehr Weltregionen, Unternehmen und Menschen als »unrentabel« aus dem Weltmarkt.

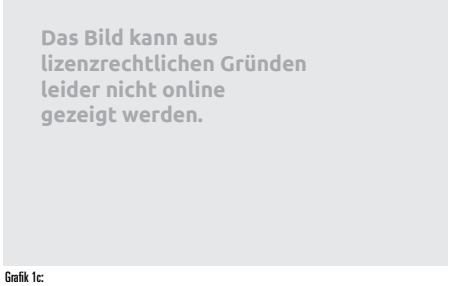
Die Mikroelektronik ermöglicht neben einer bisher ungekannten Globalisierung der Warenproduktion auch eine Globalisierung der Finanzmärkte. Staaten oder Staatenbünde wie die EU können nur auf ihrem Territorium Wirtschaftspolitik machen und Steuern eintreiben, Unternehmen hingegen sind im Prinzip auf der ganzen Welt mobil. Damit geraten die Staaten in gegenseitige Konkurrenz darum, wer Unternehmen den besten »Standort« bietet. Die hohe Arbeitslosigkeit wiederum schwächt die Gewerkschaften, die nun versuchen, Arbeitskraft um beinahe jeden Preis zu verkaufen. Diese allgemeine Konkurrenzsituation, die an die Erschöpfung des alten Wachstumsmodells der 1960er Jahre anschließt, führt zu Lohnkürzungen, Steuergeschenken an Konzerne und Absenkung von Umwelt- und Sozialstandards.

Der Staat hat zwar nichts an seiner Bedeutung für die (zunehmend repressive) Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Prozesses eingebüßt, aber seinen politischen Gestaltungsspielraum verliert er dennoch zusehends und dauerhaft. Der Traum von einer »Rückkehr zum Primat der Politik« – das tatsächlich nie bestand – als vermeintlichem Ausweg aus der Krise ist auf Sand gebaut.

Es geht nicht nur darum, dass eine »nationale Abschottung« nicht nur völlig rückwärtsgewandt, sondern auch gar nicht mehr realisierbar wäre. Alle Politik hängt immer am Tropf der »Finanzierung«. Deswegen kann auch keine Politik der Welt die »ökonomischen Notwendigkeiten« von Markt und Kapital aushebeln, egal, ob sie sich »neoliberal« oder »keynesianisch«, »angebots-« oder »nachfrageorientiert« gibt. Denn wie sähe eine Abkehr vom gegenwärtig dominierenden Neoliberalismus aus? Es wäre nur ein scheinbarer Ausweg (der in den USA übrigens bereits beschritten wird) und der letztlich alles nur noch schlimmer macht: Durch ständiges Schuldenmachen auf den globalisierten Finanzmärkten wird die Warenproduktion am Laufen gehalten. Kredite türmen sich auf Kredite, es wird auf Kosten einer fiktiven Zukunft gelebt, die so nie mehr eintreten wird. »Unsere Wirtschaft« ist schon längst ein Kartenhaus. Die Staatsverschuldung steigt und dies trotz aller verzweifelten Gegenwehr (*Grafik 3*), Aktienkurse blähen sich auf, Unternehmen rechnen sich auf ihren Konten durch bloße Finanzspekulation reich. Aktienboom und Kreditexzesse sind Fassade.

»Arbeit« und Geld – Menschen werden zu Waren

Die Lebenszeit, die wir zur Erlangung von Geld verausgaben müssen, nennen wir Arbeit. Kreativität, Gefühle, Anstrengung und Schmerzen verwandeln sich in eine einzige Zahl, die auf den Waren klebt. Auch auf den menschlichen Waren. Je kleiner die Zahl auf dem Preisschild, desto geringer ihr Gewicht am Markt. Alles wird zur Ware, sogar die Menschen. Wir sind zu Handlungen gezwungen, die ohne das Diktat des Wertes ganz unsinnig wären. Dazu gehört die »Arbeit«.



Grafik 1c:
Entwicklung der Arbeitslosenquoten. Datenquelle und Zeiträume siehe Grafik 1a.

Damit ist nicht etwa nötige, sinn- und lustvolle Tätigkeit gemeint, sondern eben jenes Arbeiten – gehen – müssen – um – Geld – zu – verdienen – weil – wir – sonst – nicht – leben – können. Für das Funktionieren »unserer Wirtschaft« ist es prinzipiell egal, ob wir dabei Schokolade oder Atombomben produzieren, Baupläne zeichnen oder die Umwelt zumüllen. Es interessieren allein ihre Verwertungsmöglichkeiten. Und die werden heute tendenziell immer schlechter.

Da die Produktion des Werts immer von »Arbeit« abhängt, kann Geld nicht beliebig produziert und verteilt werden. Was nicht heißt, dass dies nicht immer wieder versucht wurde und wird. Doch dieser vermeintliche Ausweg rächt sich früher oder später unerbittlich im Geldwertverfall. Denn vor dem Gericht des Werts gilt letztlich nur der Geldgewinn, der auch tatsächlich verausgabter Arbeitskraft entspricht. Deshalb gehen unrentable Unternehmen in Konkurs, auch wenn sie sich eine Zeitlang durch Kredite und Bilanztricks über Wasser halten können; deshalb kommen Wirtschaften in die Krise, die sich jahre- und jahrzehntelang durch Staatsverschuldung über die Runden retten konnten; deshalb platzen aufgeblähte Aktienblasen, die noch vor kurzem als ewig sprudelnde Geldquellen gegolten hatten.

Das Geld gehört zum Kartenhaus dazu

Oberflächlich betrachtet ist Geld ein »neutrales Medium«, das man für »gute« oder für »schlechte« Zwecke einsetzen kann. Aber dem ist nicht wirklich so. Denn Geld folgt den Gesetzen »unserer Wirtschaft«. So zieht z.B. jede Forderung nach mehr Geld zwangsläufig vielfältige ökonomische Folgen nach sich, die »hinten wieder einreißen, was vorne aufgebaut wurde«. Und sie baut auf zerstörerisches Wirtschaftswachstum.

Aus Täuschung über Solidität und Zukunftsfähigkeit der »monetären Steuerung« tauchen eine Reihe illusionärer Forderungen auf: Es soll eine Umsatzsteuer auf Devisen (Tobinsteuer) eingeführt und Gewinne sollen wieder stärker besteuert werden. Oasen für Steuerverweigerer sollen ausgetrocknet werden. Durch Umverteilung der Gewinne an Beschäftigte und Staat soll das Wirtschaftswachstum angekurbelt werden, damit wieder mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Bei allem Verständnis dafür, dass man, solange man sich auf dem Boden der immanenten Logik »unserer Wirtschaft« bewegt, fast zwangsläufig derartige Forderungen stellen muss: Unabhängig von ihren sehr geringen Erfolgsaussichten (*mehr dazu unten*), sollten wir uns zunächst einmal darüber im Klaren sein, dass sie alle ein Wirtschaftswachstum benötigen, das von der Ausbeutung der »Dritten Welt«, der Zerstörung der Natur und der Unterdrückung der Frauen abhängt. Sie bewegen sich auf einem Boden, der verbrannte Erde ist, auf dem keine Gärten, sondern Not und Verzweiflung wachsen.

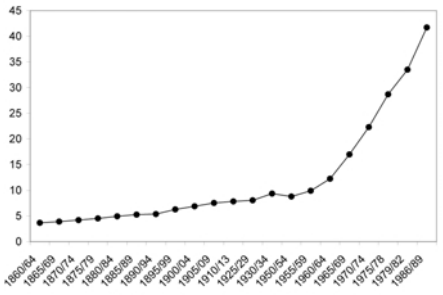
Außerdem sollte man auch die unmittelbar ökonomi-

Fortsetzung auf Seite 12

FORTSETZUNG VON SEITE 11

schen Rahmenbedingungen für solche Forderungen nicht übersehen, damit man nicht der Täuschung unterliegt, man könne damit die Situation wirklich und dauerhaft zum Besseren wenden. Denn sie führen in der Realität zu widersprüchlichen oder unerwünschten Folgen. Die Tobinsteuer etwa bringt keine der erhofften Einnahmen, wenn sie ihr Ziel, den Devisenumsatz zu verringern, erreicht. Sollte sie ihr Ziel verfehlen und in Folge Einnahmen bringen, würden diese sicherlich nicht wie gefordert für arme Länder gespendet, sondern für die Konkurrenzfähigkeit des eigenen Wirtschaftsstandorts ausgegeben. Bringt die Tobinsteuer tatsächlich die Finanzspekulation in Schwierigkeiten, so verschärft sie die Wirtschaftsprobleme, die sie gerade mildern soll.

Denn Produktion und Spekulation sind heute – entgegen weit verbreiteter Meinung – weniger denn je ein Gegensatz. Schon früher wurden Waren nur wegen der Spekulation auf Geldgewinn produziert. Spekulation ist nicht etwa Folge von Raffgier, sie ist vielmehr prinzipiell in »unserer Wirtschaft« angelegt. In Form der Finanzspekulation ist sie heute selbst zu einer Voraussetzung der Warenproduktion geworden. Ohne die aufgeblähten Finanzmärkte und die dazugehörige Finanzspekulation wäre heute noch weit weniger an Produktion finanzierbar. Deshalb leidet »unsere Wirtschaft« nach dem teilweisen Platzen der New-Economy-Blase unter Wachstumseinbußen, und verwandelten sich die »aufstrebenden Märkte« Osteuropas, Südamerikas und Südostasiens nach ihren Finanzkrisen in »niedergehende Märkte«, deshalb ist die Weltwirtschaft von der scheinbar grenzenlosen US-Verschuldung abhängig und kann es sich kein Staat der Welt auf Dauer leisten, auch nur das Wachstum der Schulden einzuschränken.



Grafik 2:
Entwicklung der Kapitalintensität in Deutschland. Kapitalintensität: 1000 Mark/Beschäftigtem, zu konstanten Preisen von 1913. Daten für 1935–1938 fehlen.
Aus: Wilhelm Heinrichsmeyer, Oskar Gans, Ingo Evers: »Einführung in die Volskwirtschaftslehre«, 1993.

Die Austrocknung der Steueroasen wiederum scheitert an der weltweiten Standortkonkurrenz. Wird eine Steuerinsel geschlossen, so legt das Geldkapital eben an einer anderen an. Eine dauerhafte Erhöhung der Gewinnsteuern ist ebenfalls nicht machbar. Heute sind die Investitionssummen bereits für kleinere Produktionsvorhaben enorm, bringen aber trotzdem kaum noch Arbeitsplätze. Eine Erhöhung von Gewinnsteuern würde also bestenfalls vorübergehend etwas mehr Geld in die öffentlichen Kassen bringen, langfristig jedoch Investitionen verhindern. Es ist zu kurz gegriffen, dies als »neoliberale Ideologie« abzutun, die ja selbst nur die Reaktion auf eine tiefe Krise Ende der 1960er und Anfang der 1970er darstellt, als die Profite in der Warenproduktion schrumpften, viele Menschen gegen Fabrik und Staat rebellierten, Rohstoffpreise anstiegen und die internationale »Befriedungsmacht« der USA aus ökonomischen Gründen ins Wanken geriet.

Es handelt sich also vielmehr um ein höchst reales Problem, mit dem »unsere Wirtschaft« immer weniger umgehen kann. Die Umlegung von Managergehältern zur Schaffung von Arbeitsplätzen wäre nur ein lächerliches Tröpfchen auf den heißen Stein. Staatssubventionen werden heute zwangsläufig großteils nicht in Arbeitsplätze, sondern in Wegrationalisierung derselben investiert. Die Binnennachfrage hat in der globalisierten Wirtschaft nicht mehr dieselbe Bedeutung wie früher, eine Ankurbelung des Massenkonsums hätte folglich äußerst beschränkte Wirkung. Viele Märkte der Weltmarktzentren, wo schon heute auf zwei Menschen ein Auto und vier Handys kommen, sind weitgehend gesättigt. Warum sonst fliegt der deutsche Kanzler am laufenden Band mit einem Airbus voll Wirtschaftsleuten nach China?

Ware, Wert und Geld – ein Fetisch regiert unser Leben

Dass die Wirtschaft, die Geld hervorbringt und benötigt, nicht mehr aus der Krise findet, hat seine Ursachen. Geld ist Ausdruck des unsinnlich-abstrakten Werts, des eigentlichen Bindemittels »unserer Wirtschaft«. Deren einziger Zweck ist es, alles dafür zu tun, dass sich jener immer wieder selbst verwertet, also vermehrt. Alles, was dem im Wege steht, sei es Mensch oder Natur, kommt dieser Wirtschaft früher oder später unter die Räder.

»Geld ist doch nicht schlecht«, hört man oft. »Solange ich genug davon habe«, wird manchmal noch eingeschränkt. Das aber ist der springende Punkt. Geld hat eben nicht jeder und nicht im gleichen Ausmaß. Hätten alle genug Geld, würde es keines geben. Geld heißt Ausschluss.

Die auf Wert und Geld beruhende Wirtschaft bedeutet: Entweder es gibt genug zu kaufen, doch viele Menschen haben nicht genug Geld, um das auch zu tun. Oder es gibt zwar genug Wissen, Rohstoffe und Maschinen zur Befriedigung aller Bedürfnisse, doch es wird trotzdem nicht ausreichend produziert, weil nicht genug Profit abfällt. Das kann soweit gehen, dass Menschen neben intakten Produktionsanlagen und fruchtbaren Äckern verhungern.

Der Grund für diese menschenfeindliche Form »unserer Wirtschaft« liegt darin, dass Produktion und Verteilung von Gütern nicht gesellschaftlich abgesprochen werden, so wie das bei der heutigen globalen Vernetzung des Lebens möglich wäre. Stattdessen »regelt« der Wert diese Fragen. Isolierte Menschen»atome« treten durch Warentausch und Geld in eine unkoordinierte, zerbrechliche und letztlich gewalttätige Form von »Beziehung«. Geld symbolisiert dabei den abstrakten ökonomischen Wert, den die einzelnen Waren darstellen. Wertzuwachs, Wertverlust, Wertberichtigung, Wertpapiere, Wertschöpfung und Wertanlage – schon die Umgangssprache zeigt, dass es beim Geld im Kern um den Wert geht. Dieser Wert ist nichts handgreiflich Erfahrbares. Gute Luft, menschliche Freude, volle Mägen und schöne Häuser gelten ihm prinzipiell gar nichts. Für ihn zählt allein, ob und wie er sich verwerten kann.

Schluss mit dem Leben im Kartenhaus

Es ist kein Zufall, dass sich Politiker und Parteien immer ähnlicher werden. Eine »andere Politik« ist im Wesentlichen nicht mehr möglich. Was wir brauchen, ist eine andere Art des Wirtschaftens.

Grafik 3:
Entwicklung der Staatsschulden Deutschlands. In Prozent des Bruttosozialprodukts.
Aus: Norbert Reuter: »Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität«, 1998.

Leichter gesagt als getan. Auch bekennen wir, dass wir keine fertigen Lösungen haben. Klar ist aber, dass Geldforderungen keine Perspektive mehr eröffnen, sofern sie nicht von der Suche nach Wegen aus der Falle des abstrakten Geldreichtums getragen werden.

Finanzierbarkeit ist kein Kriterium für uns. Unsere Sprache ist eine andere als die der Rentabilität. Hoffnungen in die Geldwirtschaft liegen uns fern. Gerade deshalb kennen unsere Geldforderungen kein Tabu. Der Standort mag untergehen und das Wachstum soll versiegen. Bis dahin verlangen wir Geld, das uns vorerst noch ein Überleben in der Geldwirtschaft ermöglicht. Eine soziale Emanzipationsbewegung muss sich mittelfristig jedoch um den konkreten Reichtum kümmern, dessen Voraussetzungen in Fülle vorhanden sind. Um schöne Häuser und gesunde Lebensmittel, umfassende Entfaltungsmöglichkeiten für jedeN und ein gutes Leben für Alle. Testen wir aus, wie wir uns dies alles direkt aneignen können. Stehen wir auf gegen die Zumutungen einer Wirtschaft, die – bei Licht besehen – alles andere als die »unsere« ist.●

Links und Literatur zum Weiterlesen:
www.streifzuege.org
www.krisis.org
www.social-innovation.org
www.geldlos.at
www.umsonstladen.de

Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW Bd.42, Dietz-Verlag Berlin
Gruppe Krisis: »Manifest gegen die Arbeit«, erhältlich über www.krisis.org
Ernst Lohoff, Norbert Trenkle, Maria Wölflingseder, Karlheinz Lewed (Hg.): »Dead Men Working – Gebrauchsanweisungen zur Arbeits- und Sozialkritik in Zeiten kapitalistischen Amoklaufs« ISBN 3-89771-427-2

Die Verbreitung dieses Textes ist ausdrücklich erwünscht. Er ist auch im Internet als pdf-Datei (als Flugschrift gestaltet, inklusive der Grafiken) herunterzuladen:
www.streifzuege.org

Hat Ihnen der Text gefallen? Reizt er zum Widerspruch? Sagen Sie uns die Meinung:
GutesLeben@streifzuege.org

TOBIN-STEUER

Die Tobin-Steuer ist die Idee einer Steuer auf internationale Devisengeschäfte, genauer die Besteuerung kurzfristiger Spekulationen mit ausländischen Währungen zum Beispiel im Interbankenhandel, welche 1972 von James Tobin, Nobelpreisträger für Wirtschaft, vorgeschlagen wurde. Auf diese Weise sollte es ermöglicht werden, Finanzspekulationen einzudämmen, die vor allem kleineren Wirtschaftssystemen mit »schwachen« Währungen große Probleme oder gar Katastrophen bereiten.

Der von Tobin erdachte Steuersatz dafür liegt extrem niedrig (zwischen 0,05 und ein Prozent). Besteuert würden alle grenzüberschreitenden Geldtransfers mit dieser einheitlichen Steuerlast. Für den Laien mag der von Tobin vorgeschlagene Steuersatz zu niedrig erscheinen, um wirklich etwas bewirken zu können. Tatsächlich sind für Devisenhändler aber selbst vier Stellen hinter dem Komma (genannt Pip) relevant. Da es sich beim spekulativen Devisenhandel oft um das so genannte second trading oder minute trading handelt, wirkt sich eine Besteuerung auf die Geschäfte eines Traders also stark aus.

Die frühere Forderung Tobins nach einer Umverteilung von Kapital mittels der Besteuerung des Devisenhandels wurde von den Globalisierungskritikern, speziell von Attac, aufgegriffen. Attac schlägt die Einrichtung einer übernationalen Organisation vor, die mit den Einnahmen Umweltprojekte in den Entwicklungsländern fördern soll.

Tobin selbst hat sich in den letzten Jahren seines Lebens von der Mehrheit der Befürworter der Tobin-Steuer distanziert, unter anderem weil er seinen Namen von den globalisierungskritischen Bewegungen vereinnahmt sah und weil die Diskussion in wesentlichen Punkten und Zielsetzungen von seinem ursprünglichen Konzept abweicht, das die Steuerung von Devisenströmen im Blick hat und nicht die Finanzierung von Entwicklungshilfe.

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

DAS »LIVING THEATRE«

DVD-Projekt braucht Unterstützung

Freie KünstlerInnen haben es immer schwer, und je umfassender die Produktionsmittel sind, desto schwieriger ist es oft Projekte zu realisieren. Dies gilt heute besonders in der Medien- bzw. Filmbranche. Noch schwieriger wird es, wenn es sich bei einem Filmprojekt nicht gerade um eine Komödie oder sonstige Gefälligkeitsunterhaltung geht, sondern um einen Dokumentarfilm, der von einem anderen unabhängigen Kunstprojekt, nämlich dem legendären Living Theatre handelt.

Die Regisseure Dirk Szuszies (selbst ehemals Mitglied des Living Theatre) und Karin Kaper realisierte ihre Dokumentation im Jahre 2003 mit Belgischer Hilfe, weil sich schändlicher Weise in Deutschland niemand fand, nicht mal einer der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die bereit waren diesen Film finanziell zu unterstützen. 2004 fand dann die Premiere in Kiel statt, dem Geburtsort der mittlerweile 80jährigen Judith Malina, die mit dem Maler und Poeten Julien Beck (gestorben 1985) das Living Theatre 1947 gründete.

Und während sich die CDU-Oberbürgermeisterin von Kiel weigerte die aus New York anreisende Judith Malina zu empfangen, machte der Film »Resists – Ein Traum vom Leben« auch ohne große Unterstützung Furore. Seitdem lief er auf über 40 Filmfestivals, erhielt

Preise und wird von der Kritik – zu recht – hoch gelobt. Und trotzdem findet sich in Deutschland kein Verleih für diesen Film und die Regisseure stellten auf eigene Kosten 35mm-Kopien her und brachten ihn so auch in die deutschen Kinos. Kurioserweise wurde auch beim Verleih eine Förderung (für die Untertitel usw.) abgelehnt, da es sich ja hier um einen belgischen Film handelt (das Hauptmann-von-Köpenick-Syndrom).

Anlässlich des 80. Geburtstages von Judith Malina, wurde nun noch mal der Film am 8. Juni in der (West-)Berliner Akademie der Künste gezeigt. Vor einem sehr bunten und sehr zahlreichen Publikum – vom jugendlichen Punk über den Althippie bis zum Kulturkonsument in Abendgarderobe war alles vertreten – erlebte der Mythos von einer freien Theaterarbeit, einem anarchistisch-pazifistischen Kunstprojekt, noch einmal eine Widergeburt. Das Living Theatre ist heute mit einem Ableger in Italien auch weiterhin Aktiv, und Judith Malina überzeugt immer noch mit Spielfreude und anarchistischem Statement den ungebrochenen Willen zu einer kollektiven Theaterarbeit. Ihr jetziger Ehemann und Mitakteur (denn das Private ist politisch...) Hanon Reznikov überraschte sie mit der Nachricht, dass das Living Theatre in New York wieder eine feste Spielstätte eröffnen wird, was die Malina dazu ermunterte mit ihren 80 Jahren einen kämpferischen Optimismus zu versprühen.

Der /die Filmemacher/in planen jetzt eine DVD, die neben dem großartigen Film noch weiteres Material beinhalten soll. Da dies wieder nur aus eigener Kraft realisiert werden kann, rufen sie alle interessierte Menschen auf, die DVD bereits jetzt zu bestellen und möglichst im Voraus zu bezahlen, was bei einem Preis von 25 Euro (inkl. Versand) ein durchaus korrekter Preis, und eine machbare Unterstützung ist.

Dieses Projekt ist nicht nur für KünsterInnen interessant, es ist auch ein Beitrag zur libertären Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg. Bestellt die DVD was das Zeug hält!●

Gantenbein

Kontakt:
Karin Kaper Film, Naunynstr. 41 a, D-10999 Berlin
e-mail: kaperkarin@web.de
Internet: www.karinkaper.com

Mehr über das Living Theatre findet sich im Internet z.B. auch bei www.Wikipedia.de

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

NOVELLIERUNG DES GENOSSENSCHAFTSGESETZES

Bundestag beschließt Erleichterungen für genossenschaftliche Neugründungen

Der Bundestag hat am Freitag, den 19. Mai 2006 die Neufassung des Genossenschaftsrechts in zweiter und dritter Lesung beschlossen. Das Gesetz hat inzwischen auch den Bundesrat passiert, so dass es wie geplant am 18. August 2006 in Kraft treten kann.

Burchard Bösche, Red. Genossenschaften ● In den Debatten um die Neufassung des Genossenschaftsrechts hat der eigentliche Anlass, die Einführung der europäischen Genossenschaft (SCE), so gut wie keine Rolle gespielt, auch zuletzt im Bundestag nicht. Dem entspricht die große Unsicherheit, welche Bedeutung die SCE in der Praxis erlangen kann. Der Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK) geht davon aus, dass sich bald ein nicht unbeträchtlicher Bedarf herausstellen wird, aber warten wir es ab.

Zu den wichtigsten Veränderungen gehören die Erleichterungen für Kleinstgenossenschaften. Bei Genossenschaften mit bis zu zwanzig Mitgliedern kann künftig durch entsprechende Satzungsbestimmung auf den Aufsichtsrat verzichtet und ein einköpfiger Vorstand eingeführt werden. Außerdem reichen künftig drei Mitglieder statt bisher sieben, um eine Genossenschaft zu gründen.

Prüfung kleiner Genossenschaften

Bis zuletzt waren die beabsichtigten Erleichterungen der Prüfung für kleine Genossenschaften umstritten. Die Lösung sieht so aus: Kleine Genossenschaften werden von der besonderen Jahresabschlussprüfung gemäß § 53 Abs. 2 GenG ausgenommen. Die Schwellenwerte sind 2 Mio. Euro Umsatz und 1 Mio. Euro Bilanzsumme, die beide überschritten werden müssen, um die Prüfungspflicht für den Jahresabschluss auszulösen. Nach Angaben der Prüfungsverbände wird damit etwa die Hälfte der Genossenschaften aus der besonderen Jahresabschlussprüfung herausfallen. Diese Regelung hat Folgen auch bei Erleichterungen der Berichterstattung und bei der Einschränkung der aufwändigen externen Qualitätssicherung, der die Prüfungsverbände unterliegen.

Beim ZdK wurde ein Papier über die »Verbesserung und Verbilligung der Prüfung kleiner Genossenschaften« erstellt, das auf Anforderung zugeschickt wird. In diesem Papier wird versucht, abzuschätzen, welche Auswirkungen die geänderten Prüfungsregeln auf den Prüfungsumfang und die Prüfungskosten haben können. Auf jeden Fall ist ein Informationsaustausch zwischen den kleinen Genossenschaften nötig, um eine Veränderung gegenüber dem gegenwärtigen Zustand zu bewirken. Wenn man bedenkt, mit welcher Vehemenz einzelne Prüfungsverbände sich gegen die jetzt beschlossenen Erleichterungen für kleine Genossenschaften ausgesprochen haben, wird man leider erwarten müssen, dass eine Verringerung der Prüfungskosten nicht immer von selbst zustande kommt, sondern dass es vielmehr des aktiven Einsatzes der Genossenschaftsvorstände und -aufsichtsräte bedarf.

Soziale und kulturelle Zwecke

Seit über hundert Jahren steht im Genossenschaftsgesetz, dass die Genossenschaft dem »Erwerb und der Wirtschaft« ihrer Mitglieder dient. Diese enge Formulierung gab immer wieder zu Zweifeln Anlass, wenn die Genossenschaft kulturelle und soziale Ziele verfolgen sollte, beispielsweise bei Schulen oder einem Theater. Das hatte Rückwirkungen auf die Anerkennung der Gemeinnützigkeit. Mit der neuen Formulierung sind diese Fragen nun geklärt. Einfacher wird mit der neuen Formulierung auch die Umwandlung von eingetragenen Vereinen in eingetragene Genossenschaften.

Klargestellt wurde, dass die Genossenschaft in ihrer Satzung vorsehen kann, dass die Mitglieder zu laufenden Geldzahlungen verpflichtet sind für Leistungen, die die Genossenschaft ihren Mitgliedern erbringt oder zur Verfügung stellt. Dies ist von Bedeutung für kulturelle Einrichtungen wie Museen oder Kinos, aber auch für Taxizentralen. Bislang war in der juristischen Literatur umstritten, ob derartige Pflichten durch die Satzung begründet werden können.

Rückkehr zur Generalversammlung

Heftig umstritten war die Frage, ob bei Genossenschaften mit Vertreterversammlung eine Generalversammlung einberufen werden kann, die darüber entscheidet, dass die Vertreterversammlung abgeschafft und durch die Generalversammlung ersetzt wird. Das Gesetz sieht diese Möglichkeit vor, stellt aber eine hohe Hürde auf, da ein Antrag auf Einberufung einer derartigen Generalversammlung von 10% der Mitglieder unterstützt werden muss. Die Mitglieder, die die Einberufung verlangen, haben das Recht, auf dieser Generalversammlung zu sprechen. Dieses Recht kann allerdings durch die Satzung beschränkt werden. Weitere Veränderungen in diesem Zusammenhang:

- Restbefugnisse der Generalversammlung: Auch bei bestehender Vertreterversammlung kann die Satzung vorsehen, dass bestimmte Befugnisse der Generalversammlung vorbehalten werden.
- Virtuelle Generalversammlung: Die Möglichkeit der Abstimmung per Internet bei der Generalversammlung ist eingeräumt worden. Dazu bedarf es Satzungsregeln, die auch die Einzelheiten des Verfahrens regeln müssen. Dies ist notwendig, um ein ordnungsgemäßes Verfahren zu gewährleisten. Bei der Konzeption der »Virtuellen Mitgliederversammlung« war der ZdK Vorreiter.
- Bekanntmachung der Tagesordnung der Vertreterversammlung im Internet: Die Tagesordnung der Vertreterversammlung ist entweder im Internet oder in den Genossenschaftsblättern bekannt zu machen.
- Die bisherige Praxis, das zusammengefasste Prüfungsergebnis der genossenschaftlichen Prüfung in der Generalversammlung zu verlesen, ist nun gesetzlich geregelt.

Anreize zur Eigenkapitalausstattung

Durch die Satzung kann bei Genossenschaften ein Mindestkapital (wie bei der GmbH) eingeführt werden, bei dessen Unterschreitung keine Auseinandersetzungsguthaben mehr ausgezahlt werden. Diese Regelung ist vor allem für die Genossenschaftsbanken interessant, soweit sie internationale Rechnungslegungsvorschriften anwenden. Es sind aber auch Rückwirkungen bei kleinen Genossenschaften denkbar, die die Prüfungspflicht betreffen. Denn das Hauptargument für die weitergehende genossenschaftliche Prüfungspflicht war immer, dass die Genossenschaften anders als die Kapitalgesellschaften kein Mindestkapital hätten.

Außerdem wurde die neue Mitgliedergruppe der »investierenden Mitglieder« eingeführt, die der Genossenschaft nicht beitreten, weil sie deren Angebote nutzen wollen, sondern denen es um die Geldanlage geht. Diese Vorschrift eröffnet interessante Differenzierungsmöglichkeiten zwischen verschiedenen Mitgliedergruppen, die aber noch nicht zu Ende gedacht sind. Auch bisher gab es schon bei vielen Genossenschaften »fördernde Mitglieder«.

In Richtung Verbesserungen der Eigenkapitalausstattung können auch Veränderungen beim Mehrstimmrecht und Kündigungsfristen in Unternehmergenossenschaften interpretiert werden. In Genossenschaften, die zu mehr als drei Vierteln aus Unternehmern bestehen (also nicht in Konsum-, Wohnungs- und Kreditgenossenschaften) kann künftig durch die Satzung ein weitgehend unbeschränktes Mehrstimmrecht eingeräumt werden. Die Kündigungsfristen in Unternehmergenossenschaften können durch die Satzung bis auf zehn Jahre ausgedehnt werden, wenn alle Mitglieder Unternehmer sind.

Aufsichtsrat und Vorstand

Künftig kann durch die Satzung uneingeschränkt vorgesehen werden, dass Vorstandsmitglieder durch den Aufsichtsrat nicht nur bestellt, sondern auch abberufen werden. Der Aufsichtsrat benötigt für die Führung von Prozessen gegen Vorstandsmitglieder nicht mehr die Zustimmung der Generalversammlung. Wie im Aktienrecht hat künftig auch ein einzelnes Aufsichtsratsmitglied einer Genossenschaft das Recht, einen Bericht vom Vorstand zu verlangen, allerdings nur an den Aufsichtsrat, nicht allein an das betreffende Aufsichtsratsmitglied. Es ist nicht mehr erforderlich, für das Auskunftsverlangen einen Beschluss des Aufsichtsrates herbeizuführen.

Gehören der Genossenschaft juristische Personen oder Personengesellschaften an, so können deren Vertreter (gesetzliche und rechtsgeschäftliche) künftig in den Aufsichtsrat oder den Vorstand gewählt werden.

Nach der Novellierung ist vor der Novellierung

Bei dieser Genossenschaftsreform sind erstaunlich viele Punkte in großem Konsens verändert worden. Groß sind daher auch die Erwartungen an die Wirkung der Neuregelungen. Es wird anhand der Zahlen der Genossenschaften und der Beschäftigten des Genossenschaftssektors zu überprüfen sein, ob es gelungen ist, den langen Trend des Niedergangs umzukehren. Reicht die Reform nicht aus, weil die Rechtsformkosten im Vergleich zu anderen Gesellschaftsformen immer noch zu hoch sind, wird man an einer neuen Überprüfung nicht vorbei kommen.●

Burchard Bösche ist Rechtsanwalt und geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Zentralverbands deutscher Konsumgenossenschaften e.V., Hamburg

Anzeige

282 Seiten, zahlreiche Abbildungen, Karin Kramer Verlag Berlin, Mai 2006, 19,80 Euro, ISBN 3-87956-307-1
Leseprobe: www.karin-kramer-verlag.de/lp/307-1-lp.html

Anarchismus ist nichts Vergangenes. Auch heute versuchen Anarchistinnen und Anarchisten vieler Länder ihre Utopie von einem Leben ohne Chefs und Staat zu verwirklichen. Was bedeutet für sie Anarchie? Wovon träumen sie? Welche Perspektiven sehen sie? Das sind Fragen, auf die sich in diesem Buch einige Antworten finden lassen.
Portraitiert werden die Anarchafeministinnen Marianne Enkkell, Marie-Christine Mikhailo, Ilse Schwipper und Monika Grosche, der Filmemacher Peter Lilienthal, der Ex-*Cochise*-Sänger Pit Budde, Klaus der Geiger, das Poetenduo Ralf Burnicki und Michael Halfbrodt, das Kabarettensemble *Der Blarze Schwock*, Hanna Mittelstädt und Lutz Schulenburg von der *Edition Nautilus*, Karin und Bernd Kramer vom *Karin Kramer Verlag*, Wolfgang Haug vom *Schwarzen Faden*, Helga Weber und Wolfgang Zucht vom *Verlag Weber & Zucht*, Wolfgang Hertle vom *Archiv Aktiv*, der *Graswurzelrevolution*-Redakteur Bernd Drücke, der Totale Kriegsdienstverweigerer Osman Murat Ülke, der Schriftsteller Horst Stowasser und der Kommunarde Uwe Kurzbein.
Das, was sie umtreibt, kann Inspiration und Ermutigung sein für alle, die sich für die Idee der Anarchie begeistern.

Karin Kramer Verlag
Niemetzstr. 19, 12055 Berlin.
Tel.: 030/6845055; Fax: 030/6858577
E-Mail: info@karin-kramer-verlag.de
www.karin-kramer-verlag.de

BUNDESVERBAND ZUR FÖRDERUNG DES GENOSSENSCHAFTSGEDANKENS:

Renaissance für Genossenschaften?!

**»Neue Genossenschaften braucht das Land – aber wie?« – auf diese vom Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. im vergangenen Jahr noch einmal plakativ gestellte Frage hat der Gesetzgeber jetzt eine Antwort gegeben.
Am 19. Mai 2006 verabschiedete der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Einführung der Europäischen Genossenschaft und zur Änderung des Genossenschaftsrechts mit den Stimmen von CDU/ CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von FDP und Linksfraktion.**

Alle Fraktionen im Bundestag gaben dabei zu Protokoll, welch hohe Bedeutung sie dem Genossenschaftswesen beimessen und dass sie für neue und für mehr Genossenschaften eintreten. Der Bundesverein fordert die Bundesregierung und den Bundestag auf, es nicht bei der Verbesserung der gesetzlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu belassen. Ein noch andauernder Rückgang der Zahl der eingetragenen Genossenschaften von 52.000 im Jahre 1930 auf heute rd. 8.000, und zwar hauptsächlich bedingt durch Fusionen und kaum durch Insolvenzen, hat zu einem bedenklichen Wissens- und Bedeutungsverlust hinsichtlich des Genossenschaftsgedankens geführt.

Ohne eine breit angelegte massive Informations- und Bildungsarbeit auf allen Ebenen wird es nur schwerlich eine wirkliche Renaissance des Genossenschaftsgedankens und damit in nennenswertem Umfang neue Genossenschaften geben. »Genossenschaften sind Kinder der Not« heißt es. Viele, wenn auch nicht alle Genossenschaften sind vor allem in wirtschaftlich schwierigen Zeiten entstanden, in denen Menschen zur Selbsthilfe schritten, weil mit dem Einkommen kein Auskommen war, oder um sich gemeinschaftlich überhaupt ein Erwerbseinkommen zu erarbeiten. Unter »Not« fielen aber auch quantitative wie qualitative Defizite an Dienstleistungen und Einrichtungen in allen möglichen Lebensbereichen.

Die gegenwärtige Diskussion über die Bürger- bzw. Zivilgesellschaft in einer wiederum schwierigen Zeit eröffnet dem Genossenschaftsgedanken neue, interessante Perspektiven. Der Bundesverein ist überzeugt, dass in der Unternehmens- und Rechtsform der Genossenschaft mit ihren Wesenmerkmalen gemeinschaftliche Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstorganisation sowie einer demokratisch strukturierten Beteiligung der Mitglieder ein besonderes Potenzial zur Lösung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Probleme angelegt ist.●

Weitere Informationen und ein Antrag auf Mitgliedschaft beim Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedanken unter:
www.genossenschaftsgedanke.desowie
pro-geno@t-online.de.

Anzeige

Einführung in den Anarchismus

Die Ideengeschichte des Anarchismus reicht mittlerweile über 200 Jahre zurück, und er hat immer noch, vor allem für jüngere Menschen, eine große politische Attraktivität. Die Klassiker des Anarchismus waren aber fast alle in der Zeit von 1850 bis 1950 aktiv. Hans Jürgen Degen und Jochen Knoblauch legen mit ihrem Buch nun eine Einführung in die Ideen- und Bewegungsgeschichte des historischen Anarchismus vor. Sie definieren, dass AnarchistInnen gegen Staat, Zentralisierung, Hierarchien, Kapitalismus, Rassismus und Sexismus seien, lehnen aber sympathischerweise eine verbindliche inhaltliche Anarchismusdefintion ab. Genauso halten die beiden einen Anarchismus ohne den Bezug auf seine klassischen Werke für möglich. Im ersten Kapitel stellen sie neun KlassikerInnen vor. Der zeitliche Bogen reicht hier von William Godwin (1756 bis 1836) über Max Stirner und Michail Bakunin bis zu Emma Goldmann (1869 bis 1940) und Rudolf Rocker (1873-1958). Dann widmen sie sich einigen wichtigen Feldern der inhaltlichen Debatte: Staat, Demokratie und Kapitalismus, Gewerkschaft, Gewalt und (Anti-)Militarismus.

Im letzten großen Kapitel wird die Rolle und die praktische Bedeutung des Anarchismus in revolutionären Zeiten referiert, wie der Pariser Kommune, der russischen Revolution, der mexikanischen Revolution 1910 bis 1920, der Münchner Räterepublik 1919 und selbstverständlich der Spanischen Revolution 1936 bis 1939.

An dem Band fällt zuerst auf, dass der Anarchismus außerhalb von Revolutionen, seien es Arbeitskämpfe der historischen Arbeiterbewegung oder Kommunen und andere Wohn- und Arbeitsprojekte des neueren, sich den neuen sozialen Bewegungen zuordnenden Anarchismus, fehlt. Wie überhaupt neuere Debatten nach 1945 unverständlicherweise kaum vorkommen. Jede weitergehende Beschäftigung mit dem Anarchafeminismus wird ebenso vermieden und dadurch ein wichtiger Strang des Anarchismus ausgeblendet. Für eine aktuelle Weiterentwicklung des Anarchismus, die ja durchaus stattfindet, trägt es leider nichts bei. Dabei gibt es mit dem nordamerikanischen Öko-Anarchismus und libertären Kommunalismus, dem Zapatismus der EZLN oder den Debatten um einen Anarchismus in der Postmoderne relevante Beiträge, die aufgreifbar gewesen wären. Dieser Band verstärkt leider das Bild des Anarchismus als einer politischen Bewegung, die ihre Vorbilder vor allem in der Vergangenheit hat. Es ist etwas befremdlich, dass die Autoren in ihrem Vorwort »Pseudo-Bedürfnisse« kritisieren und an »die Vernunft des Menschen« appellieren.●

Bernd Hüttner

Hans Jürgen Degen, Jochen Knoblauch: Anarchismus. Eine Einführung, 214 S., 10 EUR, Schmetterling Verlag, Stuttgart 2006

Die Bücher in Bakunins Koffer

Es liegt in der Natur der Sache, dass ein Forschungsgegenstand mit zunehmender Zeit immer mehr preisgibt – meistens jedenfalls. Wenn die Chancen um die Bakuninforschung in Deutschland heute gut stehen, dann liegt das sicher zum Einen an den politischen Verhältnissen, die heute mehr Archive öffnen, als vielleicht noch zu Zeiten des Kalten Krieges, und zum Anderen an einem Forscher, der nicht locker lässt, und dessen Akribie sprichwörtlich ist: Wolfgang Eckhardt.

So spricht weniger eine mehrfache Verwertung an Texten zu und über Bakunin von Eckhardts publizistischen Geltungsdrang, als vielmehr sein stetig wachsendes Wissen um die Person Bakunins, samt dessen Zeitgeschehen. Und außerdem der Wunsch dieses Wissen mit einem größeren Publikum zu teilen, als es im Normalfall bei Fachzeitschriften etc. möglich ist. So ist nun der vorliegende Band »Von der Dresdner Mairevolution zur Ersten Internationale entstanden. Untersuchungen zu Leben und Werk Michail Bakunins« sind zwar mit (vor allem in der »IWK«) bereits erschienen Beiträgen bestückt, aber sie wurden durchweg aktualisiert und entsprechend überarbeitet, so dass sie auch für jemanden, der oder die den einen oder anderen Beitrag schon kennen sollte, trotzdem durchaus noch neues, bzw. präziseres zu bieten haben.

Ob es nun um die Bakunin-Biographie von 1996 (aus: Lexikon der Anarchie) ist, oder die Eckhardtsche Kritik an der Bakunin-Biographie von Madeleine Grawitz »Bakunin. Ein Leben für die Freiheit« (Nautilus Verlag Hamburg 1999), eine nach vielen Jahrzehnten mal wieder erschienene Biographie, allerdings mit gravierenden Mängeln und »Abschreibfehlern«.

Im zweiten Teil des Buches – überschrieben mit »Streifzüge« – geht es um die Dresdner Bakunin-Akten und somit ein Blick auf Bakunins Rolle beim Dresdner Aufstand 1849, samt einer Auflistung der Bücher in Bakunins Koffer bei seiner Verhaftung. Und weiter: das Verhältnis Bakunin, Marx und George Sand, mit all seinen Ränkespielchen, sowie das Verhältnis von Bakunin zu dem Sozialisten Johann Philipp Becker, und somit zu den Vorläufern der Auseinandersetzung zwischen Bakunin und Marx, die – abgesehen von Verleumdung und Niederträchtigkeiten seitens Karl Marx und Genossen – auch zu den inhaltlichen Differenzen in der Arbeiterbewegung zwischen dem Anarchismus (Anti-Autoritär und Staatsverneinend) und den Marxschen Vorstellungen von der Eroberung des Staates unter der Leitung einer proletarischen Avantgarde, führten.

Wie bei allen Eckhardtschen Büchern und Aufsätzen zu Bakunin geht es auch hier um möglichst genaue, durch Dokumente abgesicherte Recherchen, die oftmals zu neuen Ansätzen und Einsichten, in die bisher meist durch parteisozialistisch dominierte Geschichtsschreibung verdreht wurde, führen. Das kleine Manko, dass Karl Marx im Register vergessen wurde, kann wohl getrost vernachlässigt werden, da er sowieso zwischen allen Zeilen und auf allen Seiten mit rum geistert.

Für die Bakunin-Fans sind diese Veröffentlichungen die reinsten Leckerbissen, aber auch, besonders Heute, wo der Marxismus keine Staatsdoktrin in Europa mehr ist, sollten vielleicht westliche Marxisten, oder solche die sich immer noch dafür halten, sich mit dieser Thematik auseinandersetzen. Es macht die beiden Titanen der ArbeiterInnenbewegung vielleicht menschlich nicht sympathischer – hier vor allem Marx – aber das schützt den Marxismus vielleicht vor weiterem Personenkult, und käme dann eventuell näher an eine marxistische Position, wie sie etwa Johannes Agnoli vertreten hat. Und damit könnten wir AnarchistInnen – glaube ich – ganz gut leben.●

Jochen Knoblauch

Wolfgang Eckhardt: Von der Dresdner Mairevolution zur Ersten Internationale. Untersuchungen zu Leben und Werk Michail Bakunins. 219 S. / Paperback: 14 EUR / Hardcover: 48 EUR / Verlag Edition AV Lich (Hessen) 2005

Über 30 Jahre Frauenbewegung

Die feministische Bewegung hat von den im Gefolge des Umbruches von »1968« in den westlichen Industriegesellschaften entstandenen neuen sozialen Bewegungen die weitreichendsten Ergebnisse erzielen können. Die 1978 gegründete Zeitschrift *beiträge* ist eines der wenigen publizistischen Überbleibsel eines institutionskritischen, internationalistischen, antirassistischen und technikkritischen Verständnis von Frauenbewegung. Diese Beschreibung deutet an, dass es auch in der Frauenbewegung Differenzen gibt: Inhaltliche und auch darüber, inwieweit frau den Weg des sozialen Aufstiegs einschlägt und sich in das gesellschaftlich-politische Establishment zu integrieren sucht.

Das neue Heft der *beiträge* schaut nun zurück in die Anfänge und Geschichte der Frauenbewegung. Etliche der insgesamt 13 Autorinnen reflektieren über die Durchsetzung feministischer Sichtweisen auf Lehrinhalte und Strukturen in Institutionen, vor allem den Universitäten. Stichwörter sind hier Frauenforschung und Gleichstellungspolitik. Andere, interessantere Beiträge berichten vom persönlichen feministischen Aufbruch in der Provinz und den dort erlebten Brüchen, Höhen und Tiefen während des langjährigen feministischen Engagements. Brunhilde Sauer-Burghard erzählt die Geschichte der *beiträge* nach, die Gründung und die verschiedenen inhaltlichen Debatten, die zumindest in den ersten zehn bis zwölf Jahren des Bestehens der Zeitschrift immer auch die der radikaleren Teile der westdeutschen Frauenbewegung waren – der west-ost-deutschen Annäherung in der Frauenbewegung hatte sich vor sechs Jahren Heft 54 der *beiträge* gewidmet. Heidrun Uta Ehrhardt schildert, wie schwierig es 1977 war, die Situation lesbischer Frauen zu untersuchen. Zum Schluss reflektieren jüngere Aktivistinnen über ihre Situation und ihre Sichtweise auf die zurückliegenden feministischen Kämpfe.

Die Artikel nicht nur im vorliegenden, sondern in vielen der bisher erschienenen *beiträge*-Heften verweigern sich der Sichtweise der aktuell dominierenden »68er Elite«, die Fortschritte und Zivilisierung allüberall sieht und eine bestimmte kulturelle Deutungshoheit erworben hat, mit der sie auch ihre vorübergehende Regierungsbeteiligung legitimierte. Die Perspektive der *beiträge*-Frauen ist eine andere: Unbestreitbar größere Chancen für wenige Frauen hängen heute mit weniger Chancen für viele andere unabdingbar zusammen, erst recht im internationalen Vergleich. Dies klingt im Zeitalter der Postmoderne und der Konstruktion von geschlechtlichen Identitäten etwas altbacken und ist es auch. Sympathisch ist aber, dass hier akademisch sozialisierte Feministinnen wenigstens noch versuchen, die Ausbeutung und rassistische Unterdrückung zu thematisieren. Frauen sind zwar untereinander verschieden, nach sozialer Stellung, ethnischer Zuordnung und so weiter, im Verhältnis zum kapitalistischen Patriarchat sind sie aber alle gleich – unterdrückt.

Bliebe nur noch zu fragen, was der holprige »Wer schreibt, der bleibt«-Titel dieses Heftes den LeserInnen sagen soll, zumal auf ihn im Heft nirgendwo eingegangen wird? Dass auch im Feminismus die Regeln des akademisch-patriarchalen Veröffentlichungsbetriebes gelten? Liegt hier eine provokante kritische Strategie der Überaffirmation vor?●

Bernd Hüttner

Wer schreibt, der bleibt. Die Neue Frauenbewegung. beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 66/67, Köln 2005, 240 S., 21 EUR www.beitraege-redaktion.de

Agrargeschichte eines Dorfes und seiner LPG

Andreas Willisch schildert in seinem Buch die Geschichte eines Dorfes in Mecklenburg-Vorpommern und seinen Weg nach der Wiedervereinigung. Tranlin, so nennt Willisch das Dorf, das in Wirklichkeit ganz anders heißt und in dem er selbst lange gelebt hat, hat 1990 331 Einwohner. Es ist dort wie in vielen anderen Dörfern, die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) ist das Dorf und das Dorf ist die LPG, sie beschäftigt die Hälfte der Einwohner. Die wichtigste Veränderung durch die Wende ist folglich das Verschwinden der Landwirtschaft als Arbeitgeber aus Tranlin. Die LPG wird Ende 1991 aufgelöst, die Flächen werden zwar weiter bewirtschaftet, aber die LPG als Arbeitgeberin entfällt fast vollständig.

Willisch weist zwei verschiedene Arten von Bauern nach: Die, die schon vor 1961 Bauern mit Grundbesitz waren und auf der anderen Seite die FacharbeiterInnen mit landwirtschaftlicher Tätigkeit, hauptsächlich Flüchtlinge und ehemalige LandarbeiterInnen. Diese beiden Gruppen hatten eine unterschiedliche Einstellung zu ihrem Dasein und ihrer Existenz herausgebildet, die sich bis zum Ende der LPG nicht aufhebt. Zu Beginn der Kollektivierung besetzen die Großbauern die Führungspositionen, als Ausgleich für den in die LPG eingebrachten Boden, ab 1964 erfolgt dann ein Machtwechsel hin zu politischen Funktionären und Fachleuten. Die Machtverteilung folgt zunehmend persönlichen Loyalitäten und Disziplin, weniger fachlicher Qualifikation. Macht konnte kaum durch Leistung, sondern nur durch (mehr) Loyalität gewonnen werden. Die Arbeitsorganisation folgt bemerkenswerterweise trotzdem familiären Mustern, so haben zum Beispiel einzelne Familien die Verantwortung für bestimmte Ställe oder Arbeitsbereiche. Die Bedeutung dieser familiären Zuordnung nimmt zwar ab, bleibt aber bis Ende von Bedeutung. 1976, in der DDR ist 90 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche kollektiviert, hat die Tranliner LPG 240 Beschäftigte, die 10.000 Hektar bewirtschaften.

Landwirtschaft und ländlicher Raum werden während der Existenz der DDR, so Willisch, stärker umgewandelt, als der produzierende Sektor. In Mecklenburg-Vorpommern sinkt die Zahl der Beschäftigen in der Landwirtschaft dann allein zwischen 1989 und 1991 von knapp 200.000 auf ein Drittel davon. Die Großbetriebe passen sich schnell und erfolgreich an den europäischen Markt an. Nach Willisch ist die Modernisierung und der Umbau der Landwirtschaft nach der »Wende« ein einschneidenderes Ereignis als die Kollektivierung Jahrzehnte zuvor. Diese erfolgreichen Betriebe haben ihre Entwicklung, die Willisch als Rationalisierungsstrategie und Modernisierungstransformation bezeichnet, von der dazugehörigen Regionen abgekoppelt. Sie passen gut in die Europäische Union, weil sie die Bereiche, die für das kulturelle und soziale Leben des Dorfes von Bedeutung waren, abstoßen. Trotz in etlichen Dörfern vielfach sichtbaren Ruinen der industriellen Landwirtschaft ist Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern heute ein florierender und im bundesweiten Vergleich erfolgreicher Sektor. Erfolg und Zerfall gehen aber eine unübersichtliche Gemengelage ein: Überalterung und Rechtsextremismus, Landflucht und Arbeitslosigkeit stehen neben Agrarbetrieben auf Weltmarktniveau.

Willisch hat eine beeindruckende Studie vorgelegt, die eine der seltenen populärwissenschaftlichen Beiträge zum ländlichen Raum in der DDR und Nachwendezeit ist. Sie ist noch dazu sehr lebendig geschrieben und leicht zu lesen.●

Bernd Hüttner

Andreas Willisch: Im Schatten des Aufschwungs. Von Landarbeitern, Genossenschaften und ihren Mitgliedern, Berliner Debatte / GSFP, Berlin 2005, 152 S., 19 EUR (www.thuenen-institut.de)

Anzeige

deshalb werde Mitglied – spende auf unser Konto
ROTE HILFE E.V. www.rote-hilfe.de
Infos: Bundesgeschäftsstelle, Postfach 3255, 37022 Göttingen
Spendenkonto: 19 11 00 460, Blz: 440 100 46, Postbank Dortmund

Direktvermarktung optimieren!

Die Ab-Hof-Vermarktung von Agrarprodukten hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Die Hinwendung der Verbraucher zu regionalen, qualitativ hochwertigen Produkten mit nachvollziehbarer Herkunft spiegelt sich darin wider. Für den Landwirt sind Hofladen, Wochenmarktstand oder Lieferdienst ein zusätzlicher Erwerbszweig. Doch nicht immer wird die Direktvermarktung rentabel betrieben.

Eine gezielte betriebswirtschaftliche Analyse deckt ungenutzte Potentiale, Stärken und Schwächen auf. Ohne großen Aufwand kann mancher Betrieb wesentlich optimiert werden. Das vorliegende Buch liefert dazu fundierte Informationen und Checklisten, mit deren Hilfe Sie eine Direktvermarktung neu gründen oder den wirtschaftlichen Erfolg Ihres Betriebszweigs verbessern können. Mit neun Bausteinen für einen Geschäftsplan schaffen Sie die Grundlage für eine professionelle Planung und Darstellung Ihrer Direktvermarktung, die auch Ihre Bank überzeugt. Mit Hilfe der beiliegenden CD können Sie Ihre Direktvermarktung auf Herz und Nieren prüfen und im Vergleich zu anderen Betrieben Optimierungsmöglichkeiten aufdecken.

Die Autoren sind seit vielen Jahren als Berater in der landwirtschaftlichen Direktvermarktung tätig. Sie haben für dieses Buch das relevante betriebswirtschaftliche Wissen zusammengetragen und es für den Leser in Form von Checklisten, Beispielrechnungen und Einblicken in 28 Praxisbetriebe leicht verständlich und einfach anwendbar aufbereitet.●

Redelberger, Rettner, Stegmann: Direktvermarktung. 72 Seiten, DIN A4-Format, Broschur, CD zur Analyse des eigenen Betriebs 24,80 EUR, ISBN-10: 3-934239-24-2, ISBN-13: 978-3-934239-24-1

Grundrechte-Report 2006 erschienen

Seit zehn Jahren dokumentieren Bürgerrechtsorganisationen alljährlich gemeinsam im »Grundrechte-Report« Gefährdungen und Verletzungen der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland. Wie in den vergangenen Jahren erschien das Buch auch 2006 zum Verfassungstag, dem 23. Mai (Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes 1949).

Die Herausgeber-Organisationen zeigen sich besorgt über immer neue Verstöße gegen Bürger- und Menschenrechte im Namen des Antiterrorkampfes. Missachtung der Grundrechte gefährde die Fundamente von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, mahnen die Organisationen und warnen zum Beispiel vor Versuchen, das absolute Folterverbot aufzuweichen. Die Verhöre von Murat Kurnaz in Guantanamo und von Mohammed Haidar Zammar in Damaskus durch deutsche Behördenvertreter stellen aus Sicht der Bürgerrechtsorganiationen unerträgliche Verletzungen menschenrechtlicher Garantien dar. Beide waren in Haft gefoltert worden und wurden danach von deutschen Behörden verhört. Die Organisationen verurteilen dieses menschenrechtswidrige Vorgehen deutscher Sicherheitsbehörden. Das absolute Folterverbot verbiete es, erfolterte Informationen zu nutzen oder »weichgefolterte« Gefangene zu verhören. Die Verwertung von erfolterten Informationen, die unter anderem Bundesinnenminister Schäuble Ende 2005 gerechtfertigt hatte, sei auf keinen Fall zulässig. Wer von Folter profitiere, trage letztlich zur Legitimation von Folter bei. Das Jahr 2005 habe erschreckend gezeigt, dass die Menschenrechte auch in Deutschland ernsthaft in Gefahr sind. Die Bürgerrechtsorganisationen fordern die Bundesregierung auf, das absolute Folterverbot uneingeschränkt anzuerkennen und jeder Aufweichung menschenrechtlicher Garantien entgegenzutreten.

Weitere Themen des Grundrechte-Reports sind: der Ausbau des Überwachungsstaates, u.a. durch die Einführung biometrischer Pässe, durch die weitere Einschränkung des Datenschutzes oder durch Lauschangriffe. Der Grundrechte-Report 2006 kritisiert außerdem die Verletzung der Pressefreiheit, die Einschränkung des Demonstrationsrechts, die weitere Aushöhlung des Flüchtlingsrechts, zunehmende Repressionen gegenüber Muslimen und demokratiegefährdende Aktivitäten von Geheimdiensten. Als positive Entwicklung sehen die Herausgeber die Einführung des Informationsfreiheitsgesetzes, welches der erste wichtige Schritt in Richtung transparente Verwaltung bedeute.●

diego

Grundrechte-Report 2006: Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland. Fischer Taschenbuch Verlag; Juni 2006; ISBN 3-596-17177-6; 9,95 EUR; 256 Seiten

Die privaten Finanzen mühelos im Griff

Viele Nutzer populärer Software beherrschen nur einen Bruchteil der Funktionen, die Bedienung der Anwendungen ist kompliziert und weist zahlreiche Schwachstellen auf. Insbesondere bestehen vor allem Defizite beim Auffinden und Verstehen der Features. Die Folge: Statt dem Anwender Komfort und Produktivität zu bieten, herrscht Verwirrung. Zu diesem ernüchternden Resultat kommen Marktforscher der Sirvaluse-Consulting, die sich auf die Nutzbarkeit von Software spezialisiert haben. Und nicht ohne Grund ist die so genannte Usability – englisch für Bedienbarkeit, Benutzerfreundlichkeit – von vielen Herstellern mittlerweile in den Fokus gerückt worden.

Das Freiburger Softwarehaus Lexware geht diesen Weg jedoch bereits seit geraumer Zeit: Vor allem mit dem privaten Finanzmanager Quicken. Mit der Software erledigen Anwender ihre kompletten Bankgeschäfte online, haben die aktuelle Finanzsituation immer im Blick und erkennen, wohin Ihr Geld fließt. Auch die finanzielle Zukunft regelt Quicken optimal: So lassen sich Budgets festlegen, versteckte Ausgaben aufdecken und eine individuelle Altersvorsorge einrichten. Das Programm ist auch für kleine Betriebe und Vereine interessant, Rechnungsstellung und Mahnwesen sind integriert.

Trotz dieser Vielfalt können selbst Einsteiger die vielen Funktionen bequem einsetzen. So passt der Benutzer das neue Quicken mit einem Start-Interview vorher an seine Bedürfnisse an. Bei den ersten Schritten im Programm unterstützen ihn außerdem Videos und interaktive Assistenten, so dass selbst Laien von Beginn an einfach und schnell Übersicht über alle Funktionen erhalten. Alles weitere regelt der Anwender in Quicken 2007 mit dem neuen Programm-Konfigurator. Dieser lässt den Nutzer Funktionen aktivieren beziehungsweise deaktivieren – es tauchen nur Optionen auf, die der Anwender wirklich braucht. Dank der Überschaubarkeit und der individuellen Auswertungen verhilft Quicken zur persönlich richtigen Finanzentscheidung.

Das Programm gibt es in zwei Versionen: Quicken 2007 und Quicken Deluxe 2007 mit erweiterten Funktionen.

Ein großer Nachteil ist, dass diese Finanzsoftware nur im Zusammenhang mit dem Betriebssystem Windows (Microsoft Windows ME/2000 SP 4/XP SP 2 – jeweils deutsche Version) installiert werden kann. Von Linux scheint das Softwarehaus noch nichts gehört zu haben. Windows 98 NutzerInnen können getrost die Vorgänger-Versionen weiterhin nutzen, da regelmässige Programmupdates diese auf dem neuesten Stand halten.●

diego

PROJEKTE

Links-alternative Land-WG (25 Min. bis Münster (NRW) sucht noch MitbewohnerInnen. Hier gibt es 8 tolle Menschen, nette Tiere, vegan/vegetarische Küche und viel Platz
☎0 25 54) 64 04 (AB)

Projektgemeinschaft gegenseitiger Hilfe in Hamburg sucht Biohof in der Nähe zur Zusammenarbeit
Wir sind der **Arbeitskreis Lokale Ökonomie**, mit verschiedenen Projekten der gegenseitigen und Nachbarschaftshilfe. Es gibt bei uns den Umsonstladen, das Kleinmöbellager, die Fahrrad-Selbsthilfe-Werkstatt, den Garten und andere Projekte.
Mit einem Biohof in vertretbarer Entfernung möchten wir gerne überlegen, wie wir uns gegenseitig nützen können. Unser Anliegen ist, das Wirtschaften Schritt für Schritt in die eigenen Hände zu nehmen und die Abhängigkeit vom allgemeinen Warenmarkt zu mildern. Sicher können wir biologische Nahrungsmittel gebrauchen. Aber was könnte der Biohof brauchen? Dazu sind Gespräche nötig.
Wisst ihr einen Hof, wo es Menschen gibt, mit denen wir darüber sprechen können??
Bitte, melden bei Hilmar
☎(0 40) 39 90 41 96

Die Stiftung Fraueninitiative, Köln, www.stiftung-frauen-initiative.de, sucht Zeitgenossinnen und -genossen, die sich

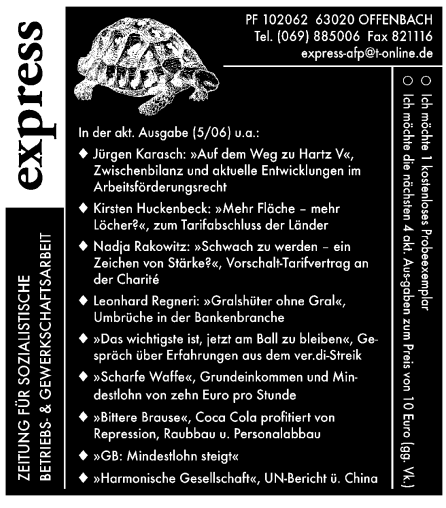
- forschend und/oder lehrend – privat oder in Institutionen
- oder in entsprechenden Praxisprojekten

bereits mit konkreten theoretischen Entwürfen oder Praxisversuchen für ein warenkritisches und nicht-patriarchales **Wirtschaften-Arbeiten-Leben** befassen. Aufbauend auf bereits vielfach geleisteter Kritik der heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse, geht es jetzt um Möglichkeiten zu Überschreitungen und um theoretische Überlegungen zu bedürfnis- und gebrauchswertorientiertem Wirtschaften-Arbeiten-Leben.
Wir suchen in diesem Themenbereich Engagierte und haben dabei folgende Absichten:
1. Wir erhalten Anfragen von Studierenden, die in diesem sehr breiten und unterschiedliche Fachbereiche betreffenden Themenfeld studieren und ihren Abschluß, auch Promotion machen möchten. Ihnen möchten wir gerne themenspezifische Informationen geben und Personen benennen, die solche Studien- und/oder Abschlußmöglichkeiten bieten.
2. Das Gleiche gilt für Forschungsmöglichkeiten. Hier kann die Stiftung auch fördernd mitwirken.
3. Unabhängig von diesen beiden Zielen möchten wir den Kreis der am Thema Engagierten erweitern. Wer also thematisch (theoretisch oder/und praktisch) involviert ist und am »think-tank« mitmachen will, sollte uns dies und ihren/seinen spezifischen Interessenbereich mitteilen. Zwei internationale workshops zum Themenkomplex »Prozesse der Selbstorganisation« gab es bereits (siehe Web-Seite), ein dritter ist für 2007 geplant.
Eine kurzgehaltene Reaktion, die möglichst auch den jeweiligen Themenschwerpunkt erkennen lässt, wäre genau das Richtige und würde uns bei der Weiterarbeit am Thema sehr helfen. Wir erlauben uns dann, alles Weitere zu »ergoogelen« und nur notfalls noch mal nachzufragen.
i.A. Friederike Habermann
Kontakt:
friede99@gmx.de

BÜCHER

Antiquariatsliste
SPANISCHER BÜRGERKRIEG
rund 230 internationale Buch-Titel zum Thema aus dem Archiv des Karin Kramer Verlag Berlin. Anforderung der Liste per E-Mail unter:
info@karin-kramer-verlag.de
oder knobi@t-online.de.
Ansonsten unter ☎(0 30) 684 50 55

AG SPAK Bücher, Holzheimer Straße 7
89233 Neu-Ulm, digital@gmx.com
Fon (07308) 91 9261, Fax (07308) 91 90 95
www.agspak-buecher.de



KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
alle Preise zzgl. 16% **Mehrwertsteuer**
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

deshalb werde Mitglied – spende auf unser Konto
ROTE HILFE E.V. www.rote-hilfe.de
Infos: Bundesgeschäftsstelle, Postfach 3255, 37022 Göttingen
Spendenkonto: 19 11 00 462, Blz: 440 100 46, Postbank Dortmund

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Kontakt:
contraste@t-online.de

Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch nach Möglichkeit per E-Mail: contraste@t-online.de

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dieses per E-Mail kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den einmal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, **E-Mail: info@abfallgut.de; 06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt,** Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, **E-Mail:** richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; **10961 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, **E-Mail:** ricabuch@acor.de, Internet: www.ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, **E-Mail:** post@elisabeth-voss.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (038305) 6 00 13, **Fax 6 00 14, E-Mail:** kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, **Internet:** www.presse-verlag-ostseh.de; **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail:** hilmarkunath@web.de; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, **E-Mail:** bhuettner@nlatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland,** Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, **E-Mail:** torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 488 62 27; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Hermann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, **E-Mail:** packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, **Fax 640 31 98, E-Mail:** h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (0221) 31 57 83, **E-Mail:** arianedettloff@ina-koeln.org; **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, c/o Cavallaro, Gabelsberger Str. 32, ☎ (069) 670 62 71 **E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Nekkarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, **Fax 35 59, E-Mail:** stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail:** peter.streiff@netz-bund.de; **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ **00351-289 793 560, E-Mail:** contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · **Fax 70 90 84, E-Mail:** genossenschaft@t-online.de; **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim,** Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎**Fax (06 21) 30 38 13; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin,** Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, **E-Mail:** leh@zorrow.de **und 27321 Thedinhausen,** Uwe Ciesla, Finkenburg, **E-Mail: finkenburg@verden-info.de; Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen,** Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, **Fax 90 32 85, E-Mail:** joerg@projektwerkstatt.de; **Selbstorganisation im Alltag, 35447 Reiskirchen-Saasen, Patrick Neuhaus, Ludwigstr. 11, E-Mail:** piratenutopie@uni.de; **Fairkehr,** Lothar Galow-Bergemann, ☎(0711) 560294, **E-Mail:** Galow-Bergemann@t-online.de; **Subversive Klangwelten,** Maurice Schuhmann, **E-Mail:** soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 16 24 67; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@t-online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

KONGRESS IN BERLIN

Wie wollen wir wirtschaften?
»Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus«
Eine Reihe von Betrieben und Projekten verstehen sich als alternativ, sozial, solidarisch oder wie auch immer. Aber sie haben kein gemeinsames Verständnis von sich selbst, und keine gemeinsam Strukturen. Politische Zielrichtungen gehen zunehmend verloren, es gibt kaum Verbindungen zu Protestbewegungen gegen neoliberale Globalisierung und Sozialabbau, oder zu Erwerbsloseninitiativen.
Der Kongress, der vom 24.-26.11.2006 in Berlin stattfindet, bietet Raum zur Darstellung dieses Wirtschaftssektors, und für die Diskussion offener und kontroverser Fragen.
Kontakt: Kongress-Vorbereitungsbüro, c/o Bewegungsakademie, Artilleriestr. 6, D-27283 Verden
☎(0 42 31) 95 75 95
info@solidarische-oekonomie.de
Web: www.solidarische-oekonomie.de

BEGEGNUNGSTAGE

In der Kommune ÖkoLeA finden vom **21.-25.7.2006** unsere diesjährigen Begegnungstage statt. Diese sind wunderbar geeignet, die Kommune und uns kennen zu lernen. Wie in den vergangenen Jahren werden wir wieder gemeinsam an verschiedenen Projekten arbeiten, zusammen essen und die Abende verbringen. Interessenten melden sich bitte bei Katja an:
katjanov@gmx.de
☎(0 33 41) 359 39 30

SOMMERCAMPS

Anarchistisches Sommercamp
Info über: www.a-camp.info
E-Mail: info@a-camp.info
Termin: 14.-23.7.2006

10 Jahre Sommercamp im Wendland – 10 Jahre Gegenoffensive
Vom **22. bis 30.7.2006** findet zum 10. Mal das Wendlandsommercamp, diesmal in Gedelitz (2km von Gorleben entfernt) statt.
Menschen, Erwachsene und Kinder mit und ohne Behinderungen, die die derzeitigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse kritisch hinterfragen, werden Denkweisen und Handlungsstrategien als Möglichkeiten zur persönlichen Einflussnahme diskutieren und entwickeln.
Sie nutzen diese Zeit, um Utopien zu leben. Ein Leitgedanke begleitet alle TeilnehmerInnen während des Camps: Selbstorganisation schützt vor Fremdbestimmung. Die Struktur und der Verlauf des Camps wird durch die TeilnehmerInnen vor Ort bestimmt und bietet daher allen die Möglichkeit, eigene Schwerpunkte zu setzen. Workshops u.a. zu Themen wie Umwelt, Antirassismus, soziale Gerechtigkeit und Globalisierung zu besuchen und selbst zu gestalten. Programm ist, was die Menschen vor Ort entwickeln. Auch kulturell ist neben Theater, Lesungen und Bands Platz für Eigeninitiiertes. Zur Feier des 10jährigen Jubiläums laden wir am 23.7. um 15.30 Uhr zum Kaffeetrinken vor dem Brennelementezwischenlager Gorleben ein.
In der Woche vor dem eigentlichen Sommercamp findet auf dem gastgebenden Hof eine Bauaktion statt. Evtl. soll hier auch eine Solaranlage zur Warmwasserbereitung für das Camp aufgebaut werden. Diese könnte nach dem Camp auch vom Gastgeber genutzt werden, dem so ein Stück mehr Selbstbestimmung ermöglicht wird, weil sich die Abhängigkeit vom Energieversorger verringert.
Kontakt: Hanna Poddig
☎(02 28) 69 29 04
mail@wendlandcamp.de
www.wendlandcamp.de

D.I.Y.
against the state – an intergalactical activist & anarchist convention in South Germany from 26th to 30th July squatters, artists and truckers from all over the world welcome!
D.I.Y. against the state – an intergalactical artist, activist, dirty squatter – and – trucker anarchist convention and Reclaim The Streets
Freiburg ist eine kleine Stadt im Südschwarzwald, nicht weit von da, wo auf offiziellen Landkarten Grenzen zur »Schweiz« und »Frankreich« gezogen werden. Vor allem im Sommer eignet sich die reizvolle Gegend gut für die verschiedensten subversiven Aktivitäten. Seit längerem zeichnen sich hier die gleichen hässlichen Entwicklungen wie auch sonst überall ab: Überwachung und Bullenpräsenz nehmen zu, Freiräume schrumpfen oder werden geräumt. Die KTS, das lokale AZ, könnte im schlimmsten Fall bald das letzte selbstverwaltete Kulturprojekt in Süddeutschland sein, und auch die KTS ist nur bis 2007 gesichert. Der Wagenplatz »Schattenparker« wird seit 12 Jahren ständig geräumt, vertrieben und als Gipfel der Repression sind seit ca. 3 Monaten 30 Wagen von den Bullen beschlagnahmt. In den letzten Jahren wurden europaweit dutzende selbstbestimmte Projekte wie Squats, Wagenplätze, autonome Zentren geräumt. Wir wollen diesem Zustand nicht tatenlos zusehen. Wir müssen Konzepte für einen kreativen und effektiven Widerstand gegen die Zerstörung unserer Freiräume entwickeln.
Aus diesem Grund laden wir Euch, alle Menschen und Projekte ein, vom **26.-30.7.** an dem Treffen in Freiburg teilzunehmen und sich einzubringen. Alle, die kommen organisieren mit und helfen so, dass es konstruktive fünf Tage werden.
Geplant sind: jede Menge Rock'n'Roll, Workshops, Street Art, Direct Action, Vorträge, Gigs und ein fettes Reclaim the Streets und vieles mehr...
Das Prinzip soll so funktionieren, dass in Freiburg die Infrastruktur für Aktivitäten wie Workshops, Konzerte, Filmvorführungen und Straßenkunst, Vorträge und Parties so wie direkten Aktionen zur Verfügung gestellt wird und Ihr diese für eure Ideen benutzen könnt. Wenn ihr also etwas organisieren wollt (s.o.), oder euer Haus/Platz etc. oder eure Problematik vorstellen, meldet Euch bei: D.I.Y.against@gmx.de
Wenn sie unser Chaos stören, dann stören wir ihre Ordnung! Dies ist also die Aufforderung an alle chaotischen Kräfte, sich an der Convention zu beteiligen.

FRAUEN

Frauen-Geschichte(n) – Wegbereiterinnen der Frauenbewegung II
Frauen in Politik und Kunst
mit Gisela Notz, Sozialwissenschaftlerin und Historikerin, Bonn, Marlies Leibitzki, Theaterpädagogin, Bielefeld, Gabriele Lutterbeck, Künstlerin, Bonn, Hella Hertzfeldt, Politikwissenschaftlerin, Berlin.
Anhand von ausgewählten Frauenbiografien wollen wir den TeilnehmerInnen die Zeit zwischen dem Beginn der Industrialisierung und den (frauen)bewegten 1970er Jahren näher bringen. Nach einer Zeitreise werden Frauen aus verschiedenen (Frauen)bewegungen in Text und Bild vorgestellt:
Pauline-Staegemann (1838-1909)
Alexandra Kollontai (1872-1952)
Frida Kahlo (1907-1954)
Marie Juchacz (1879-1956)
Alma Kettig (1915-1997)
Mitstreiterinnen von Amalie Pinkus-De Sassi (1910-1996), Mitbegründerin von Salecina und aktiv in der Schweizer Frauenbewegung bis zu ihrem Tode.
Theaterpädagogische spielerische Methoden ergänzen die historischen Vorträge. Ausgehend von den Biografien werden wir kleine Szenen entwickeln und die Geschichte(n) der Frauen in die Gegenwart holen.
Eingeladen sind interessierte Frauen und Männer aller Altersgruppen. Vorkenntnisse im Theaterspiel sind absolut nicht erforderlich.
Freilich wollen wir in der »Freizeit« auch im Engadin wandern und es uns gut gehen lassen.
Termin: 9.-16.9.2006
Ort: Stiftung Salecina
Ferien- und Bildungszentrum, CH-7516 Maloja/Engadin
www.salecina.ch
email: info@salecina.de
Die Kosten für das gesamte Seminar werden ca. 160 EUR betragen.

FrauenLesbenTransgender Baucamp 2006
am Ort des ehemaligen Mädchenkonzentrations- und Vernichtungslagers Uckermark
Das Gelände des ehemaligen Mädchenkonzentrations- und Vernichtungslagers Uckermark liegt 90 km nördlich von Berlin, in unmittelbarer Nähe des einstigen Frauen-KZ Ravensbrück, der heutigen Mahn- und Gedenkstätte. Das ehemalige Mädchen-KZ ist bis heute nicht Teil der offiziellen Gedenkstätte.
Das Konzentrationslager für Mädchen bestand von 1942-45. Inhaftiert waren zum Großteil als »asozial« stigmatisierte Mädchen und junge Frauen. Ihr Lebensalltag war geprägt von Zwangsarbeit, Appellstehen, Hunger und unterschied sich somit nicht von den Bedingungen anderer Konzentrationslager. Im Januar 1945 wurde der größte Teil des Mädchen-KZ geräumt und zum Vernichtungslager umfunktioniert. Vor allem jüdische und osteuropäische Frauen, sowie Kranke und Ältere kamen in das Vernichtungslager Uckermark.
Seit 1997 finden auf dem Gelände antifaschistisch-feministische Baucamps statt, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Vergangenheit des Ortes sichtbar zu machen und einen würdigen Gedenkort zu gestalten. Auseinandersetzung und Diskussionen über die Geschichte, die Bedeutung und die Auswirkungen des Nationalsozialismus bis in die Gegenwart spielen für uns eine große Rolle.
Hiermit möchten wir alle interessierten FrauenLesbenTransgender zum diesjährigen Baucamp einladen, das vom **21.08.-3.09.2006 stattfindet**.
Anmeldungen und Informationen unter: uckermark@riseup.net und www.maedchen-kz-uckermark.de.

JUNGE LINKE

Der Geist der Verfassung und das Gespenst des Kommunismus
Als 1956 das Bundesverfassungsgericht die KPD verbot, war die kommunistische Partei weit davon entfernt, eine wirkliche Bedrohung für den deutschen Staat darzustellen. Warum legte dieser trotzdem so großen Wert darauf diese Partei zu verbieten, was genau ist 1956 in Deutschland verboten worden und was damit geschützt? Was will der deutsche Staat von seinen Parteien und wie steht das Verbot zur Meinungs- und Versammlungsfreiheit? Wie haben liberale und linke Kritiker heute und damals darauf reagiert?
In der Verbotsbegründung definiert das Bundesverfassungsgericht zudem die »freiheitlich-demokratische Grundordnung«. Ist damit die Neutralität des Grundgesetztes bezüglich der ökonomischen Ordnung aufgehoben, oder sind Freiheit, Gleichheit und Privateigentum vielleicht doch nicht so neutral? Und was genau soll die freiheitlich-demokratische Grundordnung eigentlich sein?
Schließlich wollen wir betrachten, was das KPD-Verbot für Auswirkungen auf linke und oppositionelle Bewegungen und Gruppen in der BRD in der Folge gehabt hat und wie andere Nationen »ihre« kommunistischen Parteien zerschlagen haben.
Termin: 14.-16.7.2006 in Hannover

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

Liebe, Sex und Lohnarbeit
»Love is the answer!« – ein mäßig Erfolg versprechender, aber immer wieder gern gewählter Slogan für Lebensratgeber, die die Erfüllung in der Liebesbeziehung als Lösung aller individuellen Probleme anpreisen – wenn Menschen den anderen einfach unentfremdet als Menschen und nicht mehr als Zahl und Konkurrenz nehmen. Nicht nur Linke, die sich zu Gute halten, ganz reflektiert die sonst als Himmelsmacht gehandelte Liebe auf den Boden der realen Verhältnisse geholt zu haben, setzen eher auf alternative Beziehungskonzepte und die Suche nach »Lebensabschnittsgefährten«.
Dass Liebe überhaupt nicht mehr nur als gesellschaftlich-konventionelle Konversationsrhetorik im Auftrag familiärer Erbfolge angesehen wurde, sondern in Zusammenhang mit großen Begriffen wie Freiheit, Emanzipation, Individualität und Glück gebracht wird, ist ein historisches Phänomen, das wiederum mit der Herausbildung und Etablierung des aufgeklärten Bürgertums im 18. Jahrhundert einhergeht: Liebe als Sphäre des privaten Glücks, als Schutzraum vor gesellschaftlichen Zwängen. Auch die antibürgerlichen 68er reproduzieren im Modell der Freien Liebe noch das bürgerliche Glücksversprechen von Freiheit und der Unbedingtheit körperlicher Leidenschaften.
Welche gesellschaftlichen Zumutungen durchwirken den vermeintlichen Schutzraum »Beziehung« und inwieweit affirmierten all die widerständig gedachten Vorstellungen der 68er Revolte von »Das Private ist Politisch« bis »Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment« den Horror des kapitalistischen Alltags? Welchen theoretischen Bezugsrahmen hatte die Kritik der 68er und wie wurde sie in Kommunebewegung, freier Liebe und neuer Sexualmoral praktisch und welche Formen nahm sie im Laufe der linken und liberalen Bewegungsgeschichte an? Und was ist am Ende am utopischen Gehalt der Liebe, in der es nur um das Individuum gehen soll, festzuhalten?
Während des Wochenendseminars wollen wir zusammen diesen Fragestellungen nachgehen und anhand einzelner Texte diskutieren. Dem utopischen Gehalt der bürgerlich- wie antibürgerlichen Liebesvorstellung soll sowohl in seiner theoretischen Grundlegung in der Romantik, als auch in den praktischen Forderungen und Auseinandersetzung der im Zuge der 68er entwickelten Vorstellungen nachgegangen werden. Die Sphärentrennung von privatem und öffentlichem Bereich, die Geschlechterfrage und die Herausbildung der bürgerlichen Geschlechtscharaktere werden im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung der Liebesvorstellung und der an sie geknüpften individuellen Bedürfnisse (all you need is love) mit berücksichtigt werden.
Termin: 6.-8.10.2006 in Berlin
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29
D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
www.junge-linke.de

BERLIN

Film: »Unversöhnliche Erinnerungen«
Dokumentarfilm, D 1979. Die Dokumentation kontrastiert die Erinnerungen an Spanien und die Entwicklung der BRD von einem proletarischen Interbrigadisten aus dem Ruhrgebiet und einem Flieger der »Legion Condor«, der als General die Bundeswehr aufbaut.
Fr. 14.07.2006, 20 Uhr
FAU-Lokal, Straßburger Str. 38, Berlin-P'Berg, U2 Senefelderplatz

Lesung: »Füchse der Ramblas«
Mit Autor Oliver Steinke. Der Roman handelt vom Widerstand gegen die Franco-Diktatur im Barcelona der 50er Jahre. Dazu wird auch auf die Revolution 1936 in der katalanischen Metropole eingegangen, auf deren Niederlage sich der Faschismus gründete. Oliver Steinke ist neben seinem Schreiben als Jugendbetreuer tätig. Füchse der Ramblas ist sein vierter historischer Roman.
Fr. 21.07.2006, 20 Uhr
FAU-Lokal, Straßburger Str. 38, Berlin-P'Berg, U2 Senefelderplatz

SONSTIGES

Dominanzabbau in Gruppen
Das Thema Dominanzabbau in Gruppen beschäftigt viele Leute und es gibt inzwischen auch ganz gute Materialien dazu. Dieses Treffen kann der Vernetzung all derer, die sich mit Dominanzabbau auseinandersetzen wollen, dienen. Wir können Erfahrungen austauschen, Lösungen für bekannte Probleme suchen und uns über Perspektiven Gedanken machen. Vernetzungstreffen:
14.-17.9.2006 in Magdeburg
Infos: www.hierarchie.de.vu

RADIKAL REISEN

Finnland
Ort: Helsinki, Turku, Joenfuu
In diesem Jahr wollen wir wieder unsere finnische Partnerorganisation Vasemmistonuoret (Vanu) in Finnland besuchen. Aus Erfahrung wissen wir, dass uns dort nicht nur die finnische Lebensart mit Sauna, Salmiakki (Lakritzwodka) und Schwimmen in einem der zahlreichen Seen erwartet, sondern auch ein spannendes politisches Programm. Inhaltlicher Schwerpunkt der Reise wird neben Bildung auch die Privatisierung öffentlicher Plätze sein. Zu diesen beiden Themen soll es einen regen Austausch zwischen Vanu und den TeilnehmerInnen der Reise geben. Vasemmistonuoret ist die Jugendorganisation der finnischen Linkspartei »Vasmmistoliito« und Mitglied in unserem europäischen Dachverband ENDYL – European Network of Democratic Young Left. Die inhaltliche Nähe von Vanu und JD/JL macht diese nicht nur zu einem unsere wichtigsten Partner in ENDYL, sondern ermöglicht uns schon seit Jahren einen spannenden politischen Austausch.
Die Reise wird ca. 10 Tage dauern und wir werden neben Helsinki mindestens eine weitere finnische Stadt besuchen. Für die Unterbringung und Verpflegung wird unsere finnische Partnerorganisation in Privatwohnungen sorgen.
Hyvä Matkaa!
10 Tage, 1. bis 10. September
Teilnahmebeitrag: ca. 230 EUR
Anmeldeschluss: 1. August 2006

USA
Freiheit stirbt mit Sicherheit! Sicherheitspolitik der USA und Europas im Vergleich
Zentrales Thema unserer Reise nach New York wird das Thema der Sicherheitspolitik und Anti-Terror-Politik seit dem 11. September 2001 sein. Das Thema »Internationale Sicherheitspolitik« steht seit 9/11 an der Spitze der außenpolitischen Agenda sowohl der USA wie auch der EU-Staaten. Wir werden uns mit den Auswirkungen des »Patriot Act« sowie den sicherheitspolitischen Leitlinien der EU und der deutschen Sicherheitsgesetzgebung für Grundrechte und Demokratie auseinander setzen. Dabei wird sicher besonders spannend sein, dass wir über den Jahrestag des 11. September in NY sein werden und diesen mitverfolgen können.
Ein weiteres Thema unserer Reise wird die Auseinandersetzung mit dem Thema Gesundheitspolitik sein. Wie in Deutschland in Folge des Abbaus gesetzlicher Gesundheitsleistungen, gibt es auch in den USA politische Auseinandersetzungen um das Gesundheitssystem. Insbesondere die politische Linke wie auch die schwächeren Einkommensschichten fordern seit langem die Entkoppelung der Gesundheitsversicherung vom Faktor Arbeit – durchaus oft mit dem positiven Verweis auf die Gesundheitssysteme der EU-Mitgliedsstaaten.
Wir werden uns in New York mit unserer Partnerorganisation Young Democratic Socialists (YDS) treffen und diese Themen gemeinsam diskutieren. Neben unserem spannenden politischen Rahmenprogramm wird aber auch viel Zeit für Kultur, Shopping, gemeinsames Spazierengehen in den Straßenschluchten von New York und vieles mehr bleiben.
05.-16.September 2006
Teilnahmebeitrag: ca. 600 EUR
Diese Reise wird veranstaltet von der Vereinigung sozialliberaler Bildungseinrichtungen (VSB e.V.).
Information & Anmeldung:
jd/jl, Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64
www.jdjl.org
Weitere Reiseziele im September und Oktober 2006 sind Russland und Polen (s. www.jdjl.org)

ÖKODORF

14. interspirituelles ÖKODORF-Festival **7.-13.August 2006** in Land-Gemeinschaft bei Mainz: Begegnung spirituell/ökol./sozialer Gemeinschaften, Gründungsinitiativen & Interessenten.
Info:
ÖKODORF-Institut, Alpenblickstr.12, D-79737Herrischried
☎(0 77 64) 93 39 99
www.gemeinschaften.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.